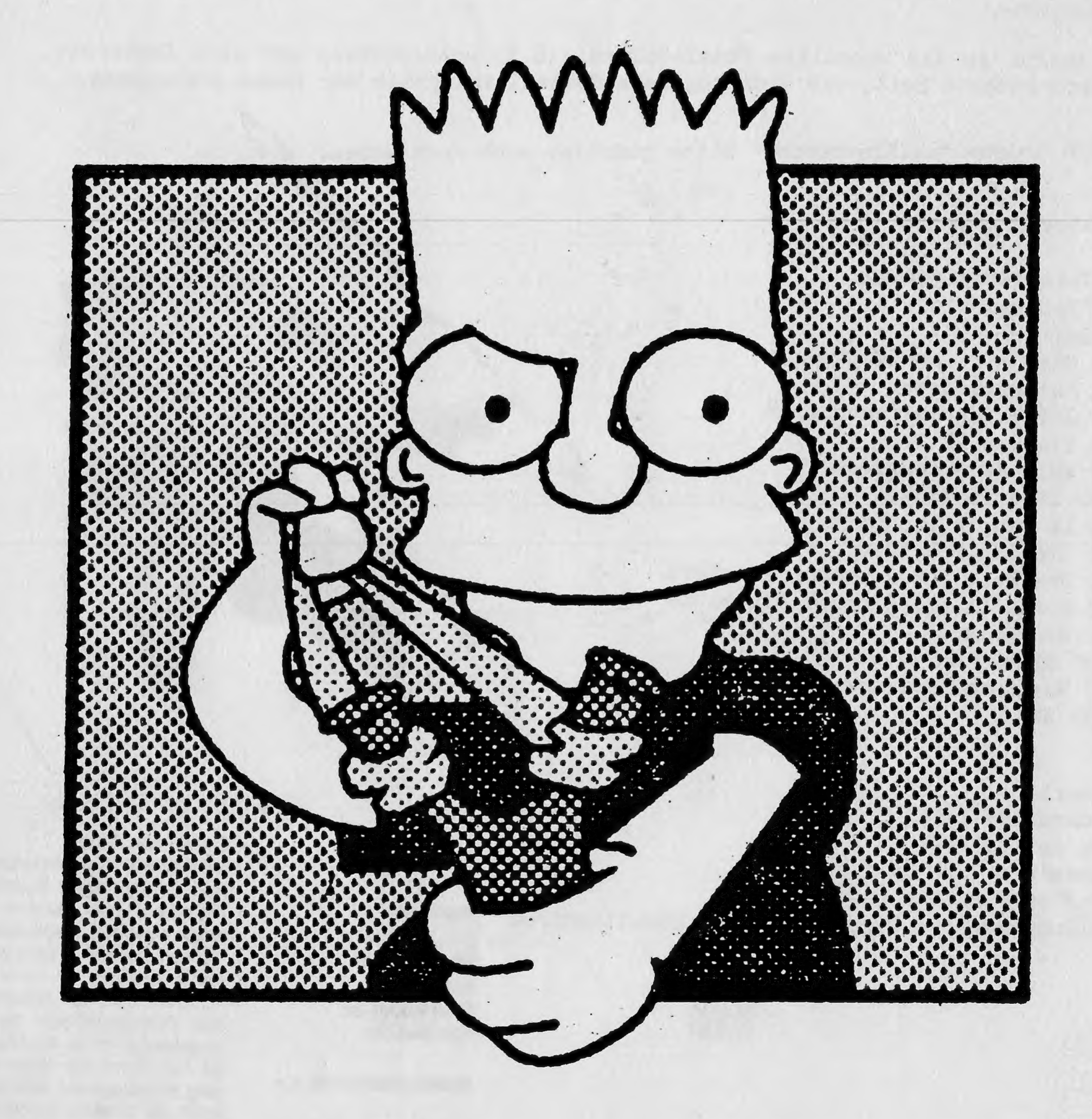
# INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM





Nr. 181 20. Februar 1992

Hallo,
Wir bringen in dieser Ausgabe nochmal den RZ-Text "Wolf im Schafspelz" von 1984 weil er in Kürze einige Ausschnitte aus den Klassenkämpfen der 70er, Anfang 80er Jahre beschreibt, die auch noch für die heutigen Diskussionen von Bedeutung sind. Der Anlaß war für uns die zu erwartenden (oder schon wieder abgebogenen) Streiks in der BRD. Der Text kann aber auch ein wenig füllen was in dem RZ-Papier zu Gerd Albartus etwas nebulös als Bezugnahme auf den hiesigen Sozialprozess beschrieben wird. Wir denken, daß auch dieser Aspekt in der gegenwärtigen Debatte um den Texz zu kurz kommt.
Auf S.10 drucken wir die Warnung von einem mutmaßlichen BND-Spitzel ab, die wir schon vor einigen Wochen erhalten haben. in einem weiteren Papier, das wir von den "EntarnerInnen" erhalten haben, bekräftigen sie noch einmal, daß sie keine weiteren Beweise veröffentlichen können. Die bisherigen Fakten lassen keine Spitzelverurteilung zu, und werden von uns ausdrücklich nur als Warnung veröffentlicht. Für weitergehende Konsequenzen halten wir eine zusätzliche Recherche für notwendig.
Ähnliches gilt auch für die Adressen aus "Kühnens Nachlass" (Interim 178): erst überpüfen!

Den Aufruf an die ehemalige Stasi-Spitzel (S.9) unterstützen wir aufs Schärfste. Es wird höchste Zeit, daß sich mögliche Spitzel innerhalb der Szene preisgeben.

An die Gruppe "...Klautasche" bitte geduldet euch noch etwas.



Inhaltsverzeichnis:





Ordner:
Norderstedt Info
Cuba Solidarität
Presseinfo 2 zu Ralf und Knut
Unfaßbar Wir über uns
Stellungnahme zu Durchsuchung im Umweltzentrum

**Impressum**

**HerausgeberIn:**
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

**Redaktionsanschrift:** s. o.

**V.I.S.d.P.:** Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag

# Totalverweigerung! Aufruf zur VV!

## Dienstag, 25. Februar '92, 20 Uhr, pünktlich!!

## Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 1/61

Es wird langsam Zeit. Immer mehr Männer in Berlin werden vom Bund oder vom "Zivil"-dienstamt eingezogen.

Der individuellen Auswege sind da einige: Ausmusterung aus verschiedensten Gründen, ins Ausland abmelden, berufliche Unabkömmlichkeitsbescheinigungen, Studium rauszögern, etc.. Auswege aus der Vereinzelung sind das nicht, in der Öffentlichkeit sind sie als Kriegs- und "Zivil"dienstverweigerung nicht ohne weiteres erkennbar, und für die große Mehrzahl der zukünftigen Kriegsdienstopfer, Leute unter zwanzig Jahren, bieten sie in der Regel keine langfristige Perspektive (von der Ausmusterung abgesehen; die krankheitsbedingte Ausmusterung ist bei 18-jährigen aber schwer durchzusetzen). Aus Angst und Ratlosigkeit versuchen wir trotzdem, wie soviele andere auch, diese Wege anzutesten. Es scheint uns auch politisch sinnlos, daß einige Vereinzelte sich in der Konfrontation mit der Zwangsdienstmaschinerie aufreiben.

Wenn sich genügend Leute gemeinsam dazu entschließen, halten wir Totalverweigerung aber für den besseren Weg. Unter Totalverweigerung verstehen wir dabei die offene Verweigerung jeglichen Zwangsdienstes.

Militär- und "Zivil"dienst sind eng miteinander verknüpft, und zwar nicht nur, weil sie beide dem Krieg dienen. Sie sollen disziplinieren, an den geregelten 8-Stunden-Tag gewöhnen, und vor allem die Zurichtung von Menschen zu funktionierden Männern vervollkommnen. Der "Zivil"dienst ist obendrein eine milliardenschwere Einnahmequelle. Es lohnt sich, mal auszurechnen, wieviel durch die Hungerlöhne der Zivis an Personalkosten im ohnehin schon menschenverachtenden Sozial- und Krankheitsbereich gespart wird. Vielleicht dient der Militärzwangsdienst mittlerweile zum wesentlichen Teil als Legitimation für den wirtschaftlich bedeutenderen "Zivil"dienst.

Auf jeden Fall gibt der "Zivil"dienst vielen das illusorische Gefühl, sich gegen Kriegsdienst erfolgreich gewehrt zu haben.

Es gilt, die Lügen um die Gemeinnützigkeit des "Zivil"dienstes ebenso zu entlarven, wie die Lüge, daß Kriegsdienst Wehrdienst ist.

Totale Kriegsdienstverweigerung ist eine Möglichkeit, den scheinbaren gesellschaftlichen Konsens über "gerechtfertigte" Zwangsdienste für all diejenigen, die *sie* nicht für unfähig erklären, zu durchbrechen. Nebenbei kann es nie schaden, Bullen, Behörden und Justiz ein wenig zu beschäftigen (bei Zwangsdienstverweigerung könnte dies ein ernstzunehmendes Druckmittel werden).

Neben der Kampagne gegen Zwangsdienste und eventuellen Prozessen und Knaststrafen braucht gerade das Abtauchen nach Einberufungsterminen die Unterstützung vieler (Geld, Wohnraum, Ärzte, etc.). Daraus könnte sich eine dauerhafte, praktische Widerstandskultur entwickeln.

Abtauchen, der Wille, draußen zu bleiben, darf nicht dazu führen, nur noch auf der Flucht zu sein und alles aufzugeben, was einem bisher wichtig war.

Wenn es zu Prozessen kommt, könnten diese gemeinsam durchgeführt werden, vielleicht mit gemeinsamen Erklärungen.

Wir sehen uns nicht als Pazifisten.

Pazifismus finden wir problemastisch, weil er so tut, als ob gewaltfreie Lösungen an jedem Punkt möglich wären. Es geht uns nicht darum, kein Gewehr in die Hand nehmen zu können. In jedem Fall sind uns pazifistische Inhalte zu wenig.

Unseren begrenzten Erfahrungen mit der schon bestehenden "Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" haben uns gezeigt, daß inhaltliche Diskussionen dort weitgehend unter den Tisch fallen, persönlicher Umgang fehlt und kampagnentypisches Funktionalisieren vorherrscht. Unter der Voraussetzung einer eigenen Position und Praxis können wir uns jedoch eine Zusammenarbeit vorstellen.

Die VV soll für uns keine einmalige Sache sein, sondern (hoffentlich) der Beginn einer kontinuierlichen Arbeit. Dabei müssen wir die verschiedensten Ausgangssituationen (Erfassung, Musterung, Kdv-Antrag gestellt oder nicht, Einberufung, Alter...) unter einen Hut kriegen und eine gemeinsame Perspektive entwickeln. Dazu bedarf es einer konkreten, auch praxisbezogenen Diskussion, die nach einer VV nicht beendet sein kann.

**Kommt in rauhen Mengen!**

V.i.S.d.P.: L. Schmidt, Hamburg

aus Ausbruch

Zu der Erklärung der R Z - vgl. Ausbruch Nr. 27

In 4 Abschnitten teilen die RZ ihre Argumente mit. Warum sie davon ausgehen, dass Gerd Albartus von einer Gruppierung, "die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet", erschossen worden sei. Was ihre grundsätzliche Kritik an der ganzen Geschichte ist, warum sie das jetzt veröffentlichen. Ihre Fragen und Beurteilungen an der Entebbe-Aktion vom Jahr 1976, mit einer -von ihnen behaupteten- "Selektion entlang völkischer Linien" (was der taz dann prompt als Stichwortgeber diente). Und wie Gerd seine Praxis beurteilen würde oder sie beurteilt hätte. Im letzten Teil finden sie dann die Schlussfolgerung: die Zusammenarbeit mit internationalen Befreiungsbewegungen "stand in krassem Gegensatz" zu dem, wofür die RZ in der BRD kämpfte. Die Entscheidung sei gefallen, die Praxis der 8oer Jahre zeige dies deutlich an.

In ebensolchen 4 Punkten vielleicht eine kurze Entgegnung darauf. Dass der RZ bei der Frage nach der Veröffentlichung, nach dem Zeitpunkt schliesslich doch wichtig war, sich über die erwogenen Einwände hinwegzusetzen, also jetzt in der politischen Debatte der BRD mit ihrem Text anzutreten und Position zu beziehen, erscheint so nicht nachvollziehbar. Wenn die Erschiessung bereits 1987/88 erfolgt sei, was macht dann die Veröffentlichung Ende 1992 so zentral, Warum nicht vorher? Warum wird mit der ungeklärten Nachricht dann zugleich verbunden, was einem Teil der RZ in den 7oeer und 8oer Jahren wichtig war: nämlich die deutliche und unübersehbare Kritik an einem revolutionären Anspruch, der weltweite Ausbeutung, die Notwendigkeit der vielfältigen Intervention, die praktische Erfahrung mit Trikont-Gruppen aus der BRD-Wirklichkeit ausblenden wollte??? Warum setzen sie hier und jetzt diesen Punkt - Entebbe passierte schon 1976??

Die Antworten darauf sind nicht überzeugend. Dass ein Genosse nicht spurlos verschwindet, führen sie an. Sie wollen den Zustand der Ungewisseheit beenden. Sie wollen ausschliessen, dass es einen Zweifel daran gibt, hier sei nicht endgültig was beweisbar, nämlich wer ihn erschossen hat, dass er erschossen worden ist, usw. Das mag nachvollziehbar sein, erklärt und beweist jedoch nicht viel, setzt einfach ne Menge an Verdächtigungen frei - und zu denen geben sie Anlass! Denn sie kommen von der Formulierung , eine Gruppe "rechne sich dem palästinensischen Widerstand zu", schliesslich am Ende zu einer Gruppe, die von ihnen selbst diesem Widerstand zugeordnet wird. Da ist offenbar kein Raum mehr für eine Differenzierung!

Über die Situation im Libanon mögen die einschlägigen Informationen Aufschluss geben, besonders über die Zeit vor der Flugzeugentführung nach Entebbe. Eine totale Blockade seit dem Januar 1976, eine koordinierte Offensive der Syrer mit den Falangisten, aktiv befürwortet von Israel, so wird die Situation im Lager Tel Zataar geschildert. 73 Offensiven wurden gegen das Lager geführt, ca. 6o.000 Bomben abgeworfen, etc. Das ist die eine Seite. Darüberhinaus muss hier in der kurzen Darstellung als bekannt vorausgesetzt werden, welche Kräfte in dem Gebiet zwischen dem zionistischen Feind und der palästinensischen Befreiung präsent waren. Die Dynamik der Entwicklung mit einem Satz zu fassen, wie die RZ das in ihrem Papier tut, "wo 2 ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Land erheben, gibt es keine revolutionäre Lösung", ist von wenig Wissen über das Kräfteverhältnis bestimmt. Dazu muss nicht erst auf das Siedlungswesen zionistischer Einwanderer hingewiesen werden, es genügt sich der strategischen und rohstoffpolitischen Bedeutung der Region zu erinnern. Und es genügt, sich der Offenheit zu erinnern, die von palästinensischer Seite vorhanden war und ist, Vorschläge für ein friedliches Zusammenleben zu machen, wenn dies nur eben möglich ist.

Heute nach 2o Jahren von Kämpfen, von Niederlagen und Aufständen, von Intifada und Golfkrieg erklärt die RZ in diesem Papier ihre Analyse: sie hätten dort nur die "Facetten des leninistisch-stalininistischen Verständnisses nationaler Befreiung" entdecken können. Die sozialen Bedürfnisse gehen nicht in den Befreiungsorganisationenen auf. So pauschal, so vernichtend, so abrechnend!

Den realen Schwierigkeiten und realen Kampfbedingungen wird kein Wort geschuldet, den tagtäglichen Kämpfen und Veränderungen darin wird nicht einmal eine Zeile gewidmet! Den Frauen und Männern im täglich Überlebenskampf wird aus sicherer Distanz eine Lektion erteilt.

Nein, dies ist zu schlecht begründet, dies ist zu hart verdammt, dies ist zu schwach in der Wirklichkeit. Mal abgesehen davon, dass ihre Behauptung, seitdem im Konflikt Palästina/Israel nicht mehr interventiert zu haben, von einer Erklärung widerlegt wird, die eine RZ zu einer Aktion am 27.4.1988 gegen einen Fruchthof in Hamburg abgab: "Den antiimperialistischen Kampf in den 3 Kontinenten aufgreifen und in das 'Herz der Bestie' tragen" - eine wohl eindeutige Parole in einer Zeit, als die Parole "boykottiert Waren aus Israel" mit dem dummdreisten Vergleich "Kauft nicht bei Juden" beschrieben wurde.
Eine Kritik an den wenig entwickelten sozialen Kampfinhalten in einzelnen Befreiungsbewegungen ist zu führen. Was hier von der RZ gemacht wird, ist die schlecht verdeckte Abrechnung, zu der sich in dieser Konfrontation befindliche GenossInnen der RZ (leider) nicht mehr äussern können. In Entebbe sind 2 wichtige KämpferInnen von israelischen Eliteeinheiten ermordet worden, Gerd Albartus kann sich zu diesem Punkt ebenfalls nicht (mehr) äussern.
Was würde er wohl gesagt haben? versucht nicht die RZ in ihrer Erklärung auch noch einfühlend einzubeziehen, dass Gerd sich in dieser Kritik auf eine andere Seite gestellt hat, heute vielleicht stellen würde - und nehmen sie ihm faktisch die Gelegenheit, führen die Kontroverse erst dann, als die Entgegnung nicht mehr stattfinden kann? Gerd ist wohlbekannt für viele Leute. Seine Arbeit während der Knastzeit an Übersetzungen -z.b. ein Buch über die Machenschaften der israelischen Regierung in den 5er Jahren, Moshe Sharett..-, seine Arbeit in der politischen Bewegung (als er sich draussen wieder artikulieren konnte), seine scharfe Kritik an den Amnestie-vorschlägen 1984 (die von Wolfgang Pohrt vorgetragen wurden), seine erklärte Ablehnung einer zwar publikumswirksamen Auseinandersetzung, aber inhaltlich nicht bestimmten Aufarbeitung revolutionärer Geschichte der 7oer Jahre - all dies ist bekannt. Unddies war aus der Verantwortung heraus getragen, die Kritik und Gegenkritik nicht unsolidarisch zu führen, sondern ihnen Ziel und Richtung zu geben. Oftmals ist er dabei, so lässt die RZ-Erklärung vermuten, bei der Gruppe angeeckt, aufgelaufen, von ihnen auch bedrängt worden. Wie hat Gerd argumentiert, welche Gründe bewogen ihn, an dem unmittelbaren Bezug zum palästinensischen Widerstand festzuhalten, sich davon nicht beirren zu lassen - und sich zugleich doch der BRD-geführten Auseinandersetzung immer wieder zu stellen? Das Papier gibt darauf keine Antworten, es geht darüber hinweg. Es bezieht sich -nach 18 Jahren- wieder auf einen Konflikt, der in der RZ 1973 bestanden hat. Und es führt dazu aus, dass dies die "Abkoppelung vom hiesigen Sozialprozess" gewesen wäre, ein Freibrief, wo es nicht mehr um Vermittlung der eigenen Praxis gegangen wäre.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr schreibt, dass sich die Auseinandersetzung diesseits der Barrikade abspielt, dass der Zusammenhang von Politik und Moral gewahrt bleiben müsse. Und ihr führt eure Praxis der 8oer Jahre an, insbesondere die Kampagne "Freies Fluten" (ist wohl damit gemeint). Die Arbeit gegen die herrschende Flüchtlingspolitik ist ebenso eine Notwendigkeit, wie die Befreiungsprozesse im Trikont zu unterstützen und kritisch zu begleiten, zugleich sich selbst in ein reales Verhältnis setzen aufgrund eigener (sozialer und klassen-) Lage.

Wir können weder euren Ausgangspunkten zustimmen, noch den Unterstellungen, schon gar nicht den Schlussfolgerungen, die ihr daraus zieht. Wir stellen einige zentrale Behauptungen in Frage, wir fordern euch auf, diese Position von euch mit Genossinnen und Genossen des palästinensischen Widerstands zu diskutieren (und dabei die Aktivitäten syrischer Geheimdienste nicht aus den Augen zu verlieren), und erwarten dazu mehr als halbe Abklärungen.

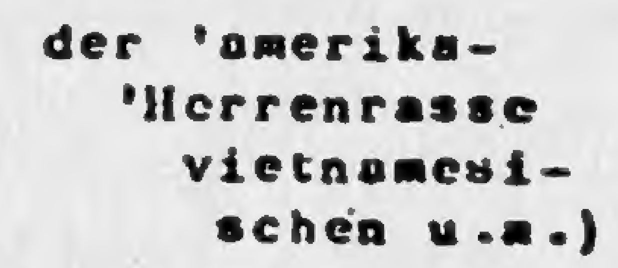
Diese Stellungnahme ist vorläufig, sie bezieht sich auf den Text der RZ in der Veröffentlichung vom Dez 1991

# ENTEBBE-FILM ABGESETZT

Der Film 'UNTERNEHMEN ENTEBBE' verherrlicht den Angriff israelischer Militärs auf ein von deutschen und palästinensischen Genossen entführtes Flugzeug, den Einmarsch in Uganda – als sei dies eine amerikanisch – israelisch – deutsche Kolonie – und die Erschiessung von 20 ugandischen Soldaten als notwendige und ziemlich sympathische Aktion gegen den sog. 'Terrorismus'. Den Zuschauern wird dieser Dreck als Abenteuerfilm verkauft: die Israelis sind die Helden, gut und menschlich; die 'Terroristen' sind das Böse schlechthin, Abschaum, ausserdem wahnsinnig und durchgeknallt.

Die Methode ist bekannt: so wie im Faschismus Propagandafilme gedreht wurden, die das deutsche Volk emotional auf Judenmord und Antifaschistenhetze einstimmen sollten, so werden wieder Filme gedreht, die dem weltweiten Völkermorden, den immer neuen Grausamkeiten des Imperialismus an Befreiungsbewegungen moralische und politische Unterstützung geben sollen. Hier konkret:

- der fortdauernden Besetzung palästinensischen Landes durch den Staat Israel
- den weltweiten Angriffen der 'amerikanisch – israelischen 'Herrenrasse gegen die (ugandischen, vietnamesischen, palästinensischen u.a.) 'Untermenschen'
- der Verhetzung all jener als verrückt und kaputt, die sich bewaffnet wehren



Der Film verdreht die Wirklichkeit bis zum Unkenntlichen. Der Kampf des palästinensischen Volkes richtet sich nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus als Staatsform und Ideologie, der die Vertreibung eines ganzen Volkes rechtfertigte. Der Kampf gegen den Zionismus ist genausowenig rassistisch, wie es der Kampf gegen das faschistische Deutschland war, der auch nie gegen das deutsche Volk, sondern gegen den Faschismus als Herrschaftsform und die organisierten Reaktionäre und Kriegstreiber geführt wurde.

Die Entführung von Entebbe sollte nicht Leben vernichten, sondern Leben retten und zurückgeben, das in israelischen und europäischen Gefängnissen zerstört wird. Die Aktion war so angelegt, dass auch das Leben der Geiseln geschont war und erst durch den israelischen Angriff gefährdet wurde.

Wir haben heute in mehreren westdeutschen Kinos, die den Film 'Unternehmen Entebbe' spielen, Feuer gelegt. Dies soll als Warnung verstanden werden von den Filmverleihern und den Kinobesitzern, die an der rassistischen Hetze verdienen wollen, aber auch als Warnung an die Zuschauer.

Dieses Mal haben wir durch Art und Umfang unserer Aktion sichergestellt, dass niemandem etwas geschehen kann. Um vermeidbare Risiken für die Zukunft auszuschalten, fordern wir: SOFORTIGE ABSETZUNG DES HETZFILMS 'UNTERNEHMEN ENTEBBE'! BOYKOTT ALLER NACHFOLGENDEN ENTEBBE – FILME !!!

Mit dieser Forderung stehen wir nicht alleine. In Italien brannten ebenfalls einige Kinos. In Japan wurde der Film bereits ausgesetzt. In der gesamten arabischen Welt, in fast allen afrikanischen und asiatischen Ländern wird dieser Film erst gar nicht gezeigt. In der Ablehnung dieses Films formiert sich erneut die Bewegung, der die Genossen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann ihr Leben gegeben haben: dem internationalen Kampf gegen Ausbeutung, Rassismus, politische Unfreiheit !

REVOLUTIONAERE ZELLEN/KAEMPFER FUER EIN FREIES PALAESTINA – 3.1.1977

# ERÖFFNUNG DER DISKUSSION ÜBER DAS RZ-PAPIER ‚DEZ. '91'

## IN DER SÜDWIND!

liebe südwind-macherInnen,

in der taz und in anderen linken zeitungen, wurde das rz-papier schon veröffentlicht. auf diese veröffentlichungen bezieht sich der folgende beitrag. wir haben ihn an den "südwind" geschickt, weil wir davon ausgehen, dass ihr das rz-papier auch veröffentlichen werdet, weil wir aus dem raum stuttgart kommen und hier auch die auseinandersetzung mit dem rz-papier führen.
wenn ihr das rz-papier in der "südwind" nicht veröffentlicht, bitten wir euch, diesen beitrag trotzdem abzudrucken.
wir gehen davon aus, dass das rz-papier schon von vielen gelesen wurde.

**ES IST AN DER ZEIT, FRAGEN ZU STELLEN!**

**(einige gedanken zum rz-papier "gerd albartus ist tod")**

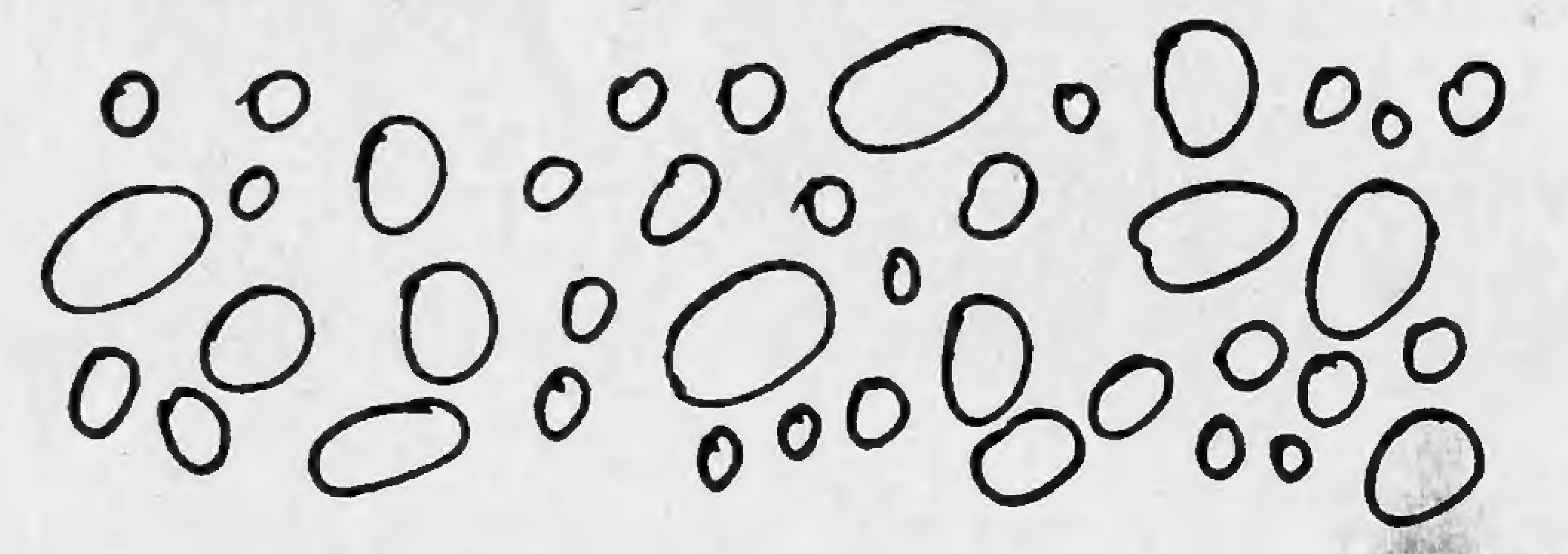
1. gerd albartus ist tod. angeblich wurde er von einer palästinensischen gruppe liquidiert. über die gründe könnt ihr nur mutmaßungen anstellen, wie ihr am anfang eures textes sagt.
warum könnt ihr nur mutmaßen?
warum zieht ihr politische schlüsse auf der basis von mutmaßungen?
nach dem durchlesen des ganzen textes von euch, drängt sich der schluß auf: g. wurde umgebracht, weil er anders , "widersprüchlich" war. oder "er ließ sich auf keine sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien..."
wollt ihr, dass sich die ganze sache so vermittelt?

2. ihr nehmt eure erfahrung mit der flugzeugentführung nach entebbe und gerds tod als beispiele dafür, zu belegen, dass eine bestimmte internationalistische solidarität und zusammenarbeit einer kritischen aufarbeitung bedarf. ihr arbeitet aber nicht nur auf, sondern beendet gleichzeitig.
habt ihr wirklich nur negative erfahrungen in dieser zusammenarbeit gemacht?
wo sind die guten erfahrungen, die weitergebracht haben?
euer text vermittelt den eindruck, dass ihr vor den widersprüchen und problemen, die aus dieser zusammenarbeit resultieren, kapituliert. dass ihr von der "saubern", "idealen" revolution ausgegangen seid und dass die harten erfahrungen, die ihr gemacht habt, einen kritischen/selbst-kritischen prozess bei euch blockieren und blockierten.

wie sonst könnt ihr jetzt einen so rigorosen trennungsstrich ziehen - zwischen euch und den nationalen befreiungsbewegungen im trikont, bzw. den jungen nationalstaaten:

3. ihr sagt nach ca. 15 jahren selbstkritisch was zur flugzeugentführung in entebbe. ihr wißt, dass es nach der entführung der lufthansa-maschine nach mogadishu 1977 in der linken harte politische auseinandersetzungen darüber gab. politische auseinandersetzungen über das mittel "flugzeugentführung" und der zwangsläufig damit verbundenen geiselnahme von unbeteiligten menschen.

diese kritiken und vielleicht auch die politischen grenzen der aktionen selbst, haben dazu geführt, dass selbstkritik geübt wurde. und - soweit uns aus dem strehgreif bekannt ist - gab es danach von sozialrevolutionären gruppen keine weiteren flugzeugentführungen mehr. also auch nicht von palästinensischen. diese tatsachen schlagen sich in eurem text viel zu wenig nieder.
genauso wenig wie die tatsache, dass sich der kampf in palästina in den letzten 10-15 jahren auch weiterentwickelt hat. ist nicht gerade die intifada der konkrete politische ausdruck für diese weiterentwicklung. der ausdruck eines sozialrevolutionären prozesses, der seinen schwerpunkt im "eigenen land" hat. und die politische praxis der palästinensischen organisationen in den letzten jahren belegt auch, dass sie auf diesen inneren prozess ihr hauptaugenmerk gelegt haben. soweit wir wissen, zielten die aktionen der palästinensischen gruppen in den 7oer jahren - also auch entebbe - auf eine internationale anerkennung, bzw. auf die internationale politische isolierung des zionistischen staates israel. und sie sollten dabei mithelfen, die sache des palästinensischen volkes ins internationale bewußtsein zu rücken.
warum sagt ihr nichts zu diesem politischen hintergrund, den ihr kennen müßt, wenn ihr damals gemeinsame aktionen gemacht habt?



4. zu den, wir ihr sie nennt "protagonisten brutaler entwicklungsdiktaturen". wen meint ihr damit?
wenn ihr eine differenzierte auseinandersetzung wollt, müßt ihr namen nennen. tatsache ist nämlich, dass kuba nicht gleich angola ist. nicaragua nicht gleich vietnam und nordkorea nicht gleich simbabwe. um nur einige der jungen nationalstaaten zu nennen.
und da wäre dann noch die ehemalige sowjetunion und die restlichen staaten des ex-warschauer pakts, nicht zu vergeevergessen, jugoslawien.
so wie sich zwischen den einzelnen staaten und ihrer entwicklung ähnlichkeiten finden lassen, so werden sich ganz sicher auch viele unterschiede zwischen ihnen aufweisen.
ähnlichkeiten, die z.b. herrühren vom leninistischen umsturzmodell und ähnlichkeiten, die sich aus den historischen bedingungen ergeben, unter denen sich diese völker von kolonialismus/feudalismus befreit haben.
spätestens heute, nachdem die phase des zerfalls dieser staaten so gut wie abgeschlossen ist, ist eine genaue aufarbeitung unerlässlich.
aber diese untersuchung sollte weitaus gründlicher sein, als ihr das gemacht habt. und sie sollte mit den völkern und befreiungsbewegungen im trikont zusammen vorgenommen werden.

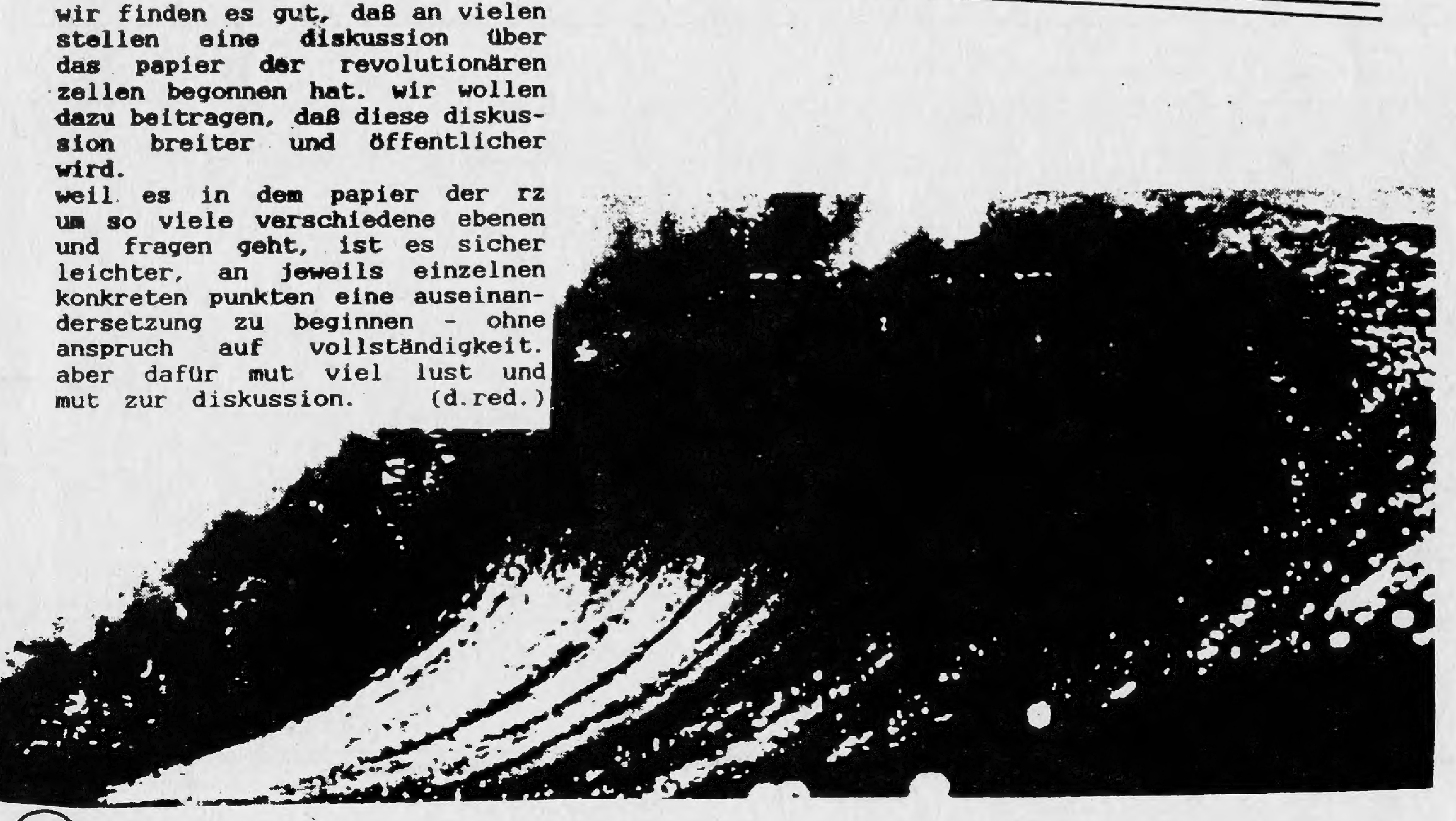
was hat die niederlage der arbeiterbewegung in den metropolen mit den möglichen oder unmöglichen entwicklungsmöglichkeiten der befreiungskämpfe im trikont zu tun?
es ist nämlich auch eine tatsache, dass in den hochzeiten des antikolonialen kampfes im trikont die arbeiterbewegung in den metropolen fast überall enorme niederlagen einstecken musste. und seitdem einem massiv befriedenden apparat gegenübersteht, gegen den sie sich kaum noch wirklich durchsetzen konnte.
dieser aspekt gehört zu einer solchen auseinandersetzung mitdazu und er ist vor allem unser eigener part.

5. und letztens. mit welchem recht sprecht ihr den jungen nationalstaaten und den befreiungskämpfen jeden willen zur politischen weiterentwicklung ab?
warum hat sich die fsln in nicaragua dem wahlergebnis gestellt?
warum führt die fmln in el savaldor verhandlungen und zielt schon einige zeit nicht mehr auf die militärische übernahme der macht?
warum hat die fmln vor jahren die liquidierung von genossInnen aufgrund unterschiedlicher politischer ansichten selbstkritisch als gravierenden fehler bezeichnet?
warum ist der prozess in südafrika so wie er ist?
hat sich in kuba wirklich nichts materiell fürs volk verändert, nachdem batista verjagt wurde. fragen wir die völker selbst, sie werden uns die vor- und nachteile ihrer revolutionen sagen können.

das sind exemplarische beispiele, die gegen eure pauschalierung stehen sollen. eine aufarbeitung der geschichte, vielleicht der gesamten erfahrungen seit der oktoberrevolution, muss gemacht werden. aber sie soll, unserer meinung nach, zusammen mit den völker/befreiungsbewegungen weltweit gemacht werden.
das ziel könnte sein, eine neue sozialrevolutionäre internationale: von ost nach west, von nord nach süd und vor allem von unten gegen oben!!!

---

**wir finden es gut, daß an vielen stellen eine diskussion über das papier der revolutionären zellen begonnen hat. wir wollen dazu beitragen, daß diese diskussion breiter und öffentlicher wird.**
**weil es in dem papier der rz um so viele verschiedene ebenen und fragen geht, ist es sicher leichter, an jeweils einzelnen konkreten punkten eine auseinandersetzung zu beginnen - ohne anspruch auf vollständigkeit. aber dafür mut viel lust und mut zur diskussion.** (d.red.)



WARUM TILL MEYER'S OFFENSIVE VIEL ZU SPÄT KOMMT

Im Rahmen der "revolutionären Wachsamkeit und der Verteidigung der sozialistiscen Errungenschaften der DDR" (so sein oberster Dienstherr Erich Mielke) hat Till Meyer über mehr als 2 Jahre die linksradikale Scene Westberlins und der BRD für die Stasi bespitzelt. Wie er sich selbst brüstet, hat Meyer insbesondere während der IWF-Kampagne Namen von Autonomen und Antiimperialisten an die Stasi weitergegeben.
Wir wollen hier nicht jetzt die Frage diskutieren, , was für ein System diese Geheimdienstkrake Stasi tatsächlich stützte und ob überhaupt ein Geheimdienst was in einem sozialistischen Staat zu suchen hat, wir wollen hier jetzt lediglich festhalten, daß Till Meyer seiner politischen Linie seit Anfang der 80er Jahre treu geblieben ist, als er dem bewaffneten Kampf abschwor und sich der SED/SEW zuwandte. Er sit insofern für uns durchaus einschätzbar und berechenbar gewesen.
Wieso aber, bei soviel selbst erklärteen politischen Bewußtsein und 'Kampfeswillen' gegen den BRD-Staat ( so eine seiner Begründungen für seine Stasi-Tätigkeit), nach dem Fall der Mauer, nach der Annexion, Till Meyer nicht seine wahre Funktion offengelegt hat, bleibt uns schleierhaft. Wenn er ejtzt, 2 Jahre nach dem Ende der DDR sich im Fernsehen brüstet, mit seinem IM-Bekenntnis "politisch in die Offensive" zu gehen, so täuscht er sich und vor allem diejenigen, die er an die Stasi verraten hat!
Denn Till Meyer weiß ganz genau, daß fast alle Akten der für die westdeutschen Geheindienste wichtigsten Stasi-Abteilungen II (Auslandsspionage) und XXII (Terrorismus und -symphatisanten) seit Jan/Feb. 1990, kurz vor Stürmung der Stasi-Zentrale in der Normannenstr., nach Wiesbaden bzw Köln gewandert sind. Mithin liegen alle Info's, die Meyer über die Linksradikalen für die Stasi gesammelt hat, beim BND, BKA und VS!!!
Wenn Meyer noch ein wenig politische Verantwortung und Weitsicht besitzt, wäre es vor 2 Jahren spätestens angebrachr gewesen - zumindest in aller Stille - die betroffenen GenossInnen von seinem Tun und den fatalen Folgen zu informieren!
Wir denken, daß es noch mehere Till Meyer's und Dirk Schenider's in der Westberliner scene rumlaufen. Es gibt keinen politischen Grund mehr, noch weiter Versteck zu spielen. Je früher die Betroffenen informiert werden, desto besser können sich diejenigen darauf einstellen, daß der VS oder andere Chergen jetzt das wissen, was sie bisher nicht wußten. Denn, es scheint ja offenbar so zu sein, daß es ein VS-Spitzel in unserer Scene ungleich schwerer hat, nicht politisch aufzufallen, als ein Stasi-Spitzel. Ein SED-Symphatisant fiel bei uns eben nicht besonders aus dem Rahmen, was natürlich auch einiges über den Grad des politischen Bewußtseins der autonomen /antiimperailistischen Scene aussagt. Meyer und Schneider waren ziemlich am Rande der Scene. Nicht auszudenken, was möglicherweise aus dem Inneren der Scene an die Stasi gelangt ist. Hinzu kommt noch der Fakt, daß z.B. einige Soligruppen Kontakt zu befreundeten Gruppen in der DDR hatten und es ist möglich, daß sie zu ungewollten Zuträgern für die Stasi wurden, weil in der DDR-Gruppe saß ein Stasimensch .... .
Wir wollen keine Rache. Wir wollen keine Verurteilung von IM#s in unserer Scene! Wir wollen aber, daß sich die möglichen IM's endlich klar werden: Je länger sie vor den Betroffenen/Gruppen schweigen über das, was sie der Stasi gesagt haben, desto mehr arbeiten sie dem VS in die Hände!!!

Einige Autonome

---

In der INTERIM VOM 31.Januar ist aus Michael Kühnen's Adressbuch(Stand März 1991) folgende Adresse abgedruckt:.

- Berthold Röth
  Zornstr.11 a
  6520 WORMS

Diese Adresse ist mit Sicherheit keine faschistische Adresse!! Das kann ich aus Ortskenntnis heraus sagen!
Bitte prüft nach,inwieweit es sein kann,daß in diesem Adressbuch linke Adressen als mögliche Angriffsobjekte aufgeführt sind und stellt das in der nächsten Nummer klar!!

1.

**WARNUNG!!**

Erst seit einigen Monaten ist uns ein BND-Spitzel bekannt, der nach gesicherten Informationen seine Tätigkeit von mindestens 1985-87 ausführte, vermutlich aber auch noch heute.
Wir wollen die gesicherten Informationen, die wir über ihn haben veröffentlichen, um so seine Tätigkeit zu behindern, oder zu verhindern.
Es handelt sich um:

Achtung: wir haben uns im Nachhinein, vor allem nach unserem ungenauen Umgang mit der "Kühnen-Adressenliste", dazu entschieden, Namen und Foto von dem vermeintlichen Spitzel nicht zu veröffentlichen. Ihr sagt weder, was ihr mit dem Typ zu tun hattet, wie euch seine Spitzeltätigkeit aufgefallen ist, wie ihr die Sache überprüft habt usw.. Euern Text veröffentlichen wir, damit unseren LeserInnen ein Einblick in solch ungenaue Kriterien gegeben wird. Wir finden bei Enttarnungen genaues Arbeiten extrem wichtig und fordern euch nochmal auf, eure Ergebnisse zu belegen, wenn ihr sie veröffentlicht. **Interim**

Der Typ ist ein ehemaliger DDR-Bürger, der nach einem mißglückten Fluchtversuch [illegible] [illegible] aus einem DDR-Knast in die BRD abgeschoben wurde. Danach war er, wie fast alle abgeschobenen DDR-BürgerInnen, im Auffanglager in Gießen. Von dort kam der Typ im Juli oder August 1985 nach Berlin-West und begann in dieser Zeit als verdeckter Spitzel für den BND(Bundesnachrichtendienst) zu arbeiten.
Sein damaliger Aufgabenbereich konzentrierte sich (ehemalige) DDR-BürgerInnen, die nach Berlin-West oder in die BRD übersiedelten. Er sollte diese Personen durch persönliche Gespräche auf ehemalige oder aktuelle Aktivitäten für die Staatssicherheit der DDR überprüfen und diese Informationen an den BND weiterleiten. Bekannt ist, daß er mindestens zwei Personen, die für die Staatssicherheit gearbeitet haben, denunzierte.
Der BND hat die Aufgabe, Auslandsinformationen für die Regierung der BRD zu sammeln und auszuwerten. Der BND arbeitet unter direkter Leitung des Bundeskanzleramtes und steht in direktem Informationsaustausch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (VS) und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD).
In Gießen befand sich ein zentrales Auffanglager für DDR-Bürger - Innen, die über den DDR-Knast in die BRD abgeschoben wurden. Dort wurden die Personalien überprüft; weiterhin hatten die ehemaligen DDR-BürgerInnen die Pflicht, dort vor BND-Schweinen Aussagen über ihre Identität zu machen; beim MAD wurden alle nach militärischen Einrichtungen in der DDR befragt; Typen, die bei der NVA (Nationale Volksarmee) waren, wurden genauestens ausgepreßt. Schließlich hatten sich die ehemaligen DDR-BürgerInnen in ihren Zielbundesländern auch bei den Alliierten zu melden. Bei diesen Gesprächen, die obligatorisch waren, wurde schon mal vorsortiert, wie die Menschen aus der (ehemaligen) DDR politisch einzuschätzen sind und wer eventuell bereit wäre, in der BRD eine Spitzeltätigkeit auszuführen.
Zitat:"Seit den 60er Jahren lassen sich die West-Alliierten in Berlin-Marienfelde in einer 'Sicherheitsstelle' die Akten eines jeden zu 'Durchsicht' vorlegen, der in West-Berlin Arbeit und Unterkunft sucht und aus dem östlichen Einflußbereich kommt. Im Anhang der letzten bekannten Anordnung der West-Alliierten vom 26. Juli 1984 werden die Länder Afghanistan, Albanien, Bulgarien, China, Kuba, Kambodscha. Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschecheslowakei, Ungarn, Vietnam, Irak und Iran aufgeführt. Auch Flüchtlinge aus der DDR mußten ihren orangeroten Laufzettel mit je einem Stempel der drei West-Alliierten versehen lassen. 'Vorsitzführer' D.J.Wyatt als stellvertretender Kommandant erwähnte in der Anordnung auch jenen 'Ausschuß für öffentliche Sicherheit', in dem die West-Alliierten und die Polizei von Berlin West über Sonderregeln und Ausnahmen bestimmten."(Sämtliche Zitate sind aus: GEHEIM - GEFÄHRLICH von Gero Gambella PapyRossa Verlag 1990, S. 154)

Bis September [redacted] arbeitete der Spitzel offiziell als [redacted] (ein V-Mann für BND oder VS soll als freier Mitarbeiter, von seinem steuerfrein Honorar bis 300,-DM pro Treffen, nicht seinen Lebensunterhalt bestreiten können). und wurde dann arbeitslos.

Im Frühsommer [redacted] nahm er wieder eine Beschäftigung an, wo und welche Art diese Arbeit ist, ist uns leider nicht bekannt.

Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, daß es weiterhin als Spitzel arbeitet. Durch die Annektion der DDR und somit der Auflösung der Staatssicherheit, besteht die Möglichkeit, daß er heute Personen/Flüchtlinge aus anderen Ländern ausspioniert und denunziert. Dies betrifft in besonderem Maße politische Flüchtlinge, Männer und Frauen.

Zitat:"'Abteilung IV' ist für 'Ausländerüberwachung' zuständig und bittet die Kollegen in den Ausländerämtern oft um Amtshilfe, teilt sogar Erkenntnisse über in der Bundesrepublik lebende Ausländer den Geheimdiensten des Herkunftslandes mit. Die türkischen und die iranischen Schah - Geheimdienstler durften sich aus den Kölner - Computern bedienen. Alleine in Baden-Württemberg wurden laut Verfassungsschutzbericht 18 000 Ausländer abgespeichert. Der BND hilft bei der 'Erkenntnisgewinnung', ist er doch der Dienst, der die engsten Verbindungen zu den ausländische Geheimdiensten hält." (s.o. S. 52)(Wir stimmen mit dem Begriff 'Ausländer' nicht überein ebensowenig, wie mit der absolut nur Männer meinenden Sprache ... aber Zitat ist Zitat...)

Wir können die uns bekannten Informatinen nur als Warnung weitergeben, weil für uns nicht die Möglichkeit besteht,einem konkreten Fall nachzugehen und dem Typen monatelang nachzuspionieren.
Weiterhin sind wir nicht in der Lage, genauere Quellen und Beweise für seine Tätigkeit offen zu machen, um nicht Menschen, die mit ihm in Kontakt waren, zu gefährden.
Wir haben uns für diesen Weg entschieden, damit sich Gruppen oder Einzelne, die politisch aktiv sind, oder Immigranten und Immigrantinnen, die schon allein aufgrund ihrer Herkunft verfolgt werden, vor diesem (einer von vielen) Schwein schützen können.

Jede/R, die/der sich wehrt, wird mit staatlicher Repression konfrontiert.
Die genaue Kenntnis über das Vorgehen der HERRschenden, ihrer Arbeitsweisen und Methoden zur Sicherung ihrer politischen, wirtschaftlichen und patriarchalen Machtinteressen, kann uns davor schützen, daß ein Angriff überrraschend auf uns zukommt, wir können uns eventuell auch so weit schützen, daß ein Angriff nicht sein Ziel erreicht.

Ein weiterer Schutz für uns bleibt ebenso, wie wir in Gruppen miteinander umgehen, wie genau und ehrlich unsere Diskussionen sind, inwieweit wir der Vereinzelung etwas entgegensetzen, das sog. 'Private' offen machen (was auch heißt, zu wissen wovon jede/R lebt und woher sie/er das Geld bekommt- ist ja auch für die Klassenauseinandersetzung sehr wichtig) - also kurz gesagt, die Lebenssituation jeder Einzelnen mit ihren Stärken und Schwächen sind für die Auseinandersetzung relevant (und nicht allein wegen der drohenden Repression - sondern aufgrund des ureigensten Interesses).
Unverbindlichkeiten ermöglichen es SpitzelInnen leichter, sich in Zusammenhänge einzuschleichen. Und - es hängt nicht nur von unserer eigenen Einschätzung ab, ob unser derzeitiges Thema, an dem wir diskutieren, oder die Praxis gerade so effektiv oder brisant ist, ob wir für den Feind wichtig sind oder nicht.
Aber von uns hängt es ab, wie leicht sie uns kriegen können - wenn überhaupt...!!!!!

## Jetzt geht's ums Ganze

Hoffentlich haben es schon Viele mitgekriegt-
nach drei Jahren Besetzung,sollen wir mal wieder
geräumt werden.
Die Eigentümerin,die Henning,von Harlessem und Co GmbH
(Fasanenstr.63)strengt einen Zivilprozess auf
Herrausgabe der Häuser gegen uns an,den wir auf Dauer
kaum gewinnen werden.Die beiden Prozesse am
9. und 18.März finden vor dem Landgericht statt,
obwohl für Miet-,Wohn- und auch Hausbesetzungs-
(sprich Räumungs-) Angelegenheiten,die Amtsgerichte
zuständig sind.Das aber das Landgericht seine
Zuständigkeit erklärt,ist eine klare Vorverurteilung,
ein politisches Signal gegen uns.
Auch Bezirk,Senat und TU gefallen wir nicht mehr,
ist ja auch kein Wunder-keine Verträge,kein Vorzeige-
projekt mit Befriedungscharakter,total illegal,
und dann auch noch fordernd.Da will sich keiner
die Finger an uns dreckig machen.
Wir sollen abserviert werden,je schneller und
heimlicher,um so besser.Ab auf die Strasse,
reiner Tisch in Regierugsviertel- und Kudammnähe.
Doch nichts wird still und heimlich passieren,
so einfach kriegen sie uns nicht raus.Unsere Häuser
sind die letzten besetzten Häuser in West-Berlin
und wir wollen nicht so kläglich abserviert werden,
wie es bei den letzten Häuserräumungen,nach der Mainzer,
passiert ist.
Wir wollen noch lange bleiben.Doch das schaffen
wir nicht alleine,und wir finden,das geht alle an,
die uns irgendwie gut finden.Wir sind die letzten
besetzten Häuser in West-Berlin und wir wollen alles
von euch.Wir wollen euer Geld,eure Schokolade,
eure solidarische Hilfe,eure tatkräftige,politische
Unterstützung.Wir setzen auf euch.
Kommt mal vorbei.Wir haben eine Menge Ideen,
ne Menge Schiss,und eine Menge Wut.

Was wir brauchen,ist Öffentlichkeit. Was wir brauchen
ist eine Eigentümerin,die sich nicht traut,uns
zu räumen.Was wir brauchen sind Bullen,die uns
lieber nicht räumen wollen. Wir wollen das der Senat
endlich die Grundstücke kauft. Was wir brauchen-
ist ein Wunder und Euch. Alles klar.

March|Einstein räumen
Arschlecken !

Wir haben ein Prozeßkostenkonto eingerichtet:
Sparkasse d. Stadt Berlin, Ktnr.810030497
BLZ.:10050000, Stichwort: March/Einsteinufer bleibt

An die Menschen im Kiez

Zu Bruch gingen

die Scheiben eines Schallplattenladens
( Mittwoch, 12.2.92, Dimitroff-Ecke Lychener Str.)
in Gedenken Georgis, der wegbenannt wird,
und eine Inschrift hinterblieb:
Naziplatten raus,
sonst knallt's richtig!
weil jener Händler dort verhökert
ganz offen
faschistische Platten wie
Böhse Onkelz,Volkssturm,Screwdrivers,Klans Men
und ähnliches
in großer Zahl,
durch deren Erlös sie, die Nazis,
ihre Banden unterhalten
und aufgehetzt durch jenes völkische Gegröl
Brandbomben schleudern auf uns Menschen
in Flüchlingsheimen
und Häusern, besetzten,
(so gescheben am Dienstag,11.2.,Pfarrstr., Ostberlin),
das bestialische Verbrennen von Menschen
nicht scheuend, sondern wiederholend,
wie einst ihre Führer.

Ein Händler, der daran verdient,
verdient den Bruch
seines Glases und mit uns Menschen,
die wir hier leben
und leben wollen
mit Allen
(und ohne Herrschaft irgendwann).

Die Scherben warnen
den Händler,
aufzuhören mit solchem Handel,
und zu warnen uns,
anzufangen:
offenzuhalten die Augen,
einzugreifen sofort,
zu wehren den Anfängen,
weht im Winde immernoch

die Pappel vom K.platz

Wir erklären heute, am 16.02.1992, zwei Etagen im Hinterhaus der **Heidenfeld straße 16** in **Friedrichshain** für besetzt.

Damit gehen wir nach 3,5 Monaten stiller Besetzung an die öffentlichkeit, um die Praktiken der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain aufzuzeigen.

Für uns hat sich die Besetzung nicht allein aus der Suche nach zusammenhängendem Wohnraum ergeben, sondern sie ist eine direkte Reaktion auf die Räumungsandrohung gegen die besetzte Rigaer Str. 83.

Als die WBF im Oktober letzten Jahres unsere FreundInnen aus der **83** trotz laufender Verhandlungen und schon bestehender Vorverträge räumen lassen wollte, bot sie überraschenderweise den BesetzerInnen einzelne Umsetzwohnungen an.

Die Selbstverständlichkeit, mit der die WBF hier, wo es ihr gerade zweckmäßig erscheint, plötzlich bezugsfertigen Wohnraum aus dem Ärmel schüttelt, ist eine Unverschämtheit: Wohnungssuchende werden abgewiesen, weil angeblich Geld zur Sanierung fehlt. Hier wird Wohnraum zurückgehalten, um ihn als **politische Manövriermasse** einzusetzen.

Auch startet die WBF mit ihrem "großzügigen" Angebot eine neue Art von **Befriedungsstrategie** in diesem Kiez: Erstmals wurde BesetzerInnen nicht nur mit dem Knüppel gedroht, sondern im selben Atemzug mit **Einzelwohnungen als "Ersatz"** gelockt. Was der WBF in der öffentlichkeit ihr soziales Image sichern sollte, ist reine Heuchelei: Einzelne verstreute Wohnungen können **niemals** Ersatz für eine Hausgemeinschaft sein.

**HEIDE BLEIBT**

Das es hier **bewußt** um die **Zerstörung gemeinschaftlicher Lebensformen** – für uns auch eine Grundlage politischer Arbeit – geht, zeigt besonders das Beispiel der Heidenfeld straße 16. Hier wurden einige **räumlich getrennte** Umsetzwohnungen angeboten, obwohl ein Großteil von Hinterhaus und Seitenflügel **zusammenhängend leerstanden.** Fadenscheinige Beauptungen, für die dazwischenliegenden (ebenfalls leerstehenden) Wohnungen hätte die WBF keine Schlüssel, können wir nur als Versuch sehen, Menschen am Zusammenleben zu hindern.

DA GAB ES NUR EINS:

83 bleibt und Heide wird besetzt!!!

HEIDENFELD 16 HH FRIEDELHAIN

Wir lassen uns von der WBF nicht diktieren wie wir zu leben haben.

Wir haben keine Lust mehr, uns von engstirnigen Bürokraten hinhalten und verarschen zu lassen. WIR NEHMEN UNS WAS WIR BRAUCHEN. Zwei Etagen, auf denen wir zusammen leben, wohnen und arbeiten. Wir lassen unsere Phantasie nicht in Einzimmerwohnungen sperren und unsere gemeinsamen Träume nicht durch abgeschlossene Türen trennen!

KAMPF DER STAATLICHEN VEREINZELUNGSTAKTIK

WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN VERTREIBUNG AUS UNSEREN KIEZEN

WIR LASSEN UNS NICHT WEGPLANEN FÜR HAUPTSTADT UND OLYMPIA

Erfahrung in Hamburg 1988:

# Intercare doesn't care - but we do!

*Die Diskussionen und Erfahrungen, die der folgende Text beschreibt, sind mehr als drei Jahre alt. Teilweise ist das etwas schwer zu lesen (das liegt u. a. daran, daß der Text sich mit einem politischen Vorschlag an andere Initiativen in Hamburg richtet und dabei bestimmte Diskussionen voraussetzt), aber es werden Fragen aufgeworfen, die heute noch Gültigkeit haben, vielleicht angesichts der "Flüchtlings"diskussionen noch aktueller sind.*
*Ein Bericht über Intercare ist auch zusammen mit anderen Texten über Kämpfe von JobberInnen in den 80er Jahren in* **TheKla 11** *erschienen:* **"Let's get organised! Jobberversuche 81 - 88"**

**Vorgeschichte**

1987 und 1988 hatten einige Leute einer türkischen Organisation bei der Gebäudereinigungsfirma Intercare gearbeitet. Sie machten dort die Erfahrung, daß die Firma regelmäßig Leute bei der Lohnabrechnung bescheißt, sei es, daß Teile des Lohns (z.B. Überstunden) oder komplette Monatslöhne nicht gezahlt wurden. Sie wehrten sich selbst mit einem dreitägigen Streik, was dadurch möglich war, daß sie zu mehreren in einer Kolonne waren. Diese Möglichkeit bestand nicht mehr, nachdem sie aufgehört hatten, zu arbeiten. Als dann mehreren die letzten Löhne geprellt wurden, gingen sie z.T. zunächst einzeln in das Büro der Firma, wo sie jedoch immer mit blöden Ausreden abserviert wurden. Schließlich brahcten sie das Problem in das 'Internationale Café' ein. Es kamen zwei Vorbereitungstreffen zustande, auf denen hauptsächlich das Vorgehen bei der Lohneintreibung besprochen wurde. Ende Juni sind wir zu sieben (zwei "Betroffene") auf das Büro gegangen. Wir haben für insgesamt vier Leute die nichtbezahlten Stunden aufgelistet und deren sofortige Bezahlung verlangt. Nach eineinhalbstündigem entschiedenem Auftreten hatten wir den Barscheck über 2700 DM und etwas später das Geld. Nach erstem Genießen des Erfolges fingen wir an, weitere Überlegungen anzustellen. Dabei gab es zwei Richtungen in der Diskussion.

Die eine ging dahin, diese Aktion jetzt als "gutes Beispiel" breiter publik zu machen; und zwar mittels Flugblatt, das in und über die gegebenen Zusammenhänge verteilt wird: also 'Erwerbslosen- und Jobberszene' und ausländische Organisationen. Die Vorstellung war dabei, daß andere Leute, die in ähnlichen Jobs mit ähnlichen Problemen stecken, über diese Verbreitung erreicht würden und daß die Aktion v.a. auf Grund ihres eindeutigen Erfolges zum Nachahmen anregen würde. Wobei die Jobber-Inis als der Punkt verstanden wurden, an den sich Leute wenden können, wenn sie Unterstützung für ein solches Vorgehen bräuchten. Ergänzend hierzu wurde auch eine breitere Bekanntmachung durch eine Zeitungsveröffentlichung (Taz) in Betracht gezogen zur Propagierung solcher Aktionsformen.

Die andere Position bestand im Vorschlag, diese Erfahrung v.a. den "Betroffenen" selbst direkt zugänglich zu machen und diesen Schritt mit einem Versuch einer weiteren direkten Mobilisierung der Beschäftigten zu verbinden. Hierin war auch eine Kritik an der ersten Position enthalten: 1. Sind die vorhandenen Strukturen (Erwerbslosen & Jobberszene und ausländische Organisationen) tatsächlich ausreichend, um die Beschäftigten im prekären Bereich der 440er Jobs und der Putzarbeit zu erreichen/anzusprechen?
2. Ist denn die gemachte Erfahrung über gewisse Bedingungen hinaus verallgemeinerbar? Oder anders: Wir haben immer wieder mal gehört, daß es gar nicht so ungewöhnlich ist, daß sich im Falle eines so deutlichen Lohnbeschisses die Leute zusammentun, auf den Putz hauen und auch Erfolg damit haben. So funktioniert der Beschiß ja: Wer wirklich aufmuckt, kriegt die Knete halt. Aber das heißt, daß unser "Widerstandsvorschlag" das propagieren würde, was eh läuft. Negativ ausgedrückt würden wir betonen, daß eben nur die Leute sich wehren können, die "ehrlich beschissen" werden und nur dagegen und nur, wenn sie dreist genug sind und noch ein paar aktionsfreudige Kumpels kennen oder sich in die Jobber-Inis trauen! Außerdem wurde bezweifelt, wie ausgiebig diese Aktionsform ganz praktisch anwendbar ist. Letztlich legte die zweite Position also mehr Gewicht darauf, die Aktion und die Verbreiterung dieser Erfahrung als Ansatz zu nehmen, mal ein Stück weiter zu gucken, wie eine direkte Mobilisierung der Beschäftigten aussehen könnte und das hieße in erster Linie, genauer mitzukriegen, wie die alltäglichen Verhaltensweisen aussehen und wie von dieser Ebene aus Schritte einer Mobilisierung möglich wären. Einer Mobilisierung in Richtung 'Kampf gegen die alltägliche Ausbeutung' statt ausschließlich 'Kampf gegen den Extra-Beschiß'.

Diese beiden Positionen waren aber nie als geschlossene, einander ausschließende formuliert worden. Dadurch, daß alle die Organisierung und den Kampf der PutzarbeiterInnen in den Mittelpunkt stellten, standen die unterschiedlichen Vorstellungen den unmittelbar praktischen Konsequenzen nicht im Weg. Der "Kompromiß" bestand darin, erstmal weiterzugucken und dann die Erfahrungen in den Inis nochmal zu vermitteln.



*Wer wirklich aufmuckt, kriegt die Knete halt...*

**Intermezzo - Zwischenüberlegungen von Einigen**

Allen war auch klar, daß die Ebene der Initiativen auch der Ort einer Diskussion sowohl über die Aktion als auch über die weiteren Versuche sein müßte, wenn wir diese Ebene als die der 'Selbstorganisation der politisch handelnden Subjekte' begreifen. Eine Ebene, wo also nicht nur soziale Erfahrungen aus dem Alltag der Klasse gesammelt werden, sondern wo auch der Versuch unternommen wird, in diesen Alltag einzugreifen, politische Vorstöße zu entwickeln, die den Alltag revolutionieren - nicht das bestehende effektivieren, sondern positiv verändern - von der Revolte zur Revolution! Von diesen Überlegungen aus stellt sich dann aber das in der ersten Position enthaltene Problem neu: die Frage nach dem Verhältnis von Erwerbslosen & Jobber-Inis und ausländischen Organisationen zu den Leuten, die für 440 DM arbeiten, die putzen gehen (müssen) usw... Wie diese Frage praktisch gelöst wird, kann aber nur ausgehend von den realen Bedingungen/-Bedürfnissen der ArbeiterInnen, (die gerade hier zugleich mehr als sonstwo auch Hausfrauen, Asylbewerber, ALG/ALHI/-Soziempfänger usw. sind) bestimmt werden.

Als Beitrag zur Diskussion um die Bestimmung der verschiedenen Ebenen, der praktischen Schritte, der organisatorischen Notwendigkeiten als Klassenkampforganisation soll dieser Bericht auch verstanden werden. Diese Diskussion muß geführt werden, sonst bliebe die Intercare-Erfahrung, genau wie alle anderen Erfahrungen, die von den Inis gemacht werden, zusammenhanglose Rödelei. Wir können uns die Diskussion nur vorstellen als Prozeß, in dem wir unsere unterschiedlichen Erfahrungen zusammentragen und gemeinsam die Konsequenzen daraus entwickeln. Weder aus den Organisierungsversuchen unter PutzarbeiterInnen, noch aus den Versuchen bezüglich "der Ausländer", "der Flüchtlinge", "der Arbeitslosen", "der Sozialhilfeempfänger" usw, lassen sich die politischen Klassenneuzusammensetzungsprozesse erahnen und dementsprechende politische Antworten unsererseits finden, wenn wir diese Versuche und Erfahrungen nicht gemeinsam überdenken. (Fast) niemand ist hier ausschließlich AsylbewerberIn, SozialknetebezieherIn, KriminelleR, LohnarbeitsloseR usw. Hier zeigt sich die Begrenztheit der "Themenaufteilung"; ein Beispiel unter vielen: die Ausländergruppe kümmert sich um die "Ausländer", hat Kontakt zu Flüchtlingslagern, versucht gemeinsam mit Lagerbewohnern organisatorische Strukturen aufzubauen, um den Kampf im Lager führen zu können. Haben die GenossInnen auch den Blick dafür, wo die Flüchtlinge ihre Schwarzarbeit verrichten, ob dort Kämpfe laufen? Wenn sie als Putzkolonne einen Kampf führen, ist es dann noch angemessen, sie als AsylbewerberInnen organisieren zu wollen? Dies ist ein reales Problem, was auch für alle anderen Gruppen - uns eingeschlossen - gilt. Wir müssen also in unserer Diskussion ein Stück weiterkommen, um rauszukriegen, in welche Richtung sich die 'subjektive Klassenzusammensetzung' bewegt; also welche Einstellungen und Erfahrungen überwiegen in welchen Klassenteilen, welche Bedürfnisse, welche Verhaltensweisen:

Unsere Praxis kann nur begriffen werden als Untersuchung und als Vermittlungsversuch zwischen diesen Übergängen. Eine übergreifende Diskussion der Versuche und Erfahrungen ist also unbedingt notwendig und wir müssen uns die Möglichkeiten schaffen, diese quer zu allen Initiativen zu führen.



**Die Intercare-Untersuchung**

Zunächst beriefen wir ein Treffen ein, auf dem wir aber im vertrauten Kreise blieben. Damit standen wir vor dem Problem, daß das geplante Flugblatt zur Mobilisierung der Beschäftigten inhaltlich sehr äußerlich bleiben würde, weil wir kein tieferes Wissen über die Situation der Beschäftigten hatten. Aus diesem Dilemma heraus entschlossen wir uns, zu viert nach und nach bei IC anzufangen. Binnen einer Woche arbeiteten wir an drei verschiedenen Einsatzorten. Mit den Erfahrungen, die wir dort sammelten, änderten sich auch mehrmals die Flugblattentwürfe. Zunächst waren wir ziemlich fixiert auf die Bescheißereien bei den Lohnzahlungen. Im Grunde knüpften sich daran alle unsere Hoffnungen auf eine schnelle Mobilisierung für weitere Aktionen. Wir machten uns schlau über die rechtliche Seite der 440er Jobs, wobei wir zufällig auf den Fall eines Typen stießen, der drei Wochen für IC gearbeitet hatte und am Ende statt einer Lohnzahlung eine Geldforderung erhielt. (Dabei stellte sich heraus, daß der Arbeitsvertrag, den IC in der Regel blanko zur Unterschrift vorlegt, nachträglich von IC gefälscht wurde, sodaß dem Typ eine Vertragsstrafe von 250 DM aufgebrummt wurde. Er hat dann eine Klage angestrengt und kurz vor dem Prozeß den Lohn komplett gekriegt.) Die Rechtstips gingen in das Flugi ein. High Noon war für uns dann der Zahltag, aber siehe da - die Löhne wurden komplett (fast) pünktlich gezahlt, samt der zuvor geprellten Überstunden. Im großen und ganzen fanden wir nun keine Dynamik, an die wir hätten anknüpfen können. Wir verteilten zwar noch die Flugis, die im allgemeinen recht wohlwollend aufgenommen wurden. Wichtig war dabei, daß sie auf türkisch übersetzt waren; englisch zumindest noch wäre sicher gut gewesen. Aber soweit wir es mitkriegten, haben die Flugis keine Diskussionen ausgelöst. Es ist wohl eher so, daß die Leute das alles ganz richtig finden, was drinsteht im Flugi und daß sich das mit ihren Erfahrungen deckt. Und die Rechtsinfos haben vermutlich z.T. zur Stärkung eines Gefühls von "im Recht-gegenüber-IC-zusein, wenn's-Trouble-gibt" beigetragen. Aber solange es zu keinen deutlichen Konflikten mehr kam, war es das denn auch.

**Ein Monat danach: Intercare-Untersuchung, Teil 2**

Die Firma INTERCARE beutet zwar allein in Hamburg vielleicht 150 bis 200 Leute am Tag aus (monatlich durch die Rotation wesentlich mehr), aber nicht in einer Fabrik, wo dieser Zusammenhang sofort offensichtlich wäre, sondern, in Kolonnen aufgeteilt, arbeiten die Leute über das ganze Stadtgebiet verteilt in den verschiedenen Kaufhäusern, Supermärkten, EKZs, Autowaschsalons etc...

Das ist die erste Bedingung für die gröbste Bescheißerei. Und hieran läßt sich durchaus ansetzen. Es hat schon eine Wirkung, ein Flugi in der Hand zu halten, das ausdrücklich an alle 150 bis 200 ArbeiterInnen gerichtet ist. Und diese Wirkung hat es auch auf die Firmenchefs



und Vorarbeiter. Also: das Öffentlich-Machen der Prellereien, die Rechtstips, das Aktionsbeispiel, eine ständige Anlaufstelle für Leute, die mit "Betrügereien" konfrontiert sind. Allerdings müssen über diese Anlaufstelle dann auch aktionsbereite Unterstützer antreffbar sein. Und diese Infos müssen in mehreren Sprachen sehr breit verteilt werden bei den Beschäftigten. Und zwar immer wieder, weil die Fluktuation enorm hoch ist und die Spaltung zwischen den "Kontinuierlichen" und den "Kurzfristigen" ein Zirkulieren des Wissens erschwert. Gerade die "Kurzfristigen" (bis 3 Monate) sind aber meistens vom Problem der puren Lohnprellerei betroffen. Und schließlich ist zu bedenken, daß relativ viele trotz Tips und Unterstützung nicht den Mut oder den Nerv haben, wegen der relativ geringen Summen, um die es oft nur geht, die Action zu machen. Dazu kommt, daß manche vermutlich auch Bedenken haben, etwas zu tun, weil sie vielleicht auf falsche Papiere arbeiten.

In einem verbesserten Info müßte vielleicht der Umfang von 'Tips und Tricks' ausgedehnt werden: Arbeits-, Sozialhilfe-, Asylrechtstips, Kontaktadressen, Tips wie mensch schwarzarbeitet bei Sozialknetebezug, Krankmachtips, Diebstahl, Schwarzfahren...

Also vielleicht eher so eine Art Allroundbroschüre mit dem Nötigsten und in verschiedenen Sprachen. Und das ganze politisch aufbereitet mit einem Teil zu "Betriebsarbeit" (und gerade da müßten wir genauer werden; s.u.).

Aber wir müssen uns auch die Putzarbeit selbst noch genauer angucken, denn eine grundsätzliche Dynamik für mehr Lohn und weniger Arbeit kann nur ausgehen vom gemeinsamen Vorgehen derer, die für IC arbeiten. Und das sind ganz wesentlich erstmal Leute, die nicht ständig extra-beschissen werden. Wir müssen uns also genauer angucken, wie die Arbeit aus den Leuten rausgeholt wird und dann können wir vielleicht auch ein paar Vorschläge dazu machen, wie das verhindert werden kann, wie die Leute zusammen den Druck senken können.

Es gibt sehr verschiedene Kolonnen. Ihre Größen schwanken von 3 bis 15 Leuten. (Einige arbeiten auch völlig allein.) Es gibt Kolonnen, in denen durchgängig alle eine Nationalität haben und Kolonnen, die völlig gemischt sind. Es gibt viele ältere Frauen, die meist längere Zeit diese Arbeit machen (auch über Jahre) und quasi den produktiven Kern der Belegschaft bilden; (die wenigen älteren Männer sind durchweg Vorarbeiter). Die Frauen sind zuverlässig, was eine kontinuierliche Anwesenheit betrifft und sie ziehen "ihr" Putzpensum durch. Dabei haben sie einen eigenen Rhythmus, wie gründlich und wie schnell sie sind und sie haben ihre eigenen Bereiche. Einerseits ziehen sie dieses Programm relativ zuverlässig durch, andererseits verbunkern sie sich auch in ihrem Rhythmus. Das wird besonders deutlich, wenn sie plötzlich etwas anderes oder gar etwas zusätzliches machen sollen. Hier fangen sie offen an zu protestieren, wobei sich der Protest dann z.T. auch gegen die "Neuen" richtet, weil sie meinen, die sollten die Arbeit halt machen. Der Hintergrund dieses Verhaltens ist, daß die Älteren es gewohnt sind, daß ständig Leute neu in der Kolonne anfangen, aber auch genauso schnell wieder aufhören und oft gar nicht erst anfangen, sich ein Arbeitspensum "anzueignen". Da die Älteren aber einerseits schon draufhaben, daß sie mehr als ihr Pensum eben nicht machen und halt mehr Leute dasein müßten, andererseits die Kolonne ja immer wieder mit irgendwelchen Leuten aufgefüllt wird, finden sie gelegentlich kein anderes Ventil, als über die Unbrauchbarkeit der Neuen zu mosern. Diese Spaltung wird oft noch überlagert durch geschlechtliche, nationale und altersmäßige Differenzen. Die älteren Frauen sind häufig Ausländerinnen, meist Türkinnen, die nach (und vor) dem Job Familienarbeit leisten. Für sie ist der Job oft der einzige Ansatz materieller Unabhängigkeit gegenüber dem Ehemann. Andererseits bleiben ihnen nicht viele Möglichkeiten, andere Jobs zu machen. Die Neuen sind oft Typen, die den Job nur aus einem momentanen finanziellen Engpass heraus machen oder als Übergang, bis sie was besseres haben. Insofern sind sie an den Job weniger gebunden, betrachten ihn als absoluten Notnagel und fast ausschließlich von der Einkommensseite. Hier spielt auch die patriarchale Rollenzuweisung rein, was die unterschiedliche Einstellung zur Putzarbeit anbelangt.

Die Möglichkeiten, total rumzupfuschen und rumzubummeln sind solange sehr groß, solange die Fluktuation hoch ist und Putzarbeitskräfte knapp sind. Die Vorarbeiter können dann wirklich kaum Druck machen (z.T. haben sie da selbst nicht viel Bock drauf; sind halt meist auch ziemlich prollige Typen). Letztlich müßten sie ständig hinter einem stehen, um effektiv zu kontrollieren, was besonders unmöglich ist, wenn sie mitarbeiten müssen. Aber auch bei gut besetzter Kolonnenstärke wird der Druck selten allzu groß - schließlich ist die Kolonnenstärke ständig eine sehr unsichere Größe. Die Arbeit wird meist dementsprechend notdürftig nur erledigt und es hagelt ständig Beschwerden von den Kaufhauschefs. IC wird dann mit teils beträchtlichen Leistungsabzügen bestraft. Das drückt schon. Zur Zeit scheint das Hauptproblem für IC wirklich darin zu bestehen, stabile, zuverlässige Kolonnen aufzubauen. Die Fluktuation ist extrem, die Kolonnenzusammensetzung labil und es fehlen ständig Leute. Dazu fliegen oft noch Leute raus, weil sie beim Zocken erwischt wurden. Außerdem ist die Arbeit zwar easy, aber ein paar Sachen wollen trotzdem gewußt und gekonnt sein, z.T. muß die Kooperation (Wischflächen- und Arbeitsgangteilung) ein bißchen klappen und eineR muß auch noch mit einer Wischmaschine fahren können. Wichtig - aus der Sicht der Firma - ist auch ein gewisser Überblick für die anfallenden Arbeiten und die damit verbundene Verantwortlichkeit und Flexibilität.

Die älteren Frauen bilden in dieser Situa-



tion sozusagen das produktive Rückgrat der Kolonne und damit wohl auch der ganzen Firma. Die Nationalität ist neben der Dauer der Kolonnenzugehörigkeit das wesentliche Merkmal für den Kommunikationsfluß in der Kolonne. Z.T. sind das auch Szenen von Leuten, die sich auch sonst kennen oder Einzelne bringen immer wieder Ehepartner oder Freunde mit; besonders die "ausländischen Kolonnen" entstehen und erhalten sich so. Dadurch wirken diese Miniszenen einerseits kommunikationsfördernd und können bei Ärger ein solidarischer Zusammenhang sein. Andererseits wirken sie auch in der Kolonne abschottend und in Bezug auf Anwesenheit z.T. stabilisierend. Fehlen mehrere aus den Szenen, verlieren die anderen auch die Lust; Eheleute und Freunde hören oft zusammen auf.

Das ganze im Vorangegangenen gezeichnete Bild benennt Tendenzen, die längst nicht überall genau so stimmen. Das muß nochmal betont werden. Wir wissen z.B. von kompletten AfrikanerInnen- und TürkInnenkolonnen, wo die Dinge vermutlich ein bißchen anders liegen. Dennoch sind schon wesentliche Widersprüche benannt, an denen auch wir erstmal nicht weiter wissen: obwohl die Neuen/die Jungen eigentlich die Radikaleren sind, wird von ihnen kaum eine kontinuierliche Perspektive eines Arbeitskampfes entwickelt werden. Aber wie ist ein Zugang zu den älteren Frauen möglich? Worin kann ein gemeinsames Vorgehen liegen?

Die wichtigste verbindende Parole gegenüber der Arbeit ist sicherlich die: 'Wir machen alle nur soviel, wie wir schaffen und was nicht geschafft wird, bleibt liegen. Das ist nicht unser Bier; schließlich soll IC mehr Leute einstellen und wenn sie Probleme haben, Leute zu finden, liegt das an dem miesen Lohn!' Entlang dieser Linie ließe sich vielleicht der Druck auf IC verschärfen (tatsächlich ist das eine relativ verbreitete Einstellung und Tendenz); dennoch ist der Schritt zu einer IC-ArbeiterInnenversammlung nur schwer denkbar. Dazu bedürfte es vermutlich einer gewissen Eskalation der "Probleme" und dann könnte eventuell eine Verbindung zwischen den Kolonnen ein fruchtbares Moment werden.

Die Schwierigkeiten, in der Putzarbeit zu einer offensiveren Entwicklung zu kommen, liegen aber auch noch in anderen Bedingungen begründet, als den genannten. Die Putzarbeit läuft so, daß die Kolonne zu einer bestimmten Zeit (morgens oder abends) am Putzobjekt eintrifft. JedeR holt sich seinen Wischeimer und Schrubber aus dem Geräteraum und dann verflüchtigen sich alle, um ihre Bereiche zu putzen. Dabei arbeiten höchstens zwei Leute mal zusammen und das sind dann die, die sich eh kennen. Viel mehr Berührungspunkte untereinander gibt's meist nicht. Zum Feierabend trifft sich nach eineinhalb bis zwei Stunden alles nochmal kurz zum Gerätewegstellen. Eventuell gibt es dann noch eine Minute Schnackzeit im Umkleideraum, manchmal ein Stück Heimweg.

Die Putzarbeit nimmt nur einen kurzen Zeitraum des Tages ein. Sie bestimmt das Leben längst nicht so, wie ein 8-Stundentag. Von daher haben auch die Begegnungen oft den Charakter von Begegnungen mit Leuten auf dem morgendlichen U-Bahn-Arbeitsweg teilt. Dies auch gestützt durch die Fluktuation.

Dieses Phänomen hat seinen Hintergrund auch in der Einkommenssituation der Leute. Ob familiäre "Dazuverdienerin", ob mensch den Job schwarz neben Sozialknetebezug macht, oder ob jemand noch weitere Jobs hat, - das Einkommen wird immer nur zu einem Teil aus dem Putzjob bezogen. Das relativiert auch die Bedeutung dieser Einkommensquelle. Und das drückt sich auch in der Fluktuation aus: wer Streß mit dem Job hat, haut eher ab, als groß was loszumachen. Dies gilt - wie schon erwähnt - am wenigsten für die älteren Frauen.

Aber hier wird auch nochmal die politische Bedeutung der gespaltenen Einkommen deutlich. Wenn du morgens putzt, tagsüber vielleicht noch irgendwelche Deals drehst, noch eine (andere) Schwarzarbeit, dazu einklaust und ansonsten Sozialknete ziehst, - an welcher Front sollst du kämpfen?

Auf der anderen Seite sollte mensch diese Vorgänge nicht platt als "Armutserscheinung" fassen und dahinter die "Armen" ausmachen. Vielmehr wird hier der proletarische Gebrauch des Einkommens gegen die Arbeit sichtbar: 10 Std./Woche für 1000 DM/Monat (plus Sozialknete) ist halt easier als 40 Std./Woche für 1500 DM/Monat (ohne Sozialknete). Auch wenn die Situation für einige erheblich anders aussieht, wie z.B. illegale Ausländer, RentnerInnen mit Minirente, Familienmitglieder usw, bei denen der Wegfall dieses Einkommensteils sofort zu erheblichen Schwierigkeiten führt. Dennoch zeigt sich, daß die 9 DM/Std. - oder anders ausgedrückt - die 48 Std./Monat für 440 DM die aktuelle Unter- bzw. Obergrenze sind, die in Hamburg den Putzfirmen gesetzt ist. Und dafür kriegen sie noch lange keine konkrete Arbeitsleistung, auch wenn mensch sich morgens aus dem Bett quält (oder abends)....

**Und nun???**

Ob sich in der Putzarbeit Entwicklungen vollziehen werden, die zur Selbstorganisation von ArbeiterInnen beitragen, wie diese aussehen könnten, wie wir uns darin bewegen könnten, wissen wir noch nicht. Wir betrachten die gemachten Versuche als Anfang einer "eingreifenden Untersuchung". Wie die nächsten Schritte aussehen, hängt nicht nur von uns ab....



Der folgende Text ist ein Auszug aus "*Lavorare in FIAT*" von Marco Revelli, welches in Kürze als **TheKla 15** in deutscher Fassung erscheinen wird. Das Buch beschreibt die verschiedenen Phasen bei FIAT von den frühen 60ern bis Ende der 80er, die Kämpfe, die Subjektivität der ArbeiterInnen, die Arbeitsorganisation. Revelli verwendet und dokumentiert dabei viele Interviews mit ArbeiterInnen, die in den jeweiligen Phasen bei FIAT arbeiteten.

# Italien 1978: Die Jugendbewegung kommt in die Fabrik

[Im Vergleich zur Jugendbewegung '77 und vor allem im Vergleich zur eigenen Kampftradition im "heißen Herbst", der (auch bewaffneten) Fabrikbesetzungen, der Umzüge, der "wilden Jahre" Anfang der 70er war FIAT 1978 eine »eingefrorene Fabrik, so wie sie hing zwischen Kampf und Ruhe«.] In diese Situation bricht der farbenfrohe Strom der Neueingestellten ein. Nach vier Jahren Einstellungsstopp werden vom 7. Februar 1978 an wieder Leute eingestellt, in aufeinanderfolgenden Wellen, die denen aus den Zeiten der großen Einwanderung ähneln. Etwa 1000 Einstellungen im Februar und weitere 1800 im März und April. Gegen Jahresende werden es 9000 sein, von denen aber nur zwei Drittel dauerhaft bei FIAT bleiben werden. Weitere 6000 Einstellungen werden in den ersten Monaten des Jahres 1979 vorgenommen werden. Im Fabrikjargon werden sie die "Neueingestellten" genannt. Und das werden sie für immer bleiben ... Es sind kaum zehn Jahre vergangen seit der letzten massenhaften Arbeiterrekrutierung ... und doch scheint der Abstand zu denen, die nun in der Großfabrik landen, kaum ausfüllbar. Wenn eine Sache zutreffend war an der alten Klassenzusammensetzung, am Profil des "Massenarbeiters", dann war es seine geschlechtliche Homogenität: sie waren zwar verschieden nach Herkunft, Tradition, Ethnie, Dialekt, aber diese Arbeiter waren alle männlich. Die Neueingestellten sind mehrheitlich Frauen. Für einen Teil von ihnen war es die erste Arbeitsstelle, aber ein Großteil war Hausfrauen in relativ fortgeschrittenem Alter, Arbeiterfrauen, die auf diese Weise das Familieneinkommen aufbessern mußten, Witwen, die eine Familie zu versorgen hatten. Der Großteil - v.a. der männlichen - Neueingestellten war zwischen 18 und 25 Jahre alt und verfügte über eine höhere Schulbildung. Sie waren ausgebildet worden im Bildungsboom und hatten die frühen 70er Jahre an diesem entscheidenden Ort erlebt, der die Schule nun mal ist, und sich im Umfeld der seinerzeitigen radikalen jugendlichen Aufstandsbewegungen politisiert. ... Ein guter Teil hatte an der 77er Bewegung teilgenommen oder war zumindest beeinflußt von ihrer glühenden und verzweifelten Kritik an der Gesellschaft und der Politik, von ihrem frontalen Bruch mit der Tradition der offiziellen Arbeiterbewegung selbst. Hier brach in der ureigenste Bedeutung des Wortes eine neue Arbeitergeneration in die Fabrik ein... Die erste Arbeiterklasse der zweiten Generation; die erste nach-revolutionäre Arbeitergeneration. ....

Nino Scianna, 23, als er bei Fiat anfängt: *»Warum ich zu Fiat gegangen bin? Weil ich einer war, der schrie: 'Arbeiter und Studenten gemeinsam im Kampf', verstehst du? Weil auch ich den Mythos hatte von der Fabrik, von Mirafiori. Mirafiori... Du sahst diese Leute, wie stark sie waren. Alle sprachen von Mirafiori. Ein wenig aus Neugier, ein wenig aus ideologischen Gründen. Vielleicht haben meine Generation, vielleicht ich, vielleicht viele Leute aus ideologischen Gründen gehandelt. Mirafiori war der Ort, wo sich alles abspielte; wenn wir die Fabrik veränderten, so dachten wir, würde sich alles verändern. Du warst stimuliert, dort arbeiten zu gehen, ein Metallarbeiter zu werden. Wenn ich die Umzüge der Chemiearbeiter sah, schienen sie mir etwas ganz anderes zu sein als die der Metallarbeiter, sie waren auch farbig, meinetwegen im weißen Kittel, aber anders. Jene hatten etwas anderes an sich. Ich weiß nicht was, aber sie gaben mir den Eindruck, als machten sie bedeutungsvollere Dinge. Sie hatten eine Würde... von der ich fasziniert war. Und dann die Geschichten, die sie erzählten... und die Kapos... und die Maloche... Bei Mirafiori zu sein hieß eben, Teil einer Elite sein. Scheiße, wenn einer von Mirafiori war, hieß es, paß auf, was du sagst!«* Raffaella, 1978 22 Jahre alt: *»Ich bin einfach aus Civitavecchia abgehauen, ich hatte weder eine Arbeit, noch eine Idee, was ich sonst machen sollte, es war einfach ein Mittel, um von zu Hause wegzukommen. Ich konnte die Situation dort nicht mehr aushalten, eine Unterdrückung ohne Ende. Der einzige Weg, da rauszukommen, war soweit wie möglich wegzugehen.«*

Ovicchio, 20 Jahre, Gießer: *»Ich drückte ziemlich, harte Sachen... Dann hatte ich die Nase voll davon, ich habs geschafft, mit dem Drücken aufzuhören, und es ging sehr gut, ich hab tolle Ferien gemacht, bin mit einem Freund nach Jugoslawien gegangen, hab eine Menge Leute kennengelernt, hab ein tolles Live-Konzert gesehen. Dann bin ich halt nach Turin zurückgekehrt und hab bei Fiat angefangen. Und hier hab ich die absolute Paranoia erlebt.«*

Der Aufeinanderprall mit der Fabrik und vor allem mit den Arbeitern war für alle traumatisch. Das gegenseitige Unverständnis fast total. Diese Fabrik, die für die alten Arbeiter zu einer Art Heimat geworden war, dieses Territorium, das sie mit ihren Kämpfen und einer hart aufgebauten Solidarität verändert und bearbeitet hatten, bis sie schließlich zum Zentrum der eigenen Lebenswelt geworden war, erscheint den meisten der Neuen bei der ersten Annäherung als das Gegenteil, als Ort von Unterdrückung und Auslöschung der Existenz, als träge Struktur, die das jugendliche Netz von sozialen Beziehungen zerreißt und die Subjektivität abtötet: *»Wenn ich in die Fiat reingehe* — erklärt Emma, 21 Jahre alt, seit wenigen Monaten bei Fiat — *muß ich einen Teil von mir abtöten, den schönsten und freiesten (...) Und jedes Mal, wenn ich wieder rausgehe — fügt sie hinzu — weiß ich, daß ich acht Stunden meines Lebens unwiederbringlich verloren habe«. »Der Tag, an dem sie dir nach der medizinischen Untersuchung sagen, daß du eingestellt bist* - erzählt Giovanna, 20 Jahre - *ist der schlimmste Tag deines Lebens, denn meiner Ansicht nach ist jemand, der noch einigermaßen Empfinden in sich hat, dazu fähig, sich unter ein Auto zu schmeißen, wenn er sich klar macht, wo er da hingeht.«* Nicht viel anders ist die Reaktion derer, die auf einer Welle von ideologischer Begeisterung zu Fiat gegangen sind: *»Ich warte acht Stunden auf den Werkstattmeister* — erzählt Nino Scianna von seinem ersten Arbeitstag — *dann gehe ich in die 83. Eine Affenhitze, Gestank, Lärm. Mein erster Eindruck ist ein riesiges Durcheinander, mit all den Maschinen, die sich bewegen, die über deinem Kopf laufen, an der Seite die Spritzkabinen, die Arbeiter mit Atemmaske und dreckig... 'Sind das die Metallarbeiter?', hab ich mich gefragt. Am nächsten Tag teilen sie uns Gruppen zu, und hier ist es noch schlimmer: all diese kleinen Anlasser, die man anschrauben muß, ein Höllenlärm, Motoren, die angehoben werden, ein Riesending... Beim Rausgehen hab ich dann einen Moment lang richtig Panik gekriegt, als ich diese Flut von Menschen gesehen habe, die mit mir rausging: Leute, die drängelten, die pfiffen, redeten, schimpften. Es war Zahltag, der letzte Tag der*

*Woche, deshalb waren sie alle zufrieden, man war zwei Tage den blauen Anton los, und dann waren sie alle am Laufen, um das Glücksrad an der Ausgangskontrolle zu drücken* [Mechanismus, der nach einem Zufallsverfahren die Arbeiter aussucht, die beim Rausgehen durchsucht werden]. *Ich blieb ein wenig abseits und ich erinnere mich, daß mir zum Weinen zu Mute war, als ich das sah, als ich mich als Teil dieser Masse fühlte, als ich diese Gewalt einatmete, die herrschte, diese ungeheure Macht... die alle, die da rausgehen. Und da hab ich mir gesagt: 'O.k., jetzt gehöre ich auch dazu.'«*

...

Einerseits war die unmittelbare Reaktion dieser neuen ArbeiterInnen gegenüber dem Gigantismus und der Aggressivität des Fabrikapparates nicht sehr verschieden von der früherer Generationen. Aber trotzdem war all dies den alten Arbeitern unbegreiflich. Fast wie eine Art Negation ihrer Geschichte und ihrer Erinnerung: »*Zu uns* — klagt A.R., damals 48 Jahre alt, seit mehr als einem Jahrzehnt bei Fiat — *sind viele junge Mädchen gekommen mit einem ganz eigenen Kopf. Es gibt Unterschiede gegenüber der Arbeit und gegenüber allem: sie denken nicht mal an uns! Sie sind nicht so wie wir, die wir bei Fiat schon zu den Alten gehören, und die sie überallhin versetzt haben, ohne daß wir uns geweigert hätten. Die da nehmen das Leben so, als kommandierten sie, sie fühlen sich sicherer. Ich war seit 11 Jahren dort und trat nicht so sicher auf, stell dir vor...«*

»*Die Neueingestellten* — fügt R.S. hinzu, 35 Jahre alt, aus Piemont, Avantgarde von '69 — *die von draußen kamen, sagten zu uns: 'Ihr seid verrückt, so zu arbeiten!' Sie konnten sich nicht mal jetzt an die Rhythmen gewöhnen. Aber die Alten, die schon vor '68 bei Fiat waren, antworteten: 'Jetzt geht es uns gut hier. Ihr habt keine Ahnung, wie es vorher war.' Unter ihnen gab es auch ein paar Alte, die gewohnt waren zu arbeiten (gewohnt sein heißt: gezähmt). Diese konnten sich dran gewöhnen und fanden auch, daß man gut damit klar kam. Aber die Jungen nicht. Sie schafften es nicht, mit den Alten zusammenzukommen (und für sie waren alle Alte). Auch untereinander schienen sie weniger verbunden zu sein, es war weniger Austausch als '69. Damals hatten die Neugestellten die Fabrik in der Hand. Kaum daß sie aus dem Süden gekommen waren, hatten sie schon das Kommando. '79 hingegen kamen die Neueingestellten nach einem Jahr Warteschlange auf dem Arbeitsamt, aber die Fabrik war nicht in ihrer Hand...«*

Die Fabrik war tatsächlich nicht in ihrer Hand. Sie war um sie herum. Wenn sie sich ihr annäherten, wenn sie sie durchstreiften und kennenlernten, bei individuellen Streifzügen von einer Abteilung zur nächsten in den der Arbeit abgezwackten toten Zeiten, in den durch "Vorziehen" gewonnenen Pausen, in denen sie die Ordnung der Gruppen und Abteilungen durcheinanderbrachten und ihresgleichen aufsuchten an Stellen weit weg von ihrem Arbeitsplatz. Dies war eine Praxis, die sich so stark unterschied von der des jungen Einwanderers der sechziger Jahre, für den die kulturelle und soziale Vermittlung der Kampf gewesen war und die Erfahrung der Gemeinschaft der Arbeit, der homogenen Gruppe, der Gruppensolidarität, daß sie unverständlich erschien. »*Ich* — erzählt Adelina, blutjunge Neueingestllte von 1979 — *habe in den wenigen Monaten, die sie mich hier halten konnten, versucht, die Arbeit als eine Sache der Hände zu sehen. In dem Sinn, daß ich absolut nicht meinenKopf dafür hergeben wollte. Ich versuchte, soviel wie möglich zu lesen zwischen einem Motor und dem nächsten. Ich quatschte, ich traf Leute aus anderen Arbeitsgruppen, die mich besuchten. Ich wollte mich nicht acht Stunden lang völlig von dieser Arbeit absorbieren lassen, weil ich kapiert hatte, daß diese acht Stunden mir Stück für Stück mein ganzes Leben raubten. Nicht einmal draußen ließen sie mir Raum, um mein eigenes, von mir bestimmtes Leben zu leben. Deshalb versuchte ich, mich zu "organisieren". Wir waren zu viert in meiner Arbeitsgruppe. Und wir hatten gemerkt, daß, wenn jeder ein bißchen 'zog', für die Arbeit in Wirklichkeit drei genügten, so daß im Wechsel einer alle eineinhalb Stunden eine halbe Stunde ausruhen konnte. Und diese halbe Stunde benutzte ich, um in der Fabik herumzuspazieren. Die anderen spazierten weniger herum, ich dagegen ging vom Arbeitsplatz weg, lief herum, suchte andere Leute auf. Und das stank ihnen. Nicht die Pause, denn viele hatten sich so organisiert. Sondern die Tatsache des Spazierengehens. Das ging den Kapos nicht runter, und nicht einmal den älteren Arbeitern. Weil sie denken, wenn sie dir einen Arbeitsplatz zuweisen, geht es dir automatisch gut dort, kommst du gut aus mit den Leuten, die dort sind. Aber das ist nicht wahr. Man kommt eine Weile gut aus, aber wenn es darum geht, mit einer Realität zu kommunizieren, die dir näher ist als Jugendlicher, als Frau, als Genossin, suchst du dir deine Freunde woanders, weil du andere Dinge zu sagen hast. Hier sieht man den Unterschied zwischen dem jungen und dem weniger jungen Arbeiter. Weil die älteren ihr Leben ganz über die Arbeit leben. Produktion oder Nicht-Produktion, Bandstillstand oder Streik, egal was passiert, sie sind da, sie gehen keine drei Schritte weit weg. Das Problem, sie anderswo suchen zu müssen, gibt es nicht. Sie sind allerhöchstens an der Kaffeemaschine oder beim Kartenspiel, aber immer in unmittelbarer Nähe, sie haben immer ihren Arbeitsplatz im Auge.«*

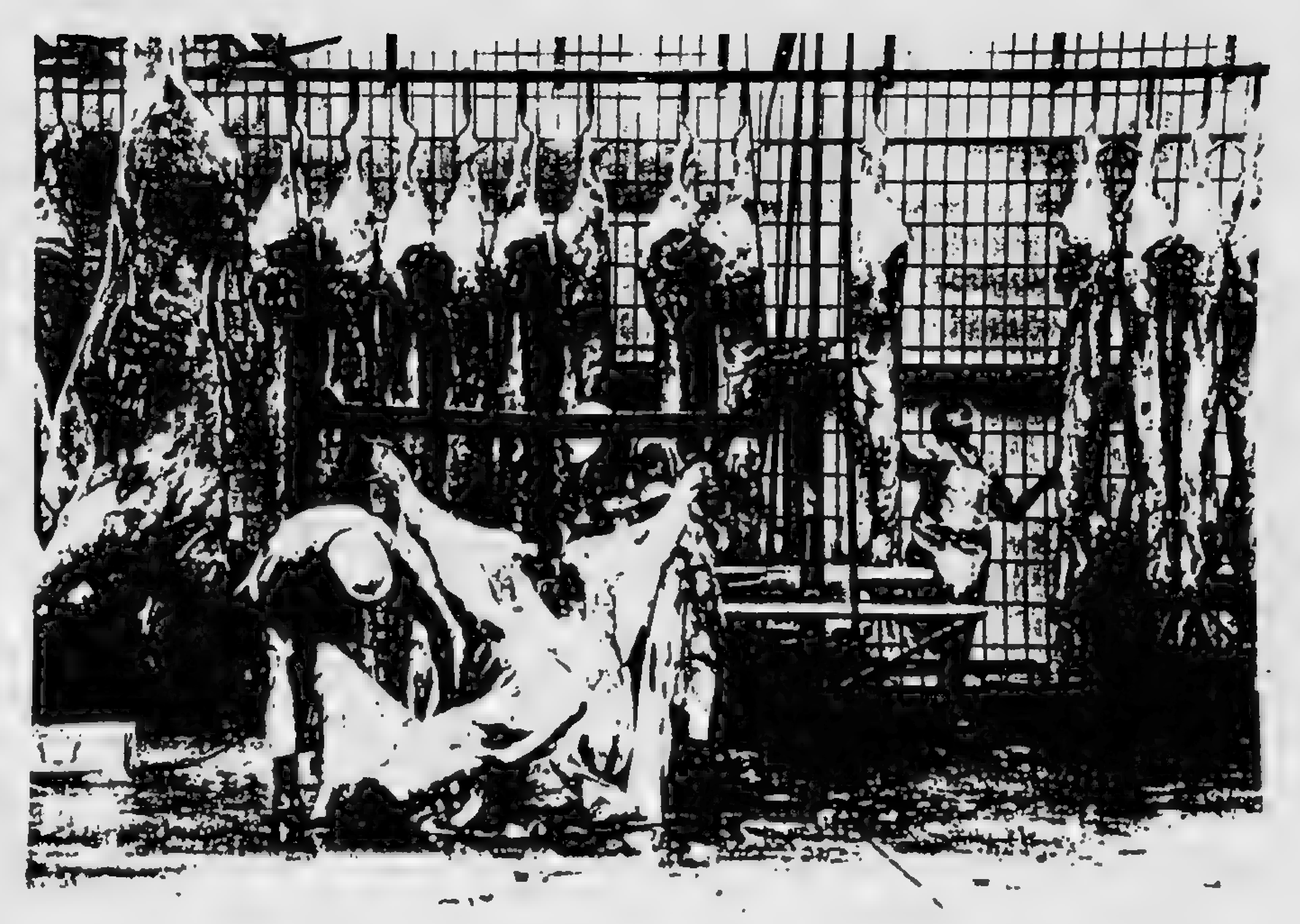


... Hatte in den fünfziger und sechziger Jahren die aufsaugende Macht des Arbeitsprozesses Einheit produziert, indem sie die zahlreichen ethnischen und kulturellen Identitäten eines Landes, das kurz zuvor das dörfliche Leben verlassen hatte, vermengte, so deckte nun ganz im Gegenteil das vielseitige Gewirr menschlicher Beziehungen in der Fabrik die Profile eines zerbrochenen Rahmens gründlich auf. Hier waren nicht mehr "Arbeiter", sondern "Junge", "Frauen", "Alte", jeder und jede mit eigenen Solidaritäten, eigenen Ausdrucksformen, eigenen Werten.

»*An meinem ersten Tag hier ging es mir wirklich schlecht* — erzählt Elena —. *Der*

*Lärm betäubte mich; nach kurzer Zeit hörte ich nichts mehr, du fühlst dich belämmert, es macht dich irgendwie schlaftrunken. Dann gehst du zum Abteilungsleiter, der dich zum Werkstattmeister schickt, und der schickt dich weiter zum Vorarbeiter, der nicht weiß, wo er dich hinstecken soll, weil du eine Frau bist. Ich bin durch einige Metallkäfige mit Glaswänden spaziert, alle voller Krawattenhengste mit falschem Lächeln und falscher Freundlichkeit, die dich immer an die steile Leiter der Hierarchie erinnern mit ihrem 'folge mir', 'warte hier', 'setz dich dort hin', 'ich nehm sie, du nimmst sie', als wärst du eine Sache. Ich hatte erwartet, riesige Maschinen zu sehen und getaktete, schnelle Bänder, doch mein erster Eindruck war, daß sich alles langsam aber kontinuierlich bewegt. Und ich sah eingeschrieben im Gesicht vieler Älterer die Monotonie, leere Blicke, die in eine Art Schlaftrunkenheit abgeglitten schienen, getaktet (skandiert) von zyklisch wiederkehrenden Geräuschen und Bewegungen. Das erste, was ich mir sagte, war: 'ich werde mich nicht kleinkriegen lassen wie sie, hier bleibt die Zeit stehen.' Als erstes kommen die Delegierten, um dich in die Gewerkschaft einzuschreiben. Dann kommen die männlichen Arbeiter, die sich bekannt machen wollen. Sie rükken dir auf die Pelle, reißen Witze, machen sich schön, sie ziehen eine Schau ab mit ihren bescheuerten Sprüchen. Wenn sie merken, daß du antwortest oder daß du gar Feministin bist, lassen sie sofort die Beute fallen und ziehen Leine.. und gaffen dich an, als wärst du wurmstichig oder verrückt. Denk nur, eines Tages hat mir einer gesagt: 'Glücklich, wer dich besteigt'. Und ich muß dazu sagen, das ist einer, der bei den Tarifstreiks in der ersten Reihe war, der sich mit denen anlegte, die nicht mitstreiken wollten, der die Haltung der Gewerkschaft kritisierte, weil sie zu gemäßigt war, also eben einer, dem du dich näher gefühlt hast, dem du vertraut hast.«*

Elena drückt beispielhaft den feministischen Standpunkt gegenüber der Fabrik aus, indem sie als Frau, nicht als Arbeiterin spricht. Genauso bringt Giò seine ebenso radikale und unbeugsame Sichtweise eines Jungen ein: *»Schau mich an, schau mich genau an* — sagte er mir bei unserem ersten Treffen am 17. Juli 1979 auf der Piazzale di Rivalta —. *Die Schuhe wie für die Diskothek, das Hemd wie ein Extremist, ein Ohrring wie ein Schwuler, lange Haare wie ein Sänger: nichts was einen an einen Arbeiter erinnert. Denn ich will, daß wenn einer hier reingeht, in die Abteilung kommt und mich sieht, sofort kapiert, daß ich nicht wie die anderen bin. Die hier drin sind, sind wirklich*



*tot, sind lebende Tote. Kadaver, die immer weiter arbeiten. Leute, die vor sich hin vegetieren. Schon wenn sie hier reinkommen, sind ihre Augen geschlossen... Deshalb fühle ich mich hier wie ein nichts... Hier zu landen heißt wirklich alles leugnen. Draußen kann ich natürlich ohne Ohrring rumlaufen, normal angezogen, aber hier muß ich betonen, daß ich anders bin...«. Giò war 20 Jahre alt, hatte die dritte Klasse Handelsschule abgeschlossen, eine Übernahmestelle bei Ultras Granata. Seine Sprache war außerordentlich bilderreich, eine Mischung aus Sportlerkauderwelsch, dem Slang der Vorstädte, aus Schule und Fernsehen. In dieser Sprache erzählte er von "seiner" Fabrik, die irgendwo zwischen Erfindung udn Wirklichkeit lag: »Dem Abteilungsleiter — so erzählt er — habe ich sofort reinen Wein eingeschenkt: 'Hören Sie, hab ich gesagt, wir sind hier zu dritt, Junge, Drückeberger. Bilden sie die Mannschaft ohne uns, wir würden nur alles kaputt machen. Behalten Sie uns auf der Bank. Ich kann den Kapitän machen, nicht den Spieler, Sie werden sehen. Jetzt, so wie wir jetzt sind, solange wir auf der Bank bleiben, ist unsere Mannschaft Weltklasse. Wenn Sie uns dann noch jenen Arbeiter dort geben (ich nannte den Namen eines aus einer anderen Mannschaft, der sich durch besondere Leistung auszeichnete, einer, der schon drei Kollapse hinter sich hatte, dem es gefiel, an den Pressen zu arbeiten, er würde auch Doppelschichten machen, und er arbeitet auch nach Schichtende draußen weiter), wenn Sie es machen wie Rossi bei Perugia und uns den da für zwei Jahre ausleihen, können wir sofort auf die Meisterschaft zielen, und ein wenig später sogar auf den Pokal der Pokalsieger. Aber hören Sie mir zu, behalten Sie uns auf der Reservebank.' 'Probieren wir es', antwortete er. Er war noch neu als Leiter — sein Vorgänger war gegangen, weil er durchgedreht war — und so haben wir jetzt recht viel Freiheit, wir tun wenig und obendrein haben wir unseren Spaß. Wir laufen in der Fabrik herum, rennen, machen Auftritte, auch um den anderen zu zeigen, wie man es machen muß. Eines Tages sind ich und ein Freund in Frauenkleidern zur Arbeit gekommen. mit einem rosa Hütchen, riesiger weißer Brille, solchen rosa Overalls, wie sie jetzt Mode sind. Es war ganz schön schwierig, bis hierher zu kommen auf der Vespa, so aufgetakelt. Und wir haben uns ganz ruhig an die Arbeit an den Pressen begeben, auf dem Podest waren wir gut im Blick für alle. Dann kam der Vorarbeiter und gaffte uns an. 'Is was?', sagte ich mit ein wenig drohendem Ton, dann beeilte er sich zu sagen: 'Nicht schlecht, daß ihr hier ein bißchen für Stimmung sorgt...'(?) Ein anderes Mal kamen wir in perfekter Tennisausrüstung, weißem Lacoste-Pulli, weißen Söckchen, Stulpen, Tennisschuhen, Schläger, und arbeiteten so, ganz ernst. Oder wir brüllen plötzlich los, ganz laut... lautes Geschrei geht los! Das letzte Stück ist wirklich fürchterlich, ganz laut. Denk mal, du stehst da und (Ruschi) die Stanze, und auf einmal bricht so etwas aus. Alle drehen sich um und schauen uns an und wir sind am Arbeiten und sagen 'was gibt's da zu gucken?'«.*

*»Wir haben Starallüren, das muß ich zugeben, das heißt, wir nehmen sie so, wie sie sind. Besonders die Vorgesetzten, Sie schaffen es nicht, uns die Stirn zu bieten, und was zu machen, weil wir schlimmer sind, einfallsreicher, in allem besser. Wir können besser reden als sie, sind ironischer. Sie stehen wie die Maus vor dem Berg, sie schaffen es nicht, uns*

*die Stirn zu bieten. Die Delegierten streiten sich ein wenig mit uns, es stinkt ihnen, wenn wir Ärger machen, aber wenn wir Auftritte machen, lachen sie mit wie die anderen, da vergessen sie, daß sie Delegierte sind. Wenn sie herkämen und uns dumm kämen, würden wir sie wegschikken, wir delegieren an niemanden.«*



"Abschaum", sollte sie Adalberto Minucci in einem Artikel in der "Stampa" nennen, um den niedrigen Charakter dieses besonderen Menschenmaterials zu betonen. Und doch signalisierten diese "neuen" und beunruhigenden Verhaltensweisen unter der Oberfläche eine wirkliche Veränderung im Verhältnis zwischen Fabrik und Gesellschaft, zwischen Produktionsmodell und Kulturen der Generationen. Sie zeigten den nunmehr offenkundigen Widerspruch zwischen dem System der Erwartungen und Bedürfnisse, der sich im Bereich/Umkreis von hoher Schulbildung und Organisations- und Kommandosystem der fordistisch-tayloristischen Fabrik herausgebildet hatte; das alte Produktionsmodell hatte gegenüber der neuen Arbeitskraft keine Anziehungskraft mehr. Wenn auch in der unzusammenhängenden Ausdrucksweise der Ideen, für die es noch keine Worte gibt, drückten die Neueingestellten die substantielle Weigerung aus, diese Reduzierung des eigenen Lebens und der eigenen Zeit auf eine Ware zu akzeptieren, die am Anfang des Arbeiterkampfs selbst gestanden hat. Und sie stellten implizit die viel weitergehende Forderung nach einem Sinn der eigenen produktiven Tätigkeit, und nach Autonomie — was die soziologische Literatur später als "post-materialistische" oder "post-industrielle" Bedürfnisse definieren sollte. Und es stimmt auch nicht, daß nachdem das anfängliche Mißtrauen überwunden war, die Unmöglichkeit der Kommunikation mit den alten Arbeitern absolut gewesen wäre, die Solidarität unmöglich: *»Hier hast du mit vielen kommuniziert* — erinnert sich Nino Scianna noch — *mit den Jungen, mit den Alten, vor allem mit denen, die dir ihr Wissen zur Verfügung stellten, die dir beibrachten, wie man eine bestimmte Arbeit macht, sogar wie man eine Maschine so verklemmt, daß es eine halbe Stunde Stillstand gibt. Die konnten sich gleichzeitig darüber aufregen, wenn du die Arbeit nicht gut gemacht hast, sie sagten nämlich: 'Wenn du die Arbeit gut schaffst, kann dir der Unternehmer nie was anhaben...' Sie vertrauten dir, weil sie verstanden, daß du jung bist, auch wenn du zur höheren Schule gegangen warst, warst du doch einer von ihnen, hattest du dich dafür entschieden, Arbeiter zu sein. Man hilft sich unter seinesgleichen: das war eine Arbeitermoral, eine Form von Bewußtsein, die sie sich alle zu nutze gemacht hatten und aus der eine breite Solidarität entstand. In ihr verlor sich jegliche Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region oder Generation, wurde weniger wichtig. Bei der Arbeit gab es nur eines: du versuchtest dem zu helfen, der auf deiner Seite war und nicht auf der anderen Seite der Barrikade«.* Auch Giò, der seine Subjektivität radikal "anders" als die traditionellen Arbeiter ausdrückt, kommt an einem bestimmten Punkt seiner langen Erzählung ins Zögern; die Auswirkungen dieser andauernden Betriebsamkeit, die die Fabrik ist — "jene" Fabrik — wirkst sich auch auf die wildeste Identität aus und zeichnet sie, indem sie sie sich einverleibt: *»Möglicherweise wird es eine Krise der Werte geben — bekennt er —, aber ich breche gerade die Brücken zu einer Menge Leute ab. Die Freundschaften sind in der Krise. Die Freundschaften von einst laß ich so weiterlaufen, in der Hoffnung, daß sie wieder so werden wie früher. Aber die schönsten Freundschaften hab ich jetzt hier drinnen, in der Fabrik. Ich fühle, jetzt rede ich nicht mehr ernsthaft..., aber die alnderen kapieren die Kämpfe nicht, die ich bei Fiat ausfechte... ihre Politik ist so dumm. Ihre Politik, das ist für einige Leute der Joint, oder das Konzert, oder ein Schulstreik, weil die Heizung nicht funktioniert. Für mich hingegen ist die wirkliche Politik die in der Arbeit. Wie soll ich es sagen? Die Fabrik hat meine Anmaßung ins Riesengroße wachsen lassen. Ja, ich fühle, daß ich jetzt Dinge kapiere, die die anderen nicht kapieren. Früher sprachst du von Kämpfen, von Proletariern, von Kommunismus, von Genossen, aber ich hab angefangen, diese Dinge auf der eigenen Haut zu erleben. Jetzt denke ich, daß alles, was einer tun muß, jeder Kampf, durch Opfer gefiltert werden muß, durch Dinge, die einer nicht freiwillig tun möchte, sie aber mit einem bestimmten Ziel tut. Die Freundschaften verfestigen sich meiner Meinung nach, wenn du über längere Zeit hinweg etwas gemeinsam machst und gemeinsam riskierst«.*

Als im Frühjahr 1979 die Tarifauseinandersetzung in ihre heiße Phase kommt, ... war die Enttäuschung bei den alten Arbeitern natürlich groß. Diese so widerspenstigen, in der Verweigerung der organisierten Industriearbeit so extremen Jungen hielten sich vom Kampf fern, desertierten bei Umzügen und Versammlungen und sprangen über die Mauer, wann immer sich die Gelegenheit ergab, um aus der Fabrik abzuhauen. Um sich einen Fetzen freier Zeit rauszuschneiden, weg von der Produktion. Aber das war das Problem weniger Tage. Rasch fanden auch die Neueingestellten eine eigene Rolle, sie waren es, die die Straßenblokkaden erfanden, indem sie in die breiten Corsos rund um Rivalta und Mirafiori hinausliefen. Sie verlagerten das Kampfterrain von der Fabrik — die sie nicht kannten und nun als eingefroren und zäh kennengelernt hatten - in die Stadt, die sie hingegen fast instinktmäßig zu beherrschen gelernt hatten. Die lähmten sie nun, indem sie ihr Spiel trieben mit der gegenseitigen Abhängigkeit der Verkehrsflüsse (genauso wie ihre Vorgänger es in der Fabik gemacht hatten mit der Blockade von Förderwerken und Bändern), sie entführten Linienbussse und durchquerten die Stadt auf ihren Streifzügen. Der Abschluß des Tarifvertrags von 1979 wurde gänzlich in Turin entschieden. Auf dem Terrain der öffentlichen Ordnung. ...

# Wolf im Schafspelz

Wollen wir wieder dem Wirbel der Medien Glauben schenken, so steht uns nach dem "Heißen Herbst" nun ein "heißer Frühling" ins Haus. Nicht ohne Übertreibung jedenfalls sollen die Verhandlungen - und die sie begleitenden Arbeitsniederlegungen - über die 35-Stunden-Woche zur "größten gesellschaftlichen Auseinandersetzung der 80er, wenn nicht sogar der Nachkriegszeit" werden.
Da bleibt kein Auge trocken - und auch die Herzen der skeptischsten Gewerkschaftskritiker schlagen schneller.
Die sogenannte Basis aber läßt sich nur mühsam auf Vordermann bringen. Die Stimmung - selbst in der IGM Bastion Daimler/Untertürkheim - ist "lustlos wie nie zuvor" und nicht wenigen "realistischen Metallern" wird's irgendwie mulmig, wenn sie an die nötigen 75% bei der Urabstimmung denken.
"In 35 Stunden wird das Gleiche geschafft - nur für weniger Geld" ist eine einleuchtende Begründung für die Ablehnung. Und wie sie angesichts des Frontalangriffs des Kapitals und der Defensive der Klasse durchgesetzt werden soll, eine andere.
Und nicht zuletzt sind da die Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Gewerkschaftsapparat, der sich schwertut, auch mit noch so radikalen Parolen und Reden sich glaubwürdig und Geschehenes vergessen zu machen. Nicht so die (Gewerkschafts-) Linke. Die ficht's nicht an. Wenngleich selbst die ansonsten unverdächtige "Revier" (1/84) davor warnt, sich mit geschlossenen Augen vor den Karren spannen zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß das berühmte "Wer hat uns verraten" scheinbar absolut und bei gegebenem Anlaß wieder in aller Munde sein wird.
Es ist plötzlich wieder notwendig, die Gewerkschaften vor dem politischen Ruin zu bewahren und nahezu vorbehalt- und kritiklos die 35-Stunden-Forderung zu unterstützen.
Und überhaupt: "Arbeitszeitverkürzung ist doch richtig. Mehr Freizeit und weniger arbeiten, wollten wir schon immer."
"So eint die Systemfrage diejenigen, die eben dieses bekämpfen wollen und diejenigen, die dies sagen, um es auf Trab zu bringen". (Dieter Marcello in der TAZ v. 17.2.84)

Wir schreiben dieses Papier, um einerseits diese Einigung zu untergraben, weil wir sie für falsch und gefährlich halten und dies nicht hinterher erst feststellen wollen. Andererseits weil's prinzipiell notwendig ist, sich mit den Bedingungen, dem Was, Wer, Wie Wo und Warum von Forderungen und Kämpfen auseinanderzusetzen, erst recht, wenn sie "von Oben" aufgestellt und dirigiert werden.
Wenn heuer für die 35-Stunden-Woche die Klamotten hingeschmissen werden sollen, so ist's nicht das erste Mal.
Der Stahlarbeiterstreik des Winters 78/79 wie auch die damalige gesellschaftspolitische Situation ist uns deshalb aus aktuellem Anlaß einen Rückblick wert. Charakteristisches Ergebnis der "Krise der Massenarbeit", des Kampfzyklus 68-73 (in der BRD: Septemberstreiks 1969 und Stahl- und Automobilarbeiterkämpfe 1973) war die weitgehende Trennung von Leistung und Lohn. Und auf der Haben-Seite zu verbuchen: Lohnsteigerungen (von 69-74/75 real ca. 30%) über Produktivitätszuwachs.




Die Ablehnung, die Lohnarbeit als alleinigen Gradmesser von Selbstwert und Bedürfnisbefriedigung anzuerkennen, war dessen Spiegelbild im gesellschaftspolitischen Bewußtsein.
Diese Abkopplung von Arbeit und Einkommen war ein Meilenstein gegen die - insbesondere in der BRD aus dem Nationalsozialismus überlieferte - Tradition des Leistungsdenkens.
Frontal gegen diesen bewußtseinsmäßigen Einbruch steht die vom DGB seit Jahren propagierte Parole des "Rechts auf Arbeit", die an das "Arbeit macht frei" der Nazis erinnert.
Sicher als Folge davon führen die "Ölkrise" des Jahres 73, die Massenentlassungen und die Arbeitslosigkeit (mittels Rationalisierung und "Internationaler Arbeitsteilung" durchgesetzt) seit 74 als Angriffe auf Zusammensetzung und Einkommen der Klasse nur bedingt zu dem gewünschten Resultat.

Trotz Arbeitslosigkeit steigen die Löhne (74-76), die Arbeitsmoral ist schlapp, Blaumachen ist immer noch auf der Tagesordnung und in der sozialen Hängematte kann mensch sich noch durchschaukeln.
Da ein umfassenderer Angriff als Arbeitslosigkeit und "Ölkrise" nicht sofort aus dem Ärmel zu schütteln war, setzte das Kapital noch einmal auf Ausweitung von Produktion und Arbeit: Ende 76 wird der Einstellungsstop der Großbetriebe aufgehoben, im Frühjahr 77 beginnt die Bundesanstalt für Arbeit eine Vermittlungsoffensive via ABM, Umschulungen usw. Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich 76-78 um 950 000 mit sinkender Tendenz und einem wachsenden Anteil jugendlicher "Neu"-Arbeitsloser.





## Einleitung der Restrukturierung — 35-Stunden-Forderung und Stahlarbeiterstreik



Inhaltlich an die alte Massenarbeiter-Losung "Mehr Lohn - Weniger
Arbeit" anknüpfend, auf einer IGM-Tagung Anfang 77 in Köln erst-
mals (soweit wir's wissen) unter dem Begriff "Modellsolidarität"
konkretisiert, wurde die 35-Stunden-Forderung auf dem IGM-Gewerk-
schaftstag im September 77 gegen den Vorstand, der dies mit allen
Mitteln zu verhindern suchte, in den Forderungskatalog aufgenommen.
Eugen Loderer, damaliger Vorsitzender der IGM, nannte die Forde-
rung "übertrieben" und "nicht durchsetzbar". Eine Einschätzung, der
ein gutes Jahr später offensichtlich eine "Änderung" widerfahren
sollte - eine Änderung, die sich ausschließlich auf den nordrhein-
westfälischen Tarifbezirk, genauer: auf die Stahlindustrie bezog,
nicht aber auf den Rest der Republik.

1. In der "strukturell" schon damals angeschlagenen bundesdeutschen Stahlindustrie waren seit 1975 40 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Demzufolge war auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Eindämmung anstehender Freisetzungen wenigstens bei den betrieblichen Gewerkschaftskadern der Stahlbranche sehr populär (durch die bei 35 Stunden Wochenarbeitszeit notwendige Einführung einer 5. Schicht hätte zumindest eine Umverteilung der bestehenden Belegschaften, wenn nicht - wenigstens vorübergehende - Neueinstellungen rausspringen können). Nicht zuletzt sollte mit der angestrebten Stabilisierung der Belegschaften auch ihre Kampfstärke er- und zusammengehalten werden.

2. Die Kampfstärke und -bereitschaft der Stahlarbeiter hatte Tradition. Wie bei den Septemberstreiks 1969 waren sie auch im Streikjahr 1973 die ersten, die gegen die miesen Tarifabschlüsse der IGM Lohnerhöhungen erkämpften (Klöckner/Bremen, Hoesch/Dortmund, Mannesmann/Duisburg etc.) - natürlich gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, die ihre Zerschlagung in vorderster Reihe betrieb. Diese Erfahrung sowie die butterweiche Tarifpolitik der nächsten Jahre, die unter Kurt Herb in NRW "mit List und Tücke" den Arbeitsfrieden wahrte, hatten die Distanz der sog. Basis zur Gewerkschaftsführung konserviert.



3. Das Ruhrgebiet - und dabei speziell die Stahlindustrie - sollte in den nächsten Jahren einem einschneidenden Wandel durch "Strukturkrisen" unterzogen werden: Planmäßige Ruinierung der ökonomischen Substanz der Region und damit ihre Zurichtung zur Billiglohnregion in der Metropole selbst (die Errichtung "Freier Produktionszonen" ist in Planung). Die heutige Arbeitslosenquote im ... z.T. bei 25%).

Die krisengeschüttelte Perspektive der Region verbunden mit der labilen Kontrolle der Klasse durch die Gewerkschaftsführung dürfte den Ausschlag gegeben haben, einerseits durch einen großen Streik die Belegschaften wieder mehr an die Gewerkschaft zu binden und andererseits durch seine - wie sich zeigen sollte - resignativen Folgen die Ruhe für die nächsten Jahre zu garantieren.

### Zum Streik selbst:

Zeitpunkt: Dezember/Januar 78/79.
Die Bedingungen für einen unwirksamen Streik sind "ideal": Die Automobilindustrie als Hauptabnehmer von Stahl hat ihre Konjunktur erst im Frühjahr. Schon allein deshalb war klar, daß es lange dauern würde, bis sich Lieferschwierigkeiten bemerkbar machen.
Überdies war in der Zeit vor dem Streik Stahl auf Vorrat hergestellt worden. Auch ist die Jahreswende nicht gerade der Zeitpunkt, zu dem auf Hochtouren produziert wird: Weihnachtszeit - Ferienzeit.
Der Streik beginnt am 28.11. nach nur 2-wöchiger Mobilisierung. Sie ist trotzdem außerordentlich hoch. Es wird ein aktiver Streik, an dem nicht nur die Mitglieder, sondern auch ihre Familien teilnehmen.
Entgegen der Forderung der "Basis" wird nur schwerpunktmäßig (etwa 25% der Mitglieder) gestreikt.

Dem Verlangen nach Vollstreik wird auch dann nicht nachgekommen, als das Kapital zusätzlich 29 000 Arbeiter aussperrt und eine Koordinationsstelle für Terminaufträge einrichtet, die die durch Streik und Aussperrung ausfallende Produktion auf die restlichen Betriebe umdirigiert.

Bereits am 6.12. wird NRW-Minister Farthmann, der bekanntlich gegen die Arbeitszeitverkürzung ist, als Schlichter akzeptiert und ernannt.
Während in über 30 Städten von DGB und IGM organisierte Kundgebungen gegen die Aussperrung stattfinden, liegt am 17.12. das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch: 4% mehr Lohn bei 15-monatiger Laufzeit (= 3,2% auf's Jahr bezogen) plus ein paar Freischichten und etwas mehr Urlaub.

Der Vorschlag wird von der Großen Tarifkommission abgelehnt und die Ablehnung mit der Ankündigung, den Streik auszuweiten, verbunden.
Was die Streikenden zu der Annahme verleitet, am Streikziel würde festgehalten und es solle durch die Ausweitung unterstrichen werden.
Denkste! Bis zur Einbeziehung von weiteren 20.000 Stahlkochern dauert es noch ganze 2 Wochen (3.1.). Einziger Grund für die Ablehnung des "Kompromisses" war nämlich die Beschränkung der Freischichten auf die Nachtschicht (was im endgültigen Abschluß hieß: 3 Freischichten für über 50-Jährige). In der ganzen Zeit wird langwierig verhandelt und in bitterer Kälte weitergestreikt.

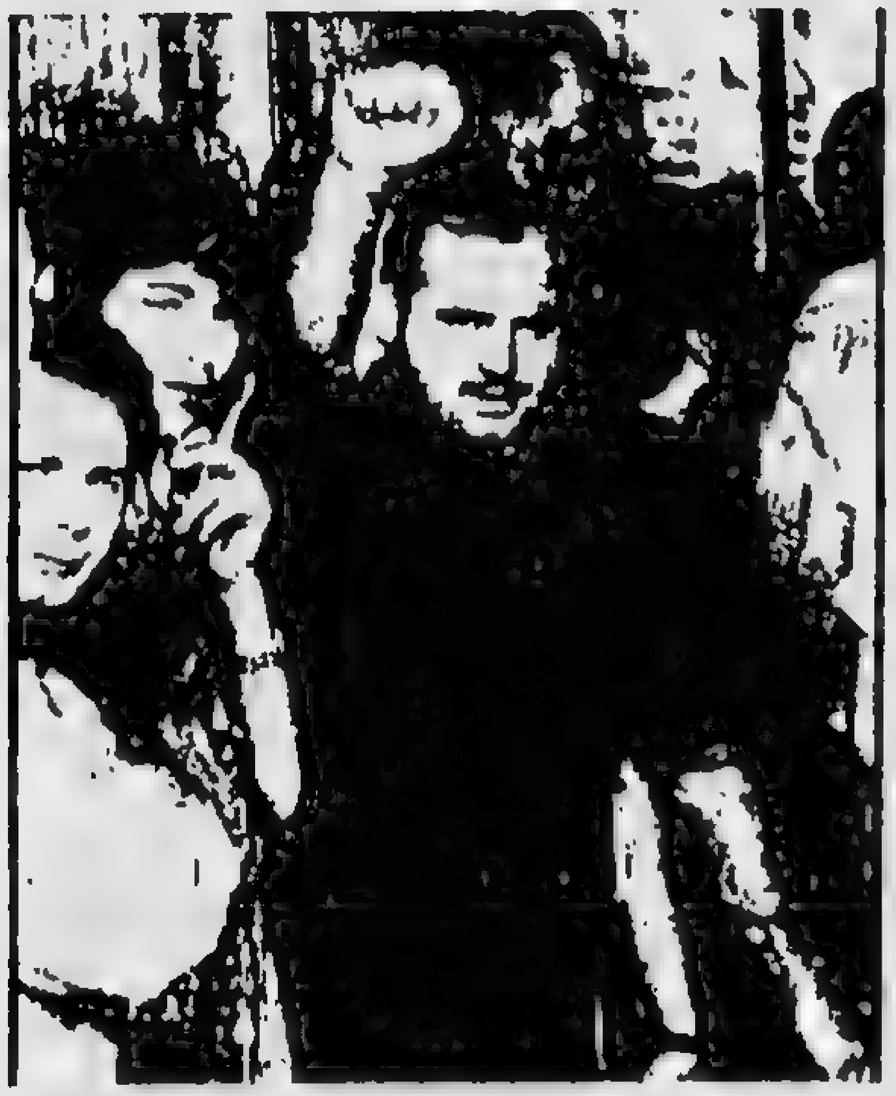


Am 7.1. erfolgt die Einigung auf der Basis der seit Wochen existierenden Formel, mit einer Laufzeit des Manteltarifvertrags bis 31.12.83, d.h. Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf 5 Jahre. Unter den Protesten der Streikenden segnet die Große Tarifkommission den Abschluß ab.

Die Stimmung für die Urabstimmung am 11.1. wird durch die planmäßige Demontage des Streiks (Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit) aufbereitet und ihr Ergebnis nach dem Motto: "Ihr könnt ruhig wählen, solange wir die Stimmen zählen" durch massive Manipulation in manierliche Form gebracht.
Es sollte sich sehr bald zeigen, daß die Strategie des IGM-Vorstandes aufgegangen war. Trotz der während des Streiks intensivierten autonomen Strukturen wurde die Niederlage akzeptiert, d.h. sich mit ihr abgefunden. Während der Großteil also resignierte, kanalisierten sich Wut und Schmerz des Rests zum hundertsten Mal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in dem - auch diesmal erfolglosen - Versuch, den verknöcherten hierarchischen Apparat zu reformieren.

# Unsere Türken bauen hervorragende deutsche Autos

**Ohne Gastarbeiter in der „Drecklinie" stehen die Fließbänder still**



Ein türkischer Ford-Arbeiter ballt die Faust. Zusammen mit mehreren Landsleuten steht er auf dem Gelände der Kölner Autofabrik, die gestern durch einen wilden Streik lahmgelegt war.

Von PETER J. GLODSCHEY

**Köln, 28. August**

**„Unsere Autos sind eigentlich made in Turkey", seufzte der Boß einer großen Münchner Autofabrik vor einigen Wochen — und er meinte das gar nicht abschätzig.**

Überall an den Fließbändern der deutschen Autoindustrie sind es heute vorwiegend Türken, die die deutschen Qualitätsprodukte auf vier Rädern zusammenschweißen und -schrauben. In der „Drecklinie" der Autoindustrie, also an den Bändern und Pressen sowie in der Lackiererei, sind die Gastarbeiter die Säulen der Unternehmen. In den Direktionsetagen spricht man voller Hochachtung von ihren Leistungen. Horst Bergemann, Vorstandsmitglied für das Personal- und Arbeitswesen bei Ford: „Unsere Türken bauen hervorragende Autos."

Im Kölner Hauptbetrieb der Ford-Werke AG kommen bei einer Gesamtbelegschaft von 44000 rund 17 000 Arbeiter aus den Ländern rund um das Mittelmeer.

Mit gewissen Unterschieden ist die Lage in allen Autofabriken gleich. Bei Opel in Rüsselsheim sind es 10 000 Gastarbeiter und 28 000 Deutsche. In Bochum werken 3000 Gastarbeiter und 16 000 Deutsche. Die BMW-Fließbänder sind fast zu 70 Prozent mit Gastarbeitern bemannt. Im VW-Werk Wolfsburg arbeiten 6800 Italiener und Tunesier. Sie alle leisten die gleiche Arbeit zum gleichen Lohn wie die Deutschen.

**Bei den Ford-Werken bekommt ein Anfänger 6,12 Mark Stundenlohn; gleichgültig, ob er aus Euskirchen kommt, aus Saloniki, Istanbul oder Neapel. Ein großer Teil der Gastarbeiter hat sich den deutschen Gewerkschaften angeschlossen. Von den 17 000 Ausländern im Kölner Ford-Werk sind — so schätzen Eingeweihte — 60 Prozent in der IG Metall.**

**Die wenigsten Gastarbeiter fühlen sich ausgebeutet.**

Ein typisches Beispiel ist der Eisenschmied Safersch Kökcökaschan, 27 Jahre alt, aus einem Dorf bei Istanbul. Er arbeitet schon drei Jahre am Ford-Fließband. Frau und dreijähriger Sohn sind in der Türkei geblieben. Kökcökaschan verdient 1800 Mark brutto. 300 Mark schickt er monatlich nach Hause, 300 Mark gehen für die Miete in einem der Neubausilos der Ford-Werke drauf. Der Türke hat sich einen weißen Kadett zugelegt und fährt einmal im Jahr mit dem Wagen nach Hause. Je fünf Tage An- und Abreise fressen viel von den kostbaren Ferientagen.

Aber Kökcökaschan ist nach den Betriebsferien nicht zu spät zurückgekommen wie 300 seiner Kollegen aus der Türkei. Ford hat sie am Freitag fristlos entlassen, jede Firma der Welt hätte so gehandelt. Die Werksleitung hat aber zugesagt, die Entlassungen noch einmal zu prüfen, wenn echte Gründe für die verspätete Rückkehr vorliegen.







Was hat sich nun in den 5 Jahren seit dem Stahlarbeiterstreik getan, was ist heute die Situation?
Das Kapital weitete das Arbeitsvolumen bis in den Herbst 80 weiter aus. So stiegen allein 1979 die registrierten Ausbeutungsverhältnisse um über 300 000. Ebenfalls vergrößert wurde der Sektor der illegalen Arbeit, vor allem auf dem Bau.
Auf der anderen Seite wurde mit z.T. gewaltigen Investitionen (Automobilindustrie 79/80: 35 Mrd.) der technologisch vermittelte Angriff auf die Klasse vorbereitet. Über die Kybernetisierung von Hand- und Kopfarbeit sollen die traditionellen Facharbeiter-, unteren und mittleren Angestellten-und Technikerschichten entqualifiziert, aufgelöst und unter dem zentralisierten Kommando des Kapitals neu zusammengesetzt werden (NC/CNC-Automaten, Vernetzung der technischen und Verwaltungsabteilungen mit Terminals, elektronische Heimarbeit usw.).

Desgleichen werden die alten Massenarbeiterabteilungen über die technologische Restrukturierung (Automatisierte Fertigungsleittechnik, Roboterisierung) und forcierte Transnationalisierung (z.B. Produktion des Opel-Corsa, Ford-Fiesta und -Escort in Spanien... bis hin zur Vernutzung der ostdeutschen und chinesischen Arbeiterklasse durch VW) zersetzt.
Dieser Angriff setzt im Herbst 80 ein. In dessen Folge werden die erfaßten Ausbeutungsverhältnisse bis Ende 82 um eine Million reduziert. Die offizielle Arbeitslosenzahl wird im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt (850000 - 2,2 Mio.), ganz zu schweigen von der "Stillen Reserve".
Dagegen werden die illegale Arbeit und die entgarantierten Ausbeutungsverhältnisse[2] erheblich ausgeweitet - gekoppelt mit einer rigorosen Einschränkung und Kürzung des Soziallohns. So überschritt bereits im Mai 80 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die kein Geld erhielten, weil entweder ihr Antrag nicht bearbeitet (27,7%) bzw. abschlägig beschieden (22,5%) wurde, erstmals die 50%-Marke.
Dieser bekanntlich unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eingeleiteten Soziallohnbeschneidung, gekoppelt mit der Zwangsmobilisierung und -flexibilisierung der Arbeitsmärkte entsprach auf der Seite der (noch) garantierten Teile der Klasse die von den Gewerkschaften mitgetragene Kybernetisierung von Produktion und Verwaltung - verbunden mit einer seit 1980 anhaltenden Reallohnsenkung (jährlich zwischen -0,3 und -2,2%).
Konsequent fortgesetzt wurde und wird diese Politik von den Fraktionen der Bonner "Wende".

Neben den bereits erfolgten Maßnahmen wie bspw. der Streichung des Invaliditätsrentenanspruchs für die Ungarantierten und einer neuen Arbeitszeitordnung (die die alte von den Nazis 1938 für die Kriegsproduktion erlassene bei weitem übertrifft) stehen u.a. demnächst an

Speziell die Entgarantierung und Flexibilisierung des gesamten Klitschensektors (maximal 5 Beschäftigte)
- durch Aufhebung des Kündigungsschutzes
- die Möglichkeit, unbeschränkt viele Teilschaffer/innen bis zu 45 Stunden monatlich zu vernutzen, ohne daß dadurch der Klitschenstatus aufgehoben wird.

[2] Nach einer im Oktober 83 von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Untersuchung wurden von den 1977 gemeldeten Arbeitslosen 90% wieder vermittelt, davon aber nur etwa jeder zweite in ein garantiertes Arbeitsverhältnis.



entschärft werden. Der Versuch des DGB im Winter 82, die Arbeitsloseninis unter die eigenen Fittiche zu bekommen, war der erste, der massive Einstieg von SPD und DGB in die Friedensbewegung der nächste Schritt. Diese integrative Funktion der Sozialdemokratie ist nicht nur Strategie zur kapitalistischen Herrschaftssicherung. Sie ist gleichzeitig immer auch die Latte, an der sich die politische Existenzberechtigung der Sozialdemokraten als Herrschaftselite messen lassen und unter Beweis stellen muß.
Ein zusätzlicher Punkt, der für die momentane Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche von Bedeutung ist, ist die Absicherung des eigenen Apparats. Durch die von den Gewerkschaften in aller Konsequenz mitgetragene Restrukturierung wird eben auch die eigene Machtbasis, das sind die Kernbelegschaften der Großbetriebe, zersetzt. So verlor allein die IG Metall seit 1980 knapp 100 000 Mitglieder, Tendenz steigend. Und Mitglieder sind vor allem Beitragszahler. So dürfte allein der dadurch bedingte Beitragsverlust der IGM bei ca. 25 - 30 Mio. DM liegen.
Diese Kernbelegschaften müssen also der eigenen Selbsterhaltung wegen so weit als möglich stabilisiert werden, wozu gleichzeitig gehört, nach Jahren der Reallohnsenkung auch mal wieder Erfolge vorzuweisen. In diesem Sinn stellt auch die sonst gewiß nicht gewerkschaftsprotegierende FAZ fest: "Schwache Gewerkschaften nützen niemandem".

Allgemein die
- Erweiterung der zulässigen Befristung von Ausbeutungsverhältnissen von einem halben auf ein Jahr.
- Aufhebung der bisherigen 3-Monats-Grenze für den Einsatz der legalen Sklaven(Leih)arbeiter.
- Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen für Rentner auf 390 DM im Monat, bei gleichzeitigen Rentenkürzungen.
- Einführung der Teil-Arbeitsfähigkeit für Kranke.
- Zwangsarbeit für arbeitslose Jugendliche bis 28 Jahren durch Koppelung der Zahlung des Arbeitslosengeldes/hilfe an Leistung unbezahlter Arbeit bzw. Weiterbildung.

Mit der Befreiung der Sozialdemokraten von der Regierungsverantwortung änderte sich ihre Rolle und damit auch die der von ihnen hegemonisierten Gewerkschaften. Die Zeit des offensichtlichen "Schulterschlusses" mit der offiziellen Bonner Politik ist vorbei, es darf oder besser: soll wieder "Flagge" gezeigt werden. Integration ist angesagt, denn der allerorts diagnostizierte "soziale Sprengsatz" muß

## „Der Weg nach Silicon Valley führt nicht über die subventionierte Frührente"

Die Forderung nach "Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich" (35-Stunden-Woche) steht auf den ersten Blick in offensichtlichem Gegensatz zur vom Kapital geforderten Flexibilisierung, Mobilität, Reallohnsenkung und Ausdehnung des Arbeitstages.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Eliminierung nahezu aller Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung der letzten 100 Jahre - DGB-Zimmermann: "Es geht um die gesellschaftspolitische Substanz der Republik" - und dem Vorschicken der IGM als kampfstärkster Organisation seitens der HBV, DPG, ÖTV und IG Druck und Papier scheint sich eine scharfe Konfrontation abzuzeichnen.

Darauf könnte auch der strategische Schachzug des Kapitals im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen, die Blüm'sche Vorruhestandsregelung, hindeuten. Diese greift die Tendenz zur Verjüngung der Arbeitskraft auf, betrifft ohnehin nicht viele, da das durchschnittliche Ausscheidungsalter inzwischen bei 54 Jahren liegt und ist sowieso nur Ersatz für den Wegfall des vorgezogenen Altersruhegelds nach der bisherigen "58er" oder "59er" -Regelung. Mit dem einzigen, nicht unwesentlichen Unterschied, daß der Blüm'sche Entwurf die finanziellen Lasten mehr vom Staatshaushalt weg auf die Mittel- und Großbetriebe und die Betroffenen verschiebt.

Dies alles auf dem Hintergrund, daß sich die in einem Boom befindlichen Automultis einen Streik kaum leisten können.
Daß der Blüm'sche Schachzug erfolgreich sein könnte, deutete zunächst auch der Beifall der rechtssozialdemokratischen, mehr betriebs- als sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften unter Führung der IG Chemie an.

Bis hierhin fügt sich alles noch in ein weitverbreitetes Bild. Während die Unternehmer noch in verschiedenen Städten der BRD auf die Straße gehen, wird Anfang Januar im "Manager Magazin" erstmals von dieser Seite die Vorruhestandsregelung öffentlich in Frage gestellt: "Der Weg nach Silicon Valley (gemeint ist das in wenigen

Jahren mit sog. Risikokapital aus dem Boden gestampfte kalifornische "Mikroelektronikparadies") führt nicht über die subventionierte Frührente", verbunden mit der abschließenden Fragestellung, wieviel der "soziale Frieden" eigentlich wert sei.

Die am gleichen Tag erscheinende "Wirtschaftswoche" schlägt in dieselbe Kerbe: "es besteht im übrigen kein Gegensatz zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung. Im Gegenteil: Eine 35-Stunden-Woche läßt sich sogar flexibler handhaben als die gegenwärtige 40-Stunden-Woche."

Auch der neueste "Stern" (5/84) weiß aus dem eigenen Lager zu berichten, daß der für die IGM - Tarifpolitik zuständige Janssen eine verbindliche, starre Arbeitszeitregelung - wie etwa den 7-Stunden-Tag - nicht anstrebe. Er denke an "Blockfreizeiten, Freischichten, an Mischmodelle zwischen längerer Tages- und kürzerer Nachtarbeit". Über die jeweilige Regelung sollten die Betriebe selbst entscheiden.

Es dauert nun keine zwei Tage, da macht auch die IG Chemie einen Schwenk: wurde bisher eindeutig eine Lebensarbeitszeitverkürzung favorisiert, empfiehlt der Hauptvorstand den regionalen Tarifkommissionen nun die "Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit". Verstärkt wird nun auch von gleicher Seite die seit langem bekannte finanzielle Ausgestaltung der Blüm'schen Vorruhestandsregelung kritisiert.

[Wä]hrend Anfang Februar BMW-Chef Kuenheim auf der Bilanzpressekonferenz seines Konzerns verkündete, in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung sei kein Kompromiß möglich und damit droht, das geplante Werk in Regensburg im Fall ihrer Durchsetzung nicht zu bauen, [i]st in dem bereits zur gleichen Zeit an den Kiosken ausliegenden Monatsjournal "Capital" - aktueller als jede Tageszeitung - just jenes [Zi]tat als "kürzlich" geäußert schon nachzulesen. Eingebunden in einen Bericht, wonach derzeit bei BMW die 36-Stunden-Woche als Kompromiß favorisiert werde -"und zwar an vier Tagen je 9 (!) Stunden", [v]erbunden mit regelmäßiger Samstagsarbeit. Darüber Ausdehnung der [Be]triebszeit von jetzt 80 (5 Tage à 16 Stunden = 2 Schichten à 40 [S]tunden) auf 108 Wochenstunden (6 Tage à 18 Stunden = 3 Schichten à [3]6 Stunden).

Die ungebrochenen verbalen Attacken und öffentlichen Auftritte vor allem der Lobbyisten der Klein- und Klitschenbetriebe, die in diesem Konzept real sowieso nix zu sagen haben, und der Funktionäre von Gesamtmetall sind die notwendige Begleitmusik, um eine Kompromißformel auf der Basis des BMW-Modells durchzuboxen: Weitgehendes Entgegenkommen in punkto 35-Stunden-Woche gegen totale Arbeitszeitflexibilisierung. "Mithin Geben und Nehmen auf beiden Seiten" (Capital).

Für den Gewerkschaftsapparat wäre ein evtl. 36-Stunden-Abschluß (denkbar in 2 Etappen, z.B. 1985 oder 86: 38 Stunden, 1988: 36Std.) ein verweisbares "Traumergebnis", ein "Sieg" - mit bitterem Nachgeschmack allerdings.

---

Dem Gewerkschaftsapparat wäre mit der angedeuteten Kompromißformel in zweierlei Hinsicht gedient:

1. Durch die damit erforderliche Ausweitung der Schichten (z.B. dann 3, statt bisher 2) wäre der weitere Abbau der Mitgliederbasis in den Großbetrieben zunächst gestoppt. In diesem Sinn rechnete auch der Vorsitzende der DPG van Haaren Anfang Februar folgendes vor: die Post wolle in den nächsten Jahren 30 000 Arbeitsplätze wegrationalisieren. Werde nun die 35-Stunden-Woche durchgesetzt, so bedeute dies rein rechnerisch 70 000 neue Arbeitsplätze. Selbst wenn über Rationalisierung (gemeint ist Arbeitsintensivierung) die Hälfte davon unterlaufen werde, blieben immer noch 35 000.

2. Auch wenn es der Apparat bislang noch nicht geschafft hat, seine aus Erfahrung zu Recht mißtrauische Basis für den großen Kampf zu mobilisieren, so doch seine in- wie externe linke Opposition, trotz oder besser wegen aller Detailkritiken. Und das ist ihm nicht weniger wichtig
Allenthalben werden die Messer gewetzt und in diesem Zusammenhang gar von "Nur noch die Utopien sind realistisch" (Oskar Negt in der taz) gesabbert. Im Fall eines Streiks dürfte der "Schulterschluß" dann ein totaler sein.
Und das ist exakt der Punkt, an dem sich das sozialpartnerschaftliche (IGM) gegenüber dem betriebspartnerschaftlichen (IG Chemie) Gewerkschaftsmodell für das Kapital beweisen kann. Dabei ist nicht die Frage ob, sondern WIE die totale Arbeitszeitflexibilisierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene am konfliktfreiesten durchgeführt werden kann.
Einzelbetriebliche Lösungen wie z.B. in den Chemiekonzernen seit einiger Zeit praktiziert, sind für's Kapital (auch intern, z.B. in Bezug auf die Kleinbetriebe) erstmal der bequemere und vielleicht auch billigere Weg.
Das hat allerdings auch viel damit zu tun, daß in diesem Sektor oppositionelle Tendenzen bislang erfolgreich - aus welchen Gründen auch immer - ein- und ausgegrenzt werden konnten
Demgegenüber basiert das sozialpartnerschaftliche Modell der IGM prinzipiell mehr darauf, die Linke in die kapitalistische Krisenstrategie produktiv mit einzuspannen (ohne jedoch darauf zu verzichten, wenn nötig kritische Teile auszuschließen).

Auf den konkreten Fall bezogen, heißt das, wenn sich die Situation auf die Alternative: KEINE ARBEITSZEITVERKÜRZUNG —— ARBEITSZEITVERKÜRZUNG GEGEN FLEXIBILISIERUNG zuspitzt, wird auch die Linke, wenngleich mit knirschenden Zähnen, der letzteren den Vorzug geben. Die bittere Pille einmal mitgeschluckt, werden sie dann auch das Maul halten müssen.

Wenn IGM-Vize Steinkühler am vorletzten Februarwochenende auf einer "35-Stunden-Solidaritätskonferenz" im Frankfurter "Holliday Inn" von dem "schweren Weg" in die 35-Stunden-Woche sprach, der mit "großen Opfern verbunden sein kann", so meinte er genau das. An wen dagegen sein Appell gerichtet war, daß die Gewerkschaften im Falle eines Scheiterns "gebrochen sein" würden und "auf viele Jahre nicht mehr Hoffnungsträger" (= integrative Kraft) sein könnten, ob nun an die Basis, die Linke, das Kapital oder alle gleichermaßen, kann dahingestellt bleiben.

Für's Kapital hieße das: Wiedereinführung der Samstagsarb. die dann der 25% Zuschlag incl. weiterer Zugeständnisse entfiele), 6-Tage-Woche und Aufhebung des 8-Stunden-Tags.(*) Damit, über die Verringerung der "Totzeit",bessere Auslastung und schnellerer Umschlag des fixen Kapitals, mithin eine Reduzierung der auf die Profitrate drückenden fixen Kapitalkosten. Ein Modell, das nicht nur auf die unmittelbaren Produktionsabteilungen, sondern auch auf die privilegierten Facharbeiter-, Techniker- und Angestelltenschichten anwendbar ist (neben 6-Tage-Woche Einführung der Schichtarbeit). Darüberhinaus sind hierbei einer verschärften Arbeitszeitintensivierung keine Grenzen gesetzt. So hat sich die IGM auch ganz bewußt gegen die Verbindung der 35-Stunden-Forderung mit einer Definition der Arbeitsbedingungen entschieden.
Die Frage des Lohnausgleichs ist dabei vor allem aus zwei Gründen nur von geringer Bedeutung.

Hiernach ist der Lohnausgleich also reine Definitionssache. Das zeigt auch folgende Rechnung: Geht mensch von einer 36-Stunden-Regelung aus, so käme allein der nominale Lohnausgleich fürs Kapital einer Lohnerhöhung von insgesamt 11,1% gleich. Bei der üblichen 5-jährigen Geltungsdauer des Manteltarifvertrags wären dies im jährlichen Schnitt 2,22%.
Wenn die IGM nun 3% zusätzlich fordert, meint sie damit erfahrungsgemäß 1,3 - 1,4%. Macht summa summarum: 3,5 - 3,6%, also das Übliche

1. meinte die bewußt diffus gehaltene Forderung nach "vollem Lohnausgleich" nie Reallohnausgleich.

2. wurde die IGM von Anfang an nicht müde zu betonen, daß ein Lohnausgleich bei den Lohnverhandlungen "berücksichtigt" werde. Erst Anfang Februar wieder machte IGM-Mayr in einem Interview mit dem "Handelsblatt" folgende Rechnung auf: 1984 fordere die IGM nur eine Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate (3%). Ohne Arbeitszeitverkürzung aber müßte sie 1984 höher sein als 1983, wo sie 7% betragen habe - und mit 3,2% abgeschlossen wurde.

In diesem Zusammenhang erscheint uns noch bemerkenswert, daß die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen die Frage des Lohnausgleichs in ihren Einzelkritiken nie problematisiert haben - ganz zu schweigen von grünen Ökologen, die einen Lohnausgleich, von wegen Konsumverzicht (für die Massen, versteht sich) am liebsten ganz vom Tisch hätten.

* Das jüngst mit großem Hallo in allen Medien publizierte Beispiel der Gummiwerke Fulda zeigt denn auch vorbildlich, wo der Hase langläuft: 38,5 Wochenstunden auf dem Papier = 44 Stunden plus Samstagsarbeit (die Reifenindustrie erlebt derzeit im Gefolge der Autoindustrie einen Boom), und dafür entsprechend Freizeit.

## alles hat seinen preis. das war schon vor 60 jahren so !

Die "gelben" Firmengewerkschaften wurden in Deutschland 1918 aufgelöst. Das Zugeständnis, Anerkennung der Gewerkschaften und - vorübergehende - Einführung des 8-Std.-Tages wurde in der "Zentralarbeitsgemeinschaft" ausgehandelt. Von AEG-Chef Rathenau als Reaktion auf die revolutionären Kämpfe der Klasse initiiert, war sie ein Pakt zwischen Kapital und Gewerkschaften. Auf deren offizielle Anerkennung erfolgte im Gegenzug die blutige Niederschlagung der Arbeiteraufstände durch die Sozialdemokratie in der "Ära Noske". Der Sekretär der Zentralarbeitsgemeinschaft hieß übrigens Hans Boeckler. Er gelangte später als "legendärer" Führer des DGB zu Ruhm und Ansehen.

Die Kampagne um die 35-Stunden-Woche auf das zu reduzieren, was sie bestenfalls ist, nämlich der Kampf zweier Linien um die beste Strategie für die Durchsetzung der Flexibilisierung ist eine Sache. Eine Sache für die angesichts des gesunden Mißtrauens in den Betrieben die Zeichen gar nicht so schlecht stehen - wenn die Linke sich nicht weiterhin bereitwillig vor fremde Karren spannen läßt.

Eine ganz andere Sache ist das, was die 35-Stunden-Kampagne -z.T. jedenfalls - vorgibt zu sein, in und außerhalb der Betriebe tatsächlich anzupacken: den Kampf gegen die vom Kapital abverlangte Zwangsmobilität und -flexibilität, gegen die technologisch vermittelte Restrukturierung von Fabrik und Gesellschaft im Sinne von sozialer Desorganisation der Klasse, Vereinzelung, Ausgrenzung, Verelendung und Vernichtung.

Die Desorientierung und Verunsicherung der Linken als wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft, breite diffuse Bündnisse in der Hoffnung einzugehen, dort von innen her etwas aufzubrechen und bei allen Detailkritiken schließlich doch den "Schritt in die richtige Richtung" herauszudeuteln, hat sicher neben subjektiven vor allem objektive Ursachen.

Mit dem Abflauen der autonomen Revolten der frühen 70er, die auch im Reproduktionsbereich sowohl die verschiedenen Klassensegmente repräsentierten,als sich auch - zumindest inhaltlich - den Kämpfen der

Massenarbeiter zuordneten, reduzierte sich die Thematisierung des Klassenantagonismus langsam aber sicher - und blieb letztlich auf theoretische Zirkel beschränkt. Der Rückzug überwiegender Teile der damaligen radikalen Linken ins Alternative vermittelte psychologisch Resignation und bedeutete politisch einen Bruch in der Vermittlung von Kontinuität und historischen Erfahrungen.

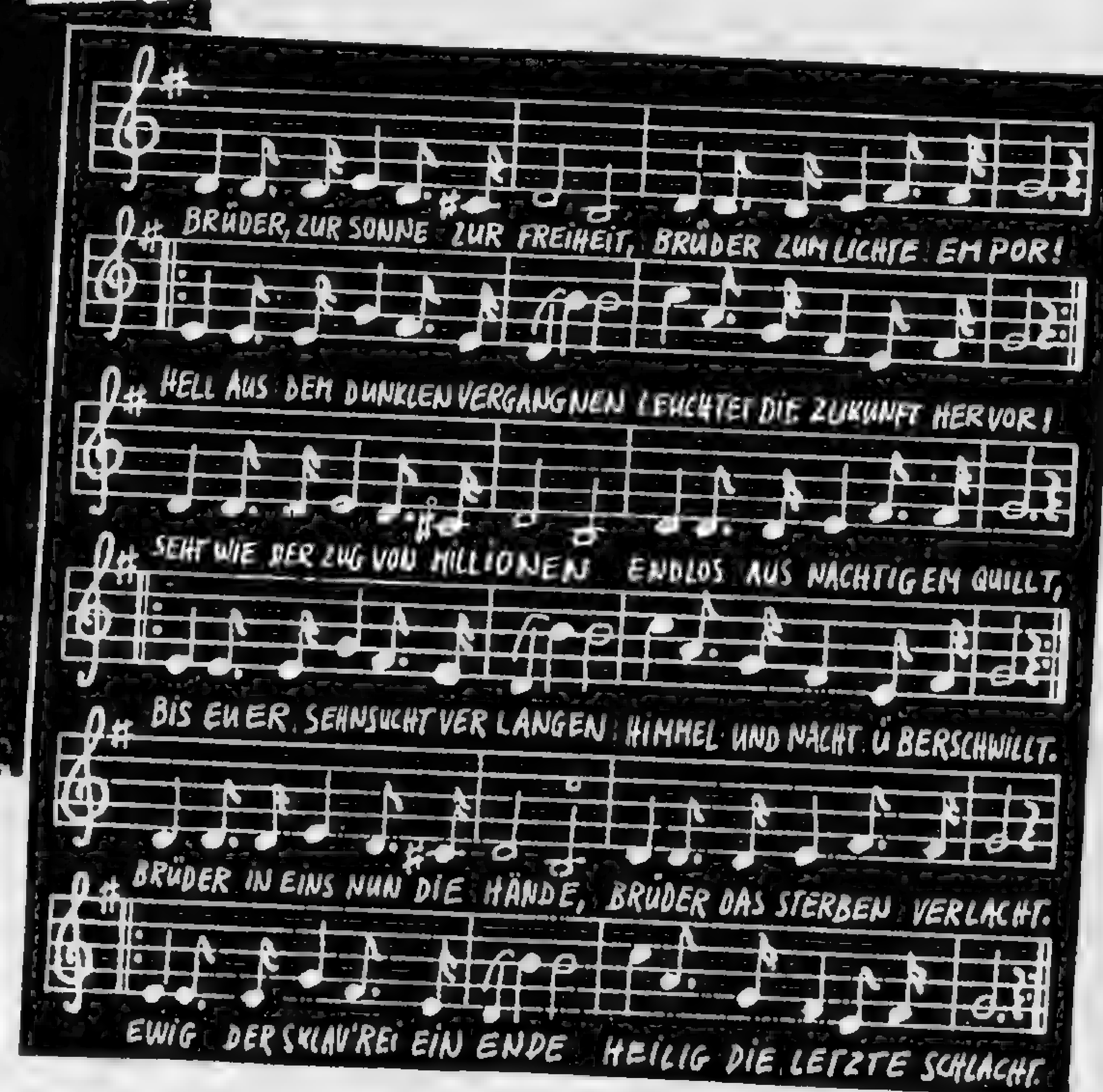


U.a. mit dem Ergebnis, daß sich die Kämpfe im Reproduktionsbereich vor allem inhaltlich vom Bezug zum Produktionsbereich entfernten. Dementsprechend "günstig" sind heute, wo die "soziale Frage" diesmal vom Kapital neu definiert und in Angriff genommen wird, die Erfolgsprognosen reformistischer Integrations- und Vereinnahmungstendenzen.

Und das allgemein verbreitete Gefühl, mit dem Rücken an der Wand zu stehen, trägt sicher auch nicht gerade dazu bei, den Blick zu schärfen.

Es mag auch bequemer sein, sich an die "Spitze" einer Kampagne zu setzen und deren Ziele und Forderungen, die mensch weder formuliert hat, noch überblickt, mit den eigenen mehr oder minder revolutionären Projektionen zu überlagern.

Schlimm ist daran weniger, daß so betriebene linke Politik inkonsequent ist. Schlimm sind vielmehr die Auswirkungen. Zimmert doch die Linke durch ihre Beteiligung aktiv an der Verfestigung der verbreiteten Resignation und Perspektivlosigkeit mit, wird unglaubwürdig und fällt damit auch als möglicher Bezugs- und Orientierungspunkt der Klasse flach.




# Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!

Wie die politische Strategie im Gegenzug auszusehen hat, können wir auch nur vage umreißen. Es kann dabei aber ohnehin nicht um Patentrezepte und -programme gehen. Ergebnisse kann da nur eine massive und massenhafte - auch theoretische - Auseinandersetzung bringen, in der es zunächst darauf ankommt, entlang der Klassenlinie die - zweifelsohne verschütteten - antagonistischen Tendenzen aufzuspüren und freizulegen.

D.h. auf der einen Seite autonome sozialrevolutionäre Positionen - wenn sie auch vorerst minoritär bleiben werden - zu entwickeln, die das Kapitalprojekt definieren und auf seine möglichen Bruchstellen hin abklopfen. Und heißt auf der anderen Seite, sie alsbald praktisch und organisatorisch zu thematisieren und sowohl auf Massen- (politischer), wie auf militanter Ebene voranzutreiben.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

Englische Bergarbeiter stürmen das Parlament

# Kein DVU-Parteitag in Passau

**BUNDESWEITE DEMO GEGEN DEN DVU-PARTEITAG IN PASSAU AM 14.3. !!**

**Für die Mobilisierung findet am 24.2. eine berlinweite VV statt**

**ZEIT: 19 Uhr ORT: Mehringhof, Gneisenaustr. 2a**

Die DVU ist heute die größte und finanzkräftigste Partei im bundesweiten faschistischen Lager. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht der seit 10 Jahren in Passau abgehaltene Parteitag - eine der größten regelmäßigen NAZI-Veranstaltungen in Deutschland. An dieser Versammlung nahmen in den letzten Jahren bis zu 3.000 NAZIS teil. Bemerkenswert ist der seit einigen Jahren zu beobachtende stetige Zuwachs an militanten Stiefelfaschisten, die ein Drittel der Gesamtteilnehmerzahl einnehmen. Die von der DVU ausgehende Gefahr zeigte sich zuletzt in ihrem Wahlerfolg bei den bremer Landtagswahlen vom September 91 mit 6%.

Die Ankündigungen der Landesregierungen in Badem-Württemberg und Schleswig-Holstein, die Flüchtlingsdebatte zum Hauptthema des bevorstehenden Landtagswahlkampfes zu machen, läßt erwarten, daß die DVU von dieser rassistischen Kampagne erheblich mitprofitieren wird.

Wir denken, daß es für alle AntifaschistInnen klar sein müßte, daß es unbedingt notwendig ist, überall dort, wo Faschisten massenhaft auftauchen, massenhaft Widerstand entgegenzusetzen. Wir sollten uns an dem bundesweiten Aufruf der passauer AntifaschistInnen mit einem berliner Bündnis aktiv beteiligen!

Kommt deshalb zur VV, um neben der politischen Debatte um den DVU-Parteitag die konkreten Schritte zur Gegenmobilisierung zu besprechen !!!!

-FÜR EINE MASSENHAFTE MOBILISIERUNG VON ANTIFASCHISTINNEN GEGEN MASSENAUFTRITTE VON FASCHISTEN !!!

-KEIN NAZI-PARTEITAG IN PASSAU !!!

AUFRUF: ANTIRASSISTISCHE SCHÜLERINNEN KOORDINATION
(Wir treffen uns jeden Montag 18 Uhr im antirassistischem Zentrum der TU, AStA-Villa, hinter dem Mathegebäude, Straße des 17. Juni)

ANTIFA-INFO-TELEFON PASSAU: MITTWOCHS+SONNTAGS, 18-20 UHR
0851/36480

FÜR DAS VORBEREITUNGSTREFFEN UND DEN AUFRUF SUCHEN WIR
NOCH UNTERSTÜTZER/INNEN !

KONTAKT: TEL.: 6811301

*Kürzlich erreichte uns folgende Nachricht aus London:*

***AM FREITAG, DEN 6. DEZEMBER, LIEFERTEN SICH ÜBER 1500 ANTIFAS IN LONDON FÜR 3 STUNDEN EINE STRAßENSCHLACHT MIT DER POLIZEI, UM AN DEN FRANZÖSISCHEN FASCHISTENFÜHRER JEAN MARIE LE PEN HERANZUKOMMEN.***

*Die Protestkampagne in dieser Woche gegen den Besuch Le Pen's in London begann mit der Veröffentlichung eines Kommuniquees der Kampagne gegen Faschismus in Frankreich (die InitiatorInnen des Komitees Stop Le Pen), das eindeutig den faschistischen Charakter von Le Pen's Organisation aufzeigte.*

*Die Leute von der Kampagne brachten über 100 MPs (vermutlich Members of Parliament, Mitglieder des Parlaments, d. Ü.) dazu, zu einem Einreiseverbot für Le Pen nach Großbritannien aufzurufen, eine Forderung, die von dem Home Secretary (vermutlich zuständige Behörde oder Amtsarsch, d. Ü.) kategorisch abgelehnt wurde. Die Schwierigkeiten begannen für die Kampagne, als Le Pen ankam. Er wurde am Mittwoch an seinem Hotel von 400 wütenden DemonstrantInnen empfangen. Am Freitag morgen waren sie wieder da, informierten die internationale Presse, Fernsehen und Radio, daß Le Pen ein Faschist ist und er später am Abend eine Begrüßung bekommen würde, die er nie wieder vergessen wird.*

*Das Komitee Stop Le Pen hielt Wort. Freitag nachts kamen über 1500 Antifas, um Le Pen draußen vor dem Charing Cross Hotel zu stoppen, wo er mit sieben Tory MPs (Mitglieder von Thatcher's/Major's regierender Konservativer Partei) zusammentreffen sollte. Die MPs tauchten nie auf – in Wirklichkeit trauten sie sich nicht einmal, ihre Namen bekanntzugeben. Aber das bezeichnendste an dieser Demo Freitagnacht war (das werden alle, die da waren, wissen), daß das die Nacht war, in der wir hinter Le Pen her waren. In unserer Wut darüber, daß dieser Faschist und Prediger von Hass in GB einreisen durfte, durchbrachen wir Polizeiketten und schafften es beinahe, in das Hotel zu kommen. Die OrganisatorInnen der Aktion (Komitee Stop Le Pen) vertrat und wird auch weiterhin eine Politik vertreten, die KEINE PLATTFORM FÜR FASCHISTEN zuläßt. Das heißt, daß wir alles daran setzen werden, diese Nazis physisch daran zu hindern, öffentlich zu sprechen. Es wurde zugelassen, daß Le Pen ein enormes Maß an Gesellschaftsfähigkeit und Ansehen in seiner Heimat erreichen konnte: seine Partei wird in der Lage sein, die krisengeplagte konservative Rechte in Frankreich zu zwingen, mit ihm Bündnisse einzugehen, die die Faschisten in die Regierungen der meisten regionalen Parlamente nach den Wahlen im März 92 bringen werden.*

*In der Tat sagen Politiker vom Schlag eines Jacques Chirac (führender konservativer Politiker in Frankreich) bereits voraus, daß Le Pen der Hauptkandidat der Opposition in den nächsten französischen Präsidentschaftswahlen sein könnte.*

*Freitag Nacht wurde Le Pen gezwungen, das Chariton Cross Hotel durch einen Hintereingang fluchtartig zu verlassen. Nach Angaben des Sheraton Park Tower, dem Hotel, in dem Le Pen abgestiegen war, ging er zurück ins Hotel (nachdem sich der durch Antifas verursachte dreistündige Verkehrsstau am Trafalgar Square und Umgebung aufgelöst hatte), packte seine Sachen und verschwand.*

Hallo!
Am Donnerstag 23.1. 92 wurden in Münchenzwei Wohnungen durchsucht und zwei Leute ńe Nacht festgesetzt.
Als Begründung für diesen Überfall diente ein Brandanschlag auf die DVU Anfang des Jahres.
Die Bullen wollen am Ort des Geschehens Benzinkanister gefunden haben. Sie behaupten Videos von Tankstellen zu besitzen, die besagte Leute beim Kanisterkauf zeigen solen.
Wär super,wenn ihr das erstmal so drucken könntet.
(Wär super,wenn ihr das nächste mal selber tippen könntet.)

# ANGRIFF AUF ITALIENISCHE KRIEGSHELDEN

Aus der Erklärung: "Brescia; heute, am 29.1.92, griff eine kommunistische Gruppe mit Sprengsätzen das Auto von Bellini und das Haus von Cocciolone an, besser bekannt als die Helden des Golf-Gemetzels der Mörderbande, die sich Weltpolizei nennt. Die Offiziere Bellini und Cocciolone wurden dafür berühmt, daß sie zusammen mit den anderen Killern der italienischen Tornado-Luftwaffe Tausende von Bomben auf die wehrlose irakische Bevölkerung abwarfen - und gerade deshalb wurden sie ausgezeichnet! Aber dieses Mal bekommen sie die Bomben ab, selbst wenn das nichts ist gegenüber ihrer kriminellen Verantwortung für das Gemetzel an 400.000 Menschen im Golfkrieg.

Heute trafen wir zu unserer Genugtuung zwei elende Mörder, Symbole einer schrecklichen Todesmaschinerie wie der italienischen Armee und der Weltpolizei, die unter US-Führung Tod und Zerstörung über den Süden und den Osten (Jugoslawien) der Welt bringen, direkt und indirekt, aber immer mit demselben Ziel: der Ausbeutung von Millionen Menschen, dem Profit, der restlosen Kontrolle über das Imperium. Dem Mörder Cossiga [Staatspräsident] und seinen Carabinieri, dem Killer Scotti und seiner Polizei haben wir mit dieser Aktion demonstriert, daß es möglich ist, den Staat selbst in seinen wichtigsten Werten anzugreifen, und nur durch bewaffnete Sabotage werden die Ausgebeuteten ihren Ausbeutern eine Antwort geben!

**Ihr seid bloß elende Mörder!**
**Der Krach dieser Bomben wird euch an die Stimme der von euch in der Wüste Getöteten erinnern!**
**Die Neue Weltordnung sabotieren und angreifen!**
**Das ist unser Willkommensgruß an General Schwarzkopf!"**

Zur Erläuterung: Schwarzkopf sollte am 1.2. nach Venedig zu einer Konferenz über Industrie-Logistik kommen. Der Anschlag steht nicht allein: im Herbst letzten Jahren wurden in der Region Veneto vier Autos von US-Militärpersonal angezündelt. Die bürgerliche Presse in Italien sieht diesen Zusammenhang und versucht diese Art antiimperialistischer Aktion als historisch überholt zu neutralisieren.

# Stoppa rasismen – Stoppt Rassismus international

*Streik gegen rassistischen Terror in Schweden*

Das Komitee für den 21. Februar – bestehend aus allen großen ImmigrantInnenorganisationen und Riksförbundet Stoppa rasismen –ruft auf zu einem symbolischen Streik gegen rassistischen Terror. Das Komitee lädt alle ImmigrantInnen ein, an dem Streik am Freitag, den 21. Februar, zwischen 10 und 11 Uhr teilzunehmen. Das Komitee lädt auch alle Schulen und Universitäten ein, sich an der Aktion zu beteiligen. Es lädt schwedische Organisationen und Einzelpersonen ein, den Streik zu unterstützen.

11 ImmigrantInnen wurden im Raum Stockholm seit August 91 durch Schüsse verletzt. Einer, Jimmy Ranjbar, ist dadurch getötet worden, und die letzten beiden Opfer, ein Türke und ein Palästinenser, kämpfen um ihr Leben. Die Polizei hat keine Spur der Mörder.

Es gab außerdem mehrere Angriffe auf kleine Läden von ImmigrantInnen im Raum Göteborg in den letzten Wochen. Am 30. Dezember legte die faschistische Terrorgruppe VAM eine Bombe im Zentralbahnhof von Stockholm, die von der Polizei entschärft wurde.

Stoppa rasismen und andere organisieren jetzt einen Schutz für ImmigrantInnen, die bedroht wurden oder Angst haben, allein in Kiosken, Pizzerien, Kebabbuden, usw. zu arbeiten.

Wir bitten um Solidaritätsaktionen und -grüße von AntirassistInnen und AntifaschistInnen in anderen Ländern am 21. Februar. Wir möchten vorschlagen, daß ihr eure Solidarität mit dem Streik vor schwedischen Botschaften oder Konsulaten ausdrückt. Wir würden uns auch über Solidaritätsgrüße an die Demo freuen, die am Abend des gleichen Tages in Stockholm (und wahrscheinlich auch anderen Städten) stattfinden wird.

Es gab außerdem bereits eine Demo am 8. Februar in Stockholm.

Soweit der Text aus Schweden.

**Kampf dem Faschismus und Rassismus international!**
**Unabhängige antifaschistische Gruppen**

Unabhängige antifaschistische Gruppen rufen deshalb zu einer Solidaritätskundgebung vor dem schwedischen Generalkonsulat in (Ost-)Berlin auf.

Ort: **Kurfürstendamm 151/Nestorstr.** (U-Bhf: Adenauer Platz)

Zeit: Freitag, 21.2. 17 Uhr

# FREIHEIT FÜR JENNIFER SAUNDERS

Der nun folgender Artikel ist eine verarbeitung von zwei kürzlich erschienenen Artikeln aus City Life Amsterdam und Scheluw (holländisches Schwulen- und Lesben Magazin).

In Großbrittanien ist die 18-järige Jennifer Saunders bis zu 6 Jahren Haft verurteilt worden, weil sie mit 2 anderen Frauen sex hatte.

'The Guardian' schrieb einfach daß es sich um einen Fall von Travestie handelte.
Das Heft 'Scandal' (vorhin 'Action'), schrieb Schlagzeilen wie "Grober Betrug" und "Sexmaniac".
Die Anwälte der Beklagten sagten daß es das erste Mal seit den Hexenprozessen aus dem 11. Jahrhundert ist, daß solch ein abschreckendes Urteil ausgesprochen wurde.
Richter Jonathan Crabtree sagte während des Prozesses daß es "für die Opfer besser gewesen wäre, wenn sie von dem einen oder anderen Mann vergewaltigt worden wären."

Nach einem bizarren Prozeß wurde die 18-jährige Jennifer am 20. september 1991 zu 6 Jahren Haft verurteilt wegen sex mit zwei 17 jährigen Frauen.
Weil es in Großbrittanien keine Gesetze gibt die lesbische sexualität verbieten, -Königin Victoria glaubte nicht mal das lesbische Frauen existieren-, wurde Jennifer wegen 'sexueller Nötigung' verurteilt.

Der Staatsanwalt behauptete das Jennifer sich als Mann verkleidet hatte um so die beiden "Mädchen" zu täuschen und zu verführen ; er basierte die Beschuldigung auf einem Gesetz aus dem 17. Jahrhundert das sagt, daß Niemand sich als das andere Geschlecht ausgeben darf, mit dem Ziel anderen sexuell zu täuschen oder zu verführen.

In einem Brief an Megan Radclyffe, pressesprecherin von Labia (Lesbians Answer Back In Anger), eine Arbeitsgruppe von Outrage, schrieb Jennifer Saunders daß sie sich als Mann verkleidete weil sie verliebt war. Saunders erklärte in dem Brief daß die beiden Frauen sie darum gebeten hatten, um so ihre lesbische Beziehung vor Familie und Freunden zu verbergen.
Mit einer der beiden Frauen hatte Saunders über 18 Monate eine feste Beziehung. Die zweite Frau war ein Mal eingeladen mit den beiden eine Nacht zu verbringen.

Wichtiger Punkt ist, daß keiner der beiden Frauen Saunders verklagt hat.
Der Vater und ein Onkel von Saunders' Freundin sind die Kläger.

Die Kommentare des Richters haben Labia und Outrage erst recht in Wut versetzt.
"Es ist Wahnsinn daß ein Richter behaupten kann das Vergewaltigung vor freiwilligem sex zu bevorzugen ist."
Labia und Outrage demonstrieren und fordern die Entlassung von Richter Crabtree und anderen sexistischen, anti-lesbischen und anti-schwulen Richtern.
Auch fordern sie eine unabhängige Untersuchung nach sexismus und homo-aversion innerhalb des juristischen Systems.

Während die Boulevard-Presse (hetero und homo -) ausführlich 'berichteten' von den "lustvollen Aspekten" von 3 Frauen die sich verkleiden und strap-on-dildo's benutzen, hat die (bessere) Heteropresse den ganzen Prozeß negiert.

Labia und Outrage wollen Flugblätter verteilen, Petitionen anbieten und weiter protesttieren um die Affäre beim Publikum bekannt zu machen.
Die nächste große Demo soll beim Anfang der Berufung stattfinden.

Die letzte Entwickelung betrifft Richter Crabtree, der nun behauptet daß er beim Gerichtsspruch "schlicht gemeint habe, daß die Frauen eine Vergewaltigung leichter verarbeiten können."
Auch glaubt er das Saunders "nur die Publizität sucht."

Jennifer Saunders ist die erste Frau in der Geschichte des britischen Rechts, die wegen freiwilligem lesbischen sex verurteilt wurde.

SCHICKT IHR EINE MENGE POST!!!
Ihre Adresse: Jennifer Saunders, GD 0148 HM, Prison Style Wilmslow, Cheshire Skg, 4 HR United Kingdom.

**BRITISCHE SITUATION ANNO 1992.**

- Jede Frau die verdächtigt wird gegen moralische, soziale und nationale Gesetze zu verstoßen, gilt als abweichend und labiel, und läuft großes Risiko eine Höchststrafe zu bekommen.
- 93% der lesbischen Frauen die in einem Haftprozeß verwickelt sind, verlieren das Erziehungsrecht ihrer Kinder.
- 40% der Frauen die des Mordes angeklagt sind werden verurteilt, bei Männern liegt die Zahl bei 25%.
- Frauen die sich gewalttätigen Männer widersetzen bekommen oft eine Höchststrafe; Männer bekommen in dem Fall meistens eine geringe Strafe.
- Homosexuelle Männer werden häufig wegen freiwilligem sex zu Höchstgeldstrafen ( 1000) verurteilt.
- In Dezember 1990 sind 16 Schwulen wegen freiwilligen sadomasochistischen sex zu Jahresstrafen verurteilt worden.
- Zwei Männer die sich in der Öffentlichkeit auf dem Mund küssen begehen offiziell eine Straftat (Gesetzes-initiative).
- Seit einigen Jahren ist es eine Straftat Kindern zu erzählen daß homosexualität heterosexualität gleichwertig ist.

**HEXENPROZESSEN VOR ... JAHREN.**

- Jede Frau konnte der Hexerei verdächtigt werden auf Grund der folgenden Signale:
- Die Art zu laufen, reden, wie sie ihre Augen bewegte, ihre Haare trug oder wenn sie Muttermale hatte.
- Jede Frau die kranke Menschen heilen konnte.
- Die weibliche sexualität wurde als Bedrohung der 'männliche Eigentümer' (wie Kinder und sexualität) gesehen; die Impotenz eines Männes reichte aus, eine Frau foltern oder verbrennen zu lassen.
- 80% der gefolterten und verbrannten Personen waren Frauen.
- Auch homosexuelle Männer wurden häufig verbrannt. Da kommt wahrscheinlich das englische Wort "faggot" für Schwulen her. Homomänner wurden festgebunden und unten am Brandstapel hingelegt als Holzbündel (= faggot) bei Hexenverbrennungen.



## Information zur Unterschriftenaktion

## für Dhoruba Bin Wahad

Dhoruba Al - Mujahud Bin Wahad ist Mitte der 60 er Jahre Mitglied der Black Panther Partei geworden. Er ist 1969 das erste Mal verhaftet worden, zusammen mit 20 anderen Black Panthers. Dhoruba ist nach einer Kaution von 100.000 Dollar freigelassen worden und engagierte sich darauf in der Unterstützungsarbeit zu dem Prozess gegen die anderen 20 - sie alle wurden schließlich freigesprochen. Die Repression gegen die Black Panthers verschärfte sich aber zusehends, so daß Dhoruba in den Untergrund gehen mußte. 1971 wird er bei einer Aktion der Black Liberation Army gegen Drogendealer erneut verhaftet - wegen angeblichem Mordversuch an zwei Polizisten, die 2 Wochen vor seiner Verhaftung irgendwo umgebracht wurden. Im März 90 ist er wieder freigelassen worden - 19 Jahren Gefängnis (davon 7 Jahre im Isolationstrakt) -, weil seine Anwältin beweisen konnte, daß die damals gegen ihn vorgebrachten Beweise gefälscht waren.
Dhoruba ist ein Teil der Freedom - Now-Kampagne, einem Zusammenschluß von Leuten aus verschiedenen Bewegungen in den USA, puertoricanische, mexicanische, schwarze und weiße antiimperialistische Gefangene, Angehörige und verschiedene politische Gruppen. Sie haben eine Kampagne gestartet, um die Freiheit der politischen Gefangenen in den USA zu erreichen.

Am 19. Dezember 1991 hat das New Yorker Appeals Court, das höchste Gericht im Bundesstaat New York, einem Antrag der Staatsanwalt - schaft stattgegeben und das ursprüngliche Urteil - Lebenslänglich - wieder rechtskräftig gemacht.
Am 20. März 1990 war Dhoruba nach fast 20 Jahren von einem Richter aus der Haft entlassen worden, der entschied, daß die Staatsanwaltschaft im ursprünglichen Prozess gegen Dhoruba Beweise und entlastende Aussage zu seinen Gunsten unterschlagen hatte. Der Richter ordnete deshalb Dhorubas Freilassung sowie einen neuen Prozess an. Die Staatsanwaltschaft legte gegen diese Entscheidung Berufung ein. Das New Yorker Appeals Court entschied jetzt, daß die Tatsache, daß die entlastenden Beweise von der Staatsanwaltschaft bewußt unterdrückt worden sind, kein Grund für einen neuen Prozess und Freilassung von Dhoruba seien. (Damit hat das oberste Gericht im Bundesstaat New York gleichzeitig bis dahin geltendes Recht im Bundesstaat zum Nachteil aller verändert.)
Die Entscheidung des Gerichts bedeutet, daß die Staatsanwaltschaft jetzt freie Hand hat und jederzeit einen Haftbefehl für Dhoruba ausstellen kann, so daß er ohne die Möglichkeit zu einem neuen Prozess wieder ins Gefängnis kommen würde.
Die Kampagne; Campaign to Free Black Political Prisoners in the United States, hat jetzt eine Unterschriftenaktion mit der Forderung, daß Dhoruba draußen bleiben muß, begonnen.

Bitte schickt die ausgefüllten Unterschriftenlisten an:

USA - AG Rhein/Main
Infoladen
Werderstr. 8
6200 Wiesbaden
Tel. 0611/440664 DO 17Uhr - 19Uhr

oder:

**Campaign to Free Black Political Prisoners and P.O.W.s in the U.S.**
P. O. Box 339 - Kingsbridge Station
Bronx, New York 10463-0339
U.S.A.

# nimmt die niederlande abschied vom status des sozialstaates?

gefangenenaufstand in den niederlanden/ ausländische gefangene bei welchen abschiebung droht protestieren/

in dem vormaligen strafgefängnis 'schutterswei' warten asylsuchende auf ihre ausweisung, wo die gerichtsinstanzen ausgeschöpft sind. diese menschen sitzen allerdings nicht im knast, weil sie etwa gegen geltende gesetze verstoßen haben, sondern weil sie nach den fruchtlosen gerichtsverfahren als illegal gelten. am 22. juli d. j. brach dann der protest aus - der aufstand begann in den frühen abendstunden -.
ein großer teil streikte gegen die behandlung im knast: wir lassen uns nicht einschließen wie kriminelle. "wir werden behandelt wie sklaven, arbeiten im gegensatz zu anderen, für ein paar gulden am tag. das essen ist schlecht und die wärter sind rassisten. aber das schlimme ist, wir sitzen hier zu unrecht." [1]
eine andere gruppe ausländischer illegaler wollte sich dem streik nicht anschließen. diese weigerung oder passivität führte zu einer großen schlägerei im knast. ein gefangener wurde durch die schließer in die arrestzelle verschleppt. kurz danach, als der streik eskalierte wurde seitens des knastes eine "mobile eenheid" (zu vgl. mit einer deutschen sek-einheit. d. autor) die mit schlagstöcken die rivalisierenden gruppen trennte und in ihre zellen verschleppte.

**diskrimination**
bis vor kurzem saßen immer noch eine große anzahl von asylsuchenden (verwaltungsverfahren waren abgeschlossen, die abschiebung angeordnet) in gefängnissen auf das ganze land verteilt. dort mußten sie mit menschen zusammen sitzen, die sehrwohl strafrechtlich verurteilt waren. in vielen fällen ist dies immer noch so, aber im jahre 1988 wurden die knastdirektoren in 'oostereiland' in horn angewiesen auschl. abgewiesene asylsuchende wegzuschließen, was weißgott auch kein trost ist.
"in dem gefängnis kamen dann jeden Tag aufstände und hasstiraden zum ausbruch. mensch fühlte sich wahnsinnig. nach einem jahr beschloss dann das justitzministerium diesen knast zu schließen - mensch hatte ja noch schuttereswej bei alkmaar", so josé driessenvom büro für discriminatie in alkmar.
als dann die menschen von horn nach alkmaar überführt wurden, dachten alle das problem sei endgültig vorbei, dies allerdings war ein irrtum. fazit waren und sind neue aufstände im knast, denn die menschen verstehen nicht warum sie eingeknastet sind, so dhr. driessen.

**einsperren ohne richter á la bayern?**
im gegensatz zum deutschen (un)rechtssystem können in den niederlanden "illegale" ausländerInnen faktisch unbegrenzt inhaftiert weden. einige fälle sind bekannt, wo die justiz die zellen erst nach 17(!) monaten öffnete. grundlage, im gegensatz zu der b. r. d. ist kein gericht, sondern die sog. fremdenpolizei (vreemdelingenpolitie) die in jeder gemeinde organisiert ist. kommen asylsuchende dann über die sog. roosendaal-route (über belgien) werden diese genau über diese route abgeführt, sollen sich doch die belgier darum kümmern, so driessen vom bureau van discriminatie. die hilfsvereine in den niederlanden laufen sturm, befürchten einen nachahmeeffekt für europa. werden derzeit in der b. r. d. die "sammellager" konzipiert und auch benutzt, so stehen diese dem niederländischen modell nicht weiter hinterher.

**aber die niederlanden hat alternativen...**
so zynisch es auch klingen mag, es wird als alternative propagiert: "huisvesting" das soll bedeuten, daß die suchenden menschen in den wohnungen bleiben müsse! knast ohne gitter?!
sollte sich die niederlande tatsächlich vom liberalen status quo verabschieden?
sollte dies der fall sein müsste hinterfragt werden, woher dies kommt, wo die ursachen liegen?
antworten wie festung europa, einheitliches asylrecht könnten einige antworten sein. der ökonomische druck seitens der reichen westindustrieländer ein anderer.

**wo bleibt die linkspolitische internationalismusbewegung?**
an dieser stelle möchte ich nur fragen aufwerfen, da deren beantwortung den rahmen des beitrages sprengen würde. (es soll als diskussionsbeitrag verstanden werden.)
die b. r. d. linke, wobei die "grünen" schon im pateimief assilimiert sind, haben m. e. keine antworten mehr. die linken hüpfen von einer demo zur anderen, von einem skandal zum anderen - die analyse fehlt total!
die auseinandersetzung klappt ja nicht einmal mit den linken der annektierten ddr. was angesagt ist, ist eine chronische ratlosigkeit. die linke, wenn sie weiterhin den flügelkampf führt, wird diese dünner und dünner. die linke ist derzeit so innerlich gespalten, daß diese bewegung nichts mehr entgegen setzen kann. waren damals (häuserbesetzungen, rauch haus, frankfurt pp.) die gruppen noch so stark, daß zumindest eine geballte kraft auftreten konnte, so ist dies momentan nicht mehr möglich; siehe mainzer straße, siehe ausländerInnen pogrome b. r. d. weit!
es muß doch heißen eine linie, einen gemeinsamen nenner zu finden und sich auch, und dies insbesondere mit den ausländischen nachbarn (schweiz, austria, niederlande pp.) <u>ernsthaft</u> auseinanderzusetzen.
das zeigt u. a. auch das beispiel in den niederlanden mit der derzeitigen ausländerInnen praxis. ich habe in den medien von diesen und ähnlichen vorfällen nichts lesen und sehen können.

**- gemeinsamer kampf**
**- solidarische internationalisierung**
**- solidarisierung über die grenzen des inneren streits**

thomas kraemer
(bochum j. v. a.)

[1] zitiert aus der zeitung: de volkskrant (niederl.)



OFFENE WORTE AN EINEN GENOSSEN!!!

dein in der 'interim' 180/92 abgedruckter antwortbrief an die tübinger genossInnen hat uns negativ überrascht. die offenen fragen wurden zahlreicher, die widersprüche zu deinem brief sind enorm; daher unser brief. wir sind menschen, denen es immer noch um die rekonstruktion einer-kommunistischen, internationalistischen praxis in den metropolen geht. wir haben euch immer als teil dieser praxis begriffen. eure diskussionen, die vermittlung eurer erfahren aus den metropolenkämpfen der 70er waren und sind für uns wichtig.

soviel zu uns . wir wollen eine politische diskussion mit dir und haben keine veranlassung erst ein politisches striptease vorher abzulegen.
dein schreiben atmet, von der ersten zeile an, den geist des arroganten avangardisten, den mensch keine fragen stellen darf, zumindest nicht, wenn der/die fragerIn nicht vorher 'arbeitet, kämpft, bis an den bereich der psychischen und physischen belastbarkeitsgrenzen'. so steht es wortwörtlich in deinen brief. was für ein umgang unter genossInnen, wenn kritisieren nur darf, wer in deinen augen, die berechtigung dazu,erworben hat. hier feiert die von verschiedenen seiten den raf-gefangenen vorgeworfenenarroganz fröhliche urständ. gab es nicht von euch mal grundsätzliches über kritik und selbstkritik unter genossInnen.
zur veröffentlichung. es ist ja gut, daß du plötzlich so die wichtigkeit betonst, daß diese debatten im öffentlichen raum stattfinden. wir hätten uns gewünscht, daß in und nach euren letzten hungerstreik '89 eure diskussion für uns transparenter gemacht worden wären. es hätte manche unsicherheiten beseitigt. wenn aber diese veröffentlichung, was der brief vermuten läßt,ohne vorherige rücksprache mit den tübinger genossInnen von dir entschieden wurde, ist das eine sauerei. vieleicht haben die tübingerInnen auch gute gründe, für ihre vorgehensweise, den brief nur an die gefangenen zu schicken. das kann von dir kritisiert werden. ein einseitiges tatsachenschaffen, ohne sich mit den briefpartnerInnen abzusprechen, ist ein vertrauensbruch.

aber du nimmst die genossInnen ja nicht ernst, was du ziemlich unverblümt im brief ausgedrückt hast.die ständigen unterstellungen, einseitigen interpretationen der fragen an dich, machen das noch deutlicher. diese fragen sind zum großen teil auch unsere fragen. leider hast du sie kaum beantwortet, dafür aber neue fragen aufgeworfen.
wenn die genossInnen fragen, was du unter abschluß einer geschichtlichen periode verstehst, dann ist es müßig, die allgemeine weltlage darzustellen, interessanter wäre doch, welche konsequenzen diese veränderte weltlage auf eure politischen vorstellungen hat.
da kommt wenig. der verweis auf die genossInnen in uruguay ist verständlich, aufgrund der affinität vieler westdeutscher genossInnen in den 70er jahren zur uruguayischen guerilla 'tupamaros'. die umstandslose übernahme deren konzepte ist später in der radikalen linken kritisiert worden. dazu kommt wenig.

was bedeuten denn die entwicklungen der 'tupamaros' zur legalen massenbewegung für die linke hier?
du spricht davon, daß der 'prager frühling' die chance für eine linke perspektive geboten hätte. über den prager frühling wollen wir hier nicht streiten, nur daran erinnern, daß dort die wurzeln für den'eurokommunismus, pluralen marxismus etc. liegen. mensch mag ja streiten über die relevanz derartiger ansätze für eine revolutionäre perspektive. jedenfalls waren es keine, die es rechtfertigen, sich für die guerilla zu entscheiden. das erbe des prager frühlings wird schon eher beim 'argument-verlag' und anderen links-marxistischen projekten gepflegt, die wir keinesfalls abqualifizieren wollen. wir orientieren uns allerdings eher an fanon, che, ho-tschi-minh etc.
du untersellst den tübinger genossInnen, sie würden die gespräche mit reformistInnen,,verurteilen. dabei fragen sie nur, warum ihr ausschließlich mit reformistInnen bzw. vertreterInnen des staates gespräche führt; d.h. es ist eine frage, ob ihr keine relevanten nichtreformistischen linken aktuell bei-uns seht oder warum ihr nicht auch mit ihnen die diskussion sucht. diese frage steht auch nach deinen brief noch. es ist völlig richtig und

unterstützenswert, wenn ihr mit humanistischen personen diskutiert. nur kann das die diskussion mit revolutionärInnen nicht ersetzen.
überhaupt fragen wir uns, was du für eine definition von reformismus hast. das ist doch kein schimpfwort, sondern eine bestimmte herangehensweise der metropolenlinken.
wenn du r. timm erwähnt, die mit-initiatorin des zl-aufrufs, so solltest du nicht unerwähnt lassen, daß gerade im hamburger raum ende der 80er jahre solche initiativen auch von reformistInnen getragen wurden, weil die durchsetzung der hafenstraße, vorher die gemeinsame organisierung zur brockdorf-demo 1986 durch nichtreformistische linke das entsprechende klima geschaffen haben. dasfehlen von nichtreformistischen initiativen trug später zum stagnieren dieser kampagne bei. das bündnis mit reformistInnen setzt initiativen von revolutionärInnen voraus. dieser aspekt fällt in deinem brief raus, wo du überhaupt die grenze zwischen reformismus und revolution verwischt. das rächt sich in entscheidenden situationen bitter. müssen wir die fehler immer wiederholen. wer sich nicht heute um die revolutionäre organisierung kümmert, in abgrenzung von den reformistInnen, soll mal lenins kritik an der sozialistischen linken deutschlands während des 1. imperialistischen weltkriegs lesen. dieses sich nicht trennen können von den reformistInnen und opportunistInnen führte mit zum sieg der mit der konterrevolution verbündeten sozialdemokratie.

deinen gesprächspartner, den 'staatstragenden samariter' (konkret) helmut frenz hast du hoffentlich schon mal kritische fragen gestellt, bezüglich seines verhaltens als pfarrer der shalom-gemeinde gegenüber den dort untergebrachten flüchtlingen. frenz versucht alles, um die flüchtlinge samt unterstützerInnen aus der kirche zu vertreiben. die entsprechenden erklärungen der flüchtlinge dürften dir ja aus dem 'angehörigen-info ' bekannt sein.
was uns fehlt, ist ein bezug auf die diskussion von revolutionärInnen in westeuropa. die diskussionen gibt es. dazu aber von euch, funkstille, zumindest öffentlich.
das zwei-linien-papier der grapo mit einer solidarischen kritik an euch blieb ohne diskussion von eurer seite, die ereignisse um die holländische 'knipselkrant', die stellungnahmen der ccc-gefangenen aus belgien, die diskussionen des kommunistischen gefangenenkollektivs 'wotta sitta' aus italien, die broschüre der 'kommunistischen brigaden' vom mai '91, wo auf euch direkt bezug genommen wird. warum bezieht du dich nicht auf diese diskussionen bzw. kritisiert sie, wenn du meinst, diese positionen sind nicht diskussionswürdig.

ebenso fehlt eine einschätzungen zur situation des widerstands in der brd in den 80er jahren. deshalb ist die frage der tübingerInnen, warum ihr die gefangenen aus dem widerstand ausspart, sehr berechtigt, denn das sind ja gefangene aus den kämpfen der 80er jahre. diese frage hast du schlicht übergangen.

außerdem machst du nicht deutlich, wie du zu positionsveränderungen kommst. der 'stammheim'-film von aust wurde von genossInnen massivst bekämpft, die amnestiekampagne von vollmer und co wurde von mehreren gefangenen öffentlich zurückgewiesen. wenn deine ambivalente haltung dazu für uns nachvollziehbar werden soll, mußt du auch den diskussionsprozeß transparent, ansonsten kommt nur verwirrung auf.
das haben auch die genossInnen der "kommunistischen brigaden" kritisiert.

wir hoffen, daß der stil gegenüber den tübinger genossInnen, ein ausrutscher deinerseits war.
der beleidigende zynismus, ausgerechnet menschen, die sich am kampf für eure zusammenlegung organisiert haben und seitdem, wie sie schreiben 'kontinuirlich' arbeiten, vorzuwerfen, ihnen wäre es egal, wielange ihr im knast sitzt, ist uns schlicht unverständlich.

wir hoffen, mit diesen brief einige gedanken für eine weitere diskussion beigesteuert zu haben, die ein baustein für die kommunikation zwischen drinnen und draußen sein könnte.

mit roten grüßen

menschen aus dem kommunistischen widerstand

# FÜR DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD
# VERANSTALTUNG ZUR AKTUELLEN DISKUSSION UM DIE FREILASSUNG VON POLITISCHEN GEFANGENEN (KINKEL-INITIATIVE)

## MIT EHEMALIGEN GEFANGENEN AUS DER BEW. 2. JUNI UND DER RAF

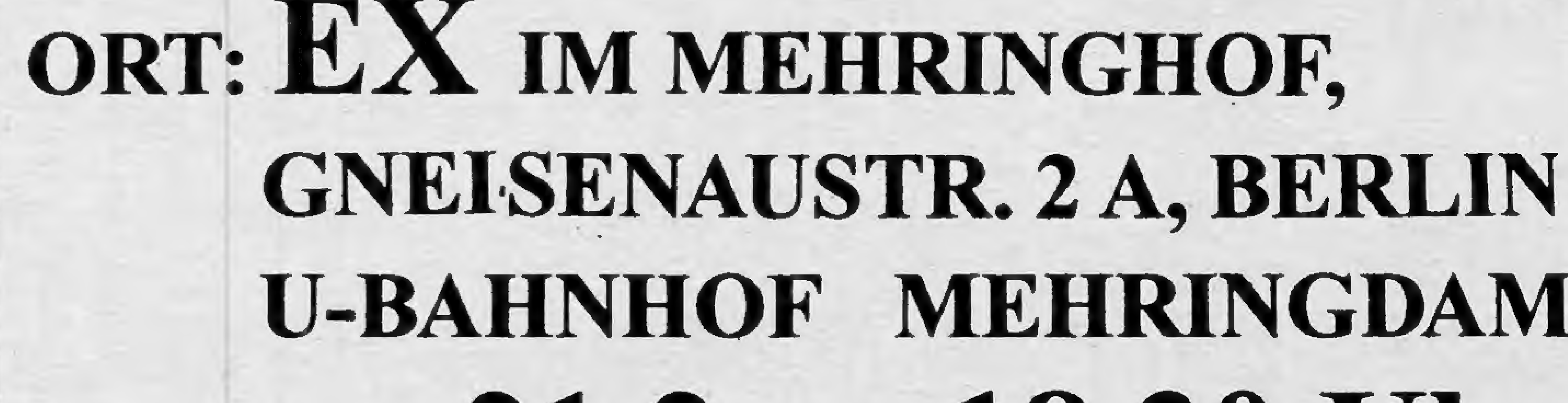
Rolf Heissler RAF-Gefangener

Bernd Rössner RAF-Gefangener haftunfähig

Brigitte Mohnhaupt RAF-Gefangene



Christian Klar RAF-Gefangener



Eva Haule RAF-Gefangene

Günter Sonnenberg RAF-Gefangener haftunfähig

Manuela Happe RAF-Gefangene



Karl Grosser Widerstand

Klaus Viehmann Bew. 2. Juni

Luiti Hornstein Widerstand

Chris Kluth Widerstand

Rico Prauss Widerstand

Andrea Sievering Widerstand



Norbert Hofmeier Widerstand



Bärbel Perau Widerstand



Thomas Thoene Widerstand



Siggi Happe Widerstand

Stefan Feifel Widerstand

Sven Schmid Widerstand

Gabi Hanka Widerstand



Ingrid Jakobsmeier RAF-Gefangene

Heidi Schulz RAF-Gefangene

Christa Eckes RAF-Gefangene

Sieglinde Hofmann RAF-Gefangene



Rolf-Klemens Wagner RAF-Gefangener

Helmut Pohl RAF-Gefangener

Ali Jansen Widerstand haftunfähig

Hanna Krabbe RAF-Gefangene

Irmgard Möller RAF-Gefangene

Christine Kuby RAF-Gefangene

Gabriele Rollnik Bew. 2. Juni

Knut Folkerts RAF-Gefangener

Karl-Heinz Dellwo RAF-Gefangener

Lutz Taufer RAF-Gefangener

OHNE FOTOS:

Michael Dietiker Widerstand

Bernd Rosenkötter Widerstand

Isabelle Jakobs Widerstand haftunfähig

Stefan Wisniewski RAF-Gefangener

**ORT: EX IM MEHRINGHOF,**
**GNEISENAUSTR. 2 A, BERLIN 61**
**U-BAHNHOF MEHRINGDAMM**
**FREITAG 21.2. 18.30 Uhr**




Münchner Bündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel lädt ein zur

**2. bundesweiten Aktionskonferenz Kampagne 1992**

Ort: 6000 Frankfurt 1, Mainzer Landstraße 147, [KBW-Haus] Zeit: Sa. 12.00 Uhr 29.2 bis So. 13.00 Uhr 1.3.

Ziele der Aktionskonferenz soll die Diskussion inhaltlicher Positionen, sowie die Absprache und Planung konkreter Aktionen und Arbeitsstrukturen sowohl für eine gemeinsame Mobilisierung gegen den WWG in München als auch innerhalb der 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand Kampagne sein. Vorläufige Tagesordnung:

12.00 - 14.00Plenum: Stand der Vorbereitungen: Bericht dezentraler Aktivitäten und Planungen zur Kampagne 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand sowie gemeinsame Vorschläge für Aktionen Bericht vom Münchner Bündnis zum Stand der Vorbereitungen von Demo und Aktionstagen gegen den WWG Bericht vom letzten bundesweiten Treffen zur Bildung eines TrägerInnenkreises für die Durchführung eines internationalen Gegenkongresses gegen den WWG 1992 in München Bericht über die Planung des BUKO-Kongresses im Mai in Stuttgart Vorstellung der AG's

14.00 - 15.00Pause

15.00 - 19.00AG's 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand: Ziele und Schwerpunkte der Mobilisierung, z.B. Kontinuitäten kolonialistischer Politik, gemeinsames Motto für Oktober, gemeinsame Arbeitsstrukturen über Oktober hinaus, z.B. EG-Binnenmarkt Bundesweite Mobilisierung gegen den WWG: Demo und Aktionstage. Inhaltliche Schwerpunkte der Aktionstage, z.B. Rassismus und Flüchtlingspolitik, Rolle der BRD etc., Planung der Großdemo: gemeinsamer Aufruf und Motto

So. 10.00 - 13.00 Plenum Bericht aus den AG's, Beschlüsse über gemeinsame Aktionen, Arbeitsstrukturen und weitere Terminplanung, Verabschiedung zentraler Zielsetzungen und Forderungen der Kampagne.

Grundlage der Diskussion sind die Arbeitsergebnisse der 1. Aktionskonferenz (Konzeptvorschlag von Demo und Aktionstagen, Rohgerüst für einen gemeinsamen Aufruf zum WWG) und die Kölner Erklärung des BUKO. Zu erhalten bei dem Anti-WWG **Koordination, c/o Anti-Atom-Büro, Holzstr. 2, 8000 München 5, Fax.:089/260 35 13 und beim BUKO, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50**

ANTI-EG-TREFFEN IN KÖLN! Die Auseinandersetzung mit der Konsolidierung des EG-Binnenmarktes soll einer der Schwerpunkte der Kampagne 92 sein. Leider ist es jedoch derjenige Punkt, der bei den Vorbereitungen bisher nur wenig Beachtung findet. Offensichtlich scheint es schwierig zu sein, einen Zusammenhang zwischen den Themenkomplexen 500 Jahre Conquista, der UNCED ( Umweltkonferenz in Brasilien), WWG und EG- Binnenmarkt herzustellen. Außerdem sind uns auch nur wenige Gruppen bekannt, die kontinuierlich am Thema EG arbeiten. Alle Gruppen, bzw. Personen, die schwerpunktmäßig gegen die EG arbeiten oder haben, sind zu einem Treffen eingeladen: 14./15.März 1992 IN DER ALTEN FEUERWACHE, MELCHIORSTR: 3, 5000 Köln 1.Das Treffen ist als Austausch gedacht. Zum anderen würden wir das Thema EG gerne stärker in die Aktivitäten gegen den WWG 92 in München einbringen und deshalb mit euch gemeinsam überlegen. ANTI-EG-GRUPPE KÖLN

## Einladung zum vierten bundesweiten Treffen für eine starke Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München

*vom 20.3. - 22.3.92 in Kassel*

Anreise: Freitag, 20.3.92, Volksküche im Autonomen Zentrum, Wikingenstr. 10, Kassel, (nähe alter Hauptbahnhof) Treffen: Sonnabend, 21.3.92, 12.00 Uhr, Gesamthochschule Kassel, Henschelstr. 2, Gebäude K10, zweiter Stock.Plenum und Arbeitsgruppen. Sonntag, 22.3.92, 10.00 Uhr - 13.00 Uhr Plenumsfortsetzung.

ACHTUNG: G7 - Treffen in Münster am 8./9.Mai 1992 An diesen Tagen veranstalten die Regierungen der G7-Staaten (USA, BRD, Japan, Frankreich, Großbritannien, Kanada und Italien) ein Treffen zur Vorbereitung des WWGs. Am 8.5. geht es um Fragen des EG-Binnenmarktes. Am 9.5. um die Regelung der Schulden der ehemaligen sozialistischen Staaten. Dazu sind Minister Polens , der Tschecheslowakei, Rußlands, der Ukraine und weiterer ehemaliger sowjetischen Staaten vorgeladen. Ein regionales Bündnis plant am Freitag Abend (8.5.), der zugleich "Tag der Befreiung vom Faschismus" ist, eine internationalistische Demonstration in Münster gegen das G7-Treffen.

Gruppen aus dem BUKO haben ihren für den 9.5. in Hamburg geplanten Arbeitskongress aus diesem Anlass nach Münster verlegt. Mit VertreterInnen aus den Black-Community, der USA und aus Namibia wird die Frage von Reperationsforderungen an die Metropolenstaaten für jahrhundertelange kolonialistische und rassistische Versklavung und Ausplünderung diskutiert. ACHTET AUF ANKÜNDIGUNGEN!!!

## Terminkalender

<u>Do</u> <u>20.2.</u>

20.00 Ausstellung,Yorckstr.59HH,1/61
"Aufenthalt im Widerstand"
21.00 Daneben,Rigaerstr.84, Fhain
"Die Waffen sind tödlicher geworden"

<u>Fr</u> <u>21.2.</u>

**17.50 Die Simpsons** ZDF-Fernsehen
18.30 EX,Gneisenaustr.2a,1/61
Veranstaltung zu politischen Gefangenen
19.00 Clash,Uferstr.13,1/65
Berlinweites JobberInnen-Treffen
19.00 Lunte,Weisestr.53,1/44
Kiezküche + Film?
20.00 Cafe Kriegsdienst geht baden,Potse
Potsdamerstr.180,1/30 "Der unbequeme Weg" Film zu Totalverweigerung
19.00 Statthaus Böcklerpark,1/61
"Que todos se levanten" Film überden Widerstand in Guatemala 1991
20.00 Ausstellung,Yorckstr.59HH,1/61
"Wie andere Neger auch"
21.00 Daneben,Costa-Gavras-Politthriller-Nacht:"Das Geständnis","Z","Vermißt"
21.00 VEB 7,Brunnenstr.7,Mitte:Konzert
22.00 Marchstr.23,1/10: Hardcore-Konzert

<u>Sa</u> <u>22.2.</u>

20.00 EX, "Salaam Bombay"
20.00 YOrckstr.59"Wie andere Neger auch"
21.00 Daneben,"Woody Allens Bananas"
22.00 Drugstore,Potsdamerstr.180:Konzert

<u>So</u> <u>23.2.</u>

17.00 Olga Benario,Weserstr.5,1/44
1918 und danach- mit Zeitzeuginnen
19.00 Villa Eckertstein,Berlinerstr.90,
Strausberg, Hardcore-Konzert

<u>Mo</u> <u>24.2.</u>

19.00 Mehringhof,Gneisenaustr.2a,1/61
VV zu DVU-Parteitag in Passau

<u>Di</u> <u>25.2.</u>

19.30 Olga Benario "Mutter Krauses Fahrt ins Glück" Film/Video
20.00 Mehringhof, VV zu Totalverweigerung
20.30 Schokofabrik,Mariannenstr.6,1/36
Das männliche Gesicht des Fundamentalismus (nur für Frauen)
21.00 Daneben,"Geständnisse in Mamak"

<u>Do</u> <u>27.2.</u>

[illegible] Olga Benario,"Union in fester Hand"
[illegible] Mehringhof,Versammlungsraum
Frauen/Lesben-VV zum 8.März
21.00 Daneben,"Geronimo Pratt"USA

<u>Sa</u> <u>29.2.</u>

Fete im Syndikat,Weisestr.56,1/44



Die nächsten Touren der <u>Stadtrundfahrt</u> <u>zu</u> <u>Gen-</u> <u>und</u> <u>Reproduktionstechnologie</u> sollen stattfinden :

am 15.März,12.April und 7.Juni jeweils 14.00 am Winterfeldtplatz

Karten im Vorverkauf im Buchladen Schwarze Risse,Gneisenaustr.2a,1/61




Totalverweigerung! Aufruf zur VV!
Dienstag, 25. Februar '92, 20 Uhr, pünktlich!!
Versammlungsraum, Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, Berlin 61